



MAGAZIN
FÜR JUNGE
LEUTE

D 2835 E

6 Frankfurt/Main 1

Oktober 10/68

1,— DM

elan

Das Programm der
Konterrevolution

**Springers
Finger
steckten
drin**

elan bei AEG in
Mülheim-Saarn

**... sagen
den
Bossen
den
Kampf an**



HERAUSGEBER
Bernhard Jendrejewski,
Pastor Horst Stuckmann,
Werner Weismantel,
Pfarrer W. Heintzeler

VERLEGER
Karl Heinz Schröder
Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR
Karl Hubert Reichel

VERANTWORTL. REDAKTEUR
H. J. Hennecke, Dortmund

LAYOUT
Dmitrij Werschbizkij

REDAKTION
46 Dortmund, Kuckelke 20
Tel. 57 20 10

VERLAG
Weltkreisverlags-G. m. b. H.
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

FRANKFURTER BÜRO
6 Frankfurt M.,
Robert-Mayer-Straße 50
Tel. 77 38 03

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,—
einschl. Mehrwertsteuer
Jahresabonnement DM 10,—
zuzügl. Zustellgebühr

KONTEN
Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 2032 90

PREISE AUSLAND

BELGIEN 15 Bfrs. / BULGARIEN 50 stc.
/ CSSR 2 Kr. / DANEMARK 2,30 dkr. /
GROSSBRITANNIEN 3 sh. / IRLAND 3
sh. / FINNLAND 1,20 fmk. / FRANK-
REICH 1,50 ffrs. / ITALIEN 200 Lire /
LUXEMBURG 15 ffrs. / NORWEGEN 2,75
nkr. / NIEDERLANDE 1,10 hfl. / ÖSTER-
REICH 10 Schilling / POLEN 1 Zloty /
SCHWEDEN 2,25 skr. / SCHWEIZ 1,20
sfrs. / UdSSR 0,30 Rubel / USA u. a.
40 ct.

DRUCK: HOSCH GMBH., FRANKFURT



Lieber Leser,

mit verstärktem Säbelrasseln versucht man in Bonn, die eigene Niederlage in Prag vom 21. August 1968 zu einem verschärften Rechtskurs zu nutzen. Da feiert ein primitiver Antikommunismus fröhliche Urständ, in letzter Zeit unter dem Deckmantel „neue Ostpolitik“ ohnehin nur mühsam verborgen. In dem ganzen Bonner Haßgeifer gegen die sozialistischen Staaten gibt man sich jetzt nicht einmal mehr die Mühe, in Sachen „neue Ostpolitik“ den Anschein einer Entspannungspolitik zu wahren. Als Vorreiter dieser reaktionären Scharfmacherattacke dient — wie eh und jeh — die Springer-Presse. Da wird wie in den besten Tagen des kalten Krieges vom Leder gezogen und für die Bonner Wehrpolitik „drastische Konsequenzen“ angekündigt. Sie steigern sich in wahre „Kanonen-statt-Butter“-Orgien hinein. „Bonn muß tiefer in die Tasche greifen, Steuererhöhung und Wehrdienstverlängerung sind im Gespräch.“ (BILD, 17. 9. 68). „Ideal im Sinne der Sicherheit Westdeutschlands wäre ganz offenbar, mit — finanziellen — Leistungen großzügig ... zu sein.“ (Welt, 13. 9. 68).

Es ist absolut nicht neu, daß die Herrschenden durch hysterisches Geschrei von ihren eigenen Niederlagen abzulenken suchen.

Hier muß klar und deutlich festgestellt werden: am 21. August haben in Prag weder der Sozialismus noch die Tschechen und Slowaken Schaden erlitten. Eine Niederlage wurde denen bereitet, die wie Kiesinger und Co. nach eigenem Eingeständnis den Status quo in Europa verändern wollten. Eine Niederlage erlitten die Konterrevolutionäre in der CSSR und die Kräfte im Ausland, die darauf spekulierten, ein Land aus dem sozialistischen Lager herauszuberechnen.

Das Bonner Wehgeschrei zeigt, wer am 21. August getroffen wurde. Es sind diejenigen, die den Bonner Rüstungsetat in diesen Tagen wiederum um 745 Millionen DM erhöht haben, um weiterhin Spannung zu schüren, den Frieden zu gefährden. Damit hat uns die große Koalition den Rekordrüstungsetat von 18,8 Milliarden DM beschert. Das sind 22,8% aller Bundesausgaben!

Das ist das wahre Gesicht der Bonner „neuen Ostpolitik“, mit der die Isolierung der DDR und Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in den sozialistischen Staaten erreicht werden soll.

Es gibt eine Reihe von weiteren Belegen für die entspannungsfeindliche Politik der Bundesregierung. Sie widersetzt sich der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, um atomare Rüstung betreiben zu können.

Sie drängt auf den Ausbau der NATO, um gegen die Ablösung des Vertrages (1969) anzugehen.

Was soll mit dem Säbelrasseln außerdem erreicht werden?

Die Bundesregierung möchte von den inneren Widersprüchen unserer Gesellschaftsordnung ablenken, um gegen die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft anzugehen, um Gewerkschaften und Arbeiterjugend in zunehmendem Maße gleichzuschalten. Die Antwort der demokratischen Kräfte unseres Landes kann nur sein: Entwicklung einer wählbaren Alternative zur Bonner Politik, verstärktes Engagement für die Schaffung eines Wahlbündnisses, mit dem einer neuen Politik zum Durchbruch verholfen wird.

Herzlichst Ihr

Hans-Jörg Hennecke

Ein Report von Wilhelm Derczek, Vorsitzender der Betriebsjugendvertretung von AEG-Telefunken Mülheim-Saarn und Hans-Jörg Hennecke

Kollegen, kämpft mit uns!

Hört mal her, Kollegen. Ich heiße Wilhelm Derczek, bin 21 Jahre alt und arbeite als Elektriker bei AEG-Telefunken im Werk Mülheim-Saarn. Da bin ich auch Vorsitzender der

Betriebsjugendvertretung und als Metaller selbstverständlich in der IGM.

Bei uns im Saarner Werk ist der Teufellos, besser gesagt: die Unternehmer. Die Geschäftsleitung will uns 800 Arbeitern und Angestellten Zunder geben. Sie stöhnen über ihre Profite; die sind ihnen nicht hoch genug. Sie meinen, daß aus unseren Knochen mehr 'rauszuholen sein müßte. Darum geht es eigentlich.



AEG

Fingerweg von unserem Akkord!

Die ganze Geschichte begann vor einem Jahr. Statt einem Direktor wurden uns auf einmal vier vor die Nase gesetzt. Die hatten zwar wenig Ahnung von unserer Produktion dafür aber einen klaren Auftrag: Profitsteigerung um jeden Preis. Uns 800 wollten sie wie Zitronen in die Presse nehmen.

Also setzten sie den Hebel bei unseren Akkordsätzen an. Und zwar mit Trick 17. Hatten wir für Winkel biegen, bohren und entgraten vorher 100 Minuten Zeit, so

sollten wir das jetzt in 80 Minuten schaffen. Dafür gabs 20% Lohnaufschlag. Wir mußten jedenfalls fürchterlich malochen, um das zu schaffen. Trotz der 20% für uns war die Sache für die Bosse ein rundes Geschäft. Aber das reichte ihnen von Anfang an nicht. Die vier Direktoren hockten sich zusammen und machten einen neuen Plan. Ergebnis: die 20% werden ersatzlos gestrichen. Aber die Vorgabezeit sollte trotzdem bei 80 Minuten bleiben! Das war vor genau einem Jahr. Die Jungen bei uns im Betrieb kannten Streiks zwar nur vom Hörensagen, aber da hat es bei uns geklingelt.

Statt 600 Mark sollten unsere Kumpels

jetzt z. B. nur noch 480 haben. Für die gleiche Arbeit!

Alles Reden des Betriebsrates und der Gewerkschaft hatten bei den Bossen nichts bewirkt. Also haben wir Dampf gemacht: die Brocken hingeschmissen.

Und siehe da: das war genau die Sprache, die in der Geschäftsleitung verstanden wurde. Nach drei Streiktagen gab's klare Verhältnisse: die Kündigung der Akkordzuschläge wurde zurückgenommen. Vorerst jedenfalls. Ansonsten hätte auch keiner von uns wieder das Werkzeug in die Hand genommen. Ein knappes Jahr war dann bei uns alles so ziemlich ruhig. Die Lektion hatte bis

in die Direktionszimmer der Frankfurter AEG-Telefunken-Hauptverwaltung gewirkt. Aber, wie sich jetzt zeigt, war das nur die Ruhe vor dem Sturm.

Arbeiter entlassen - aber höherer Gewinn

Zwar schüttet der AEG-Telefunken-Konzern auch in diesem Jahr wieder 16% Dividende aus; zwar ist der Umsatz gegenüber dem Vorjahr von 4,861 Milliarden DM auf 5,166 Milliarden gestiegen worden, doch das alles reicht den Herren des Konzerns nicht. Dabei muß man sehen, daß die Umsatzsteigerung ein eindeutiges Ergebnis verschärfter Ausbeutung ist. Denn sie wurde erzielt, obwohl im gleichen Zeitraum die Gesamtbelegschaftsstärke von 138.100 auf 135.500 gesunken ist. Wir alle mußten für die 16% herhalten, gar nicht zu reden von den verschleierte Gewinnen, über die man nicht spricht. Aber die ja schließlich dazu führen, daß die Anteile der AEG-Aktionäre immer mehr im Wert steigen. Heute wird eine 100 DM-AEG-Aktie mit 535 DM gehandelt. Daß das nicht von selbst kommt, weiß jeder in unserem Werk.

In unserem Werk werden Generatoren, Transformatoren und Spezialmaschinen der verschiedensten Art hergestellt. Nach Angaben unserer Betriebsleitung kommen 2/3 aller Aufträge vom Bund. Das sind Rüstungsaufträge: Generatoren für Starfighter und U-Boote usw. Der Rest sollen Bergbau-Aufträge sein. Tatsache ist jedenfalls, daß für diese Produktion hochqualifizierte Facharbeiter erforderlich sind. Und die sind in unserem Werk da. 90% von uns sind Facharbeiter, viele schon jahrelang in diesem speziellen Bereich tätig.

Soll ich Hilfsarbeiter werden?

Jetzt meinen die „Herren des Hauses“, unsere Produktion wirft nicht genug ab. Ihre Konsequenz: die gesamte bisherige Produktion in Saarn wird aufgegeben und in den Werkhallen ein Kabelwerk installiert. Bei der Kabelproduktion, die vom gut beschäftigten Duisburger Werk übernommen werden soll, können 90% Hilfsarbeiter eingesetzt werden. Völlig klar: für uns wird da kein Platz mehr sein. Und außerdem, wozu haben wir uns qualifiziert? Um dann als Hilfsarbeiter beschäftigt zu werden?

Unser Betriebsratsvorsitzender Winfried Lorenz stellte unsere Situation klar, als er sagte: „Damit verliert faktisch die gesamte jetzige, teils hochqualifizierte Fachbelegschaft ihre Arbeitsplätze.“

AEG

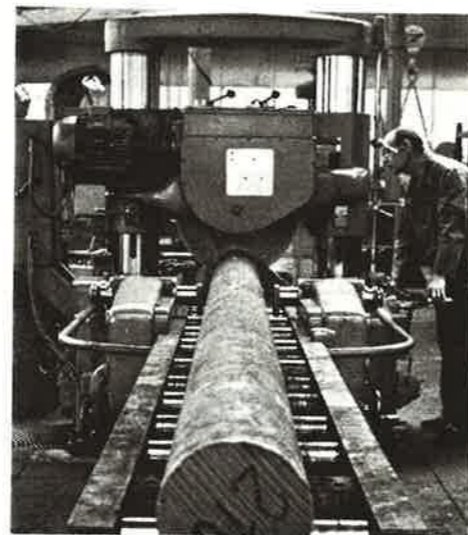
Fabrik Mülheim-Saarn

Wegen der hohen Anforderungen, die das anspruchsvolle Produktionsprogramm an das Können der gewerblichen Mitarbeiter stellt, richtet die AEG-Fabrik Saarn besonderes Augenmerk auf die Ausbildung von Lehrlingen und die Schulung von Fach-

kräften. In einer Gemeinschaftswerkstatt der AEG in Mülheim-Saarn werden junge Menschen an vorbildlichen Arbeits- und Lehrplätzen für den Einsatz als Facharbeiter vorbereitet. Zu den sozialen Leistungen, die die AEG ihren Betriebsangehörigen bietet, zählen u.a.: Altersversorgung, Unterstützungskasse in Notlagenfällen, Ferien- und Lehrlingsheime. Dies sind alles Beweise dafür, mit welcher Aufgeschlossenheit die AEG soziale Probleme innerhalb des Unternehmens gelöst hat.

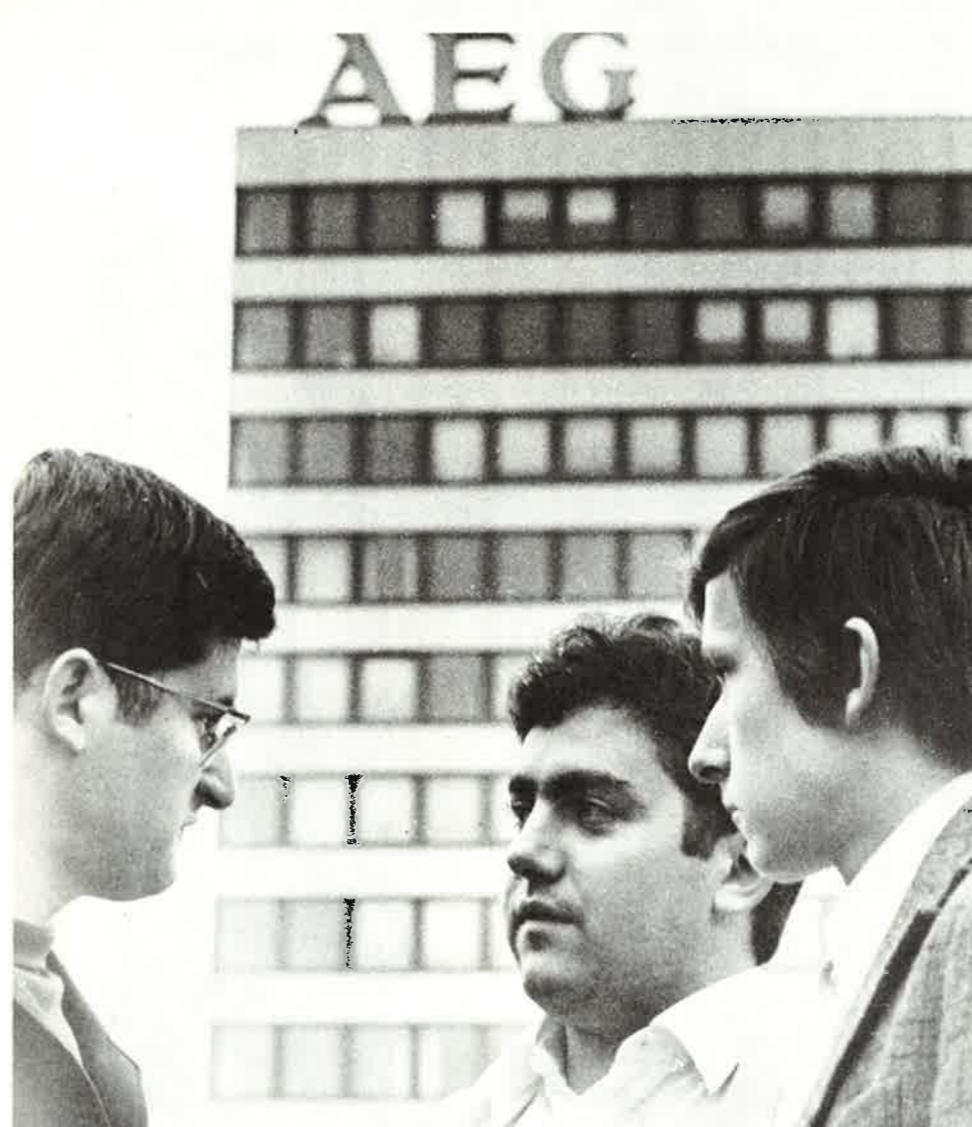
Unsere Fabrik

Die Saarer AEG-Fabrik gehört zu den schönsten Produktionsstätten des Unternehmens in der Bundesrepublik und Westberlin. Inmitten einer reizvollen Umgebung, die man normalerweise im „Kohlenrevier“ gar nicht vermutet, steht die Fabrik „mitten im Grünen“ auf einem 70 000 m² großen Gelände. In ihrer Gestaltung und Bauweise ist sie ein Muster moderner Fabrikplanung.



Blanker Hohn: Werbesprüche der AEG für das Saarer Werk

Derczek (Mitte): „Auf die Unternehmer können wir verzichten!“



Wie uns die Geschäftsleitung reinlegt, wird auch an einem anderen Beispiel deutlich. Noch am 3. April wurde offiziell verkündet: „Die Fabrik bleibt so wie sie ist mit ihren Menschen bestehen.“ Davon spricht heute kein Mensch mehr.

Wie unser Betriebsrat inzwischen ermittelt hat, soll unsere Produktion nach Stuttgart, Hamburg und Kirchheim verlegt werden.

Und das, obwohl sich unsere Auftragslage erheblich verbessert hat. Allein auf dem Generatorenssektor haben wir jetzt schon Aufträge bis Februar 1969.

Doch Arbeiter sind für unsere Bosse nur Schachfiguren, die man nach Belieben auf dem Brett hin und herschieben kann. So wurden in den letzten beiden Monaten noch 81 Arbeiter eingestellt. Obwohl der Geschäftsleitung völlig klar war, daß hier bei uns in zwei Monaten Schluß sein soll. Man will bis zum letzten Tag alles auf vollen Touren laufen lassen. Das Wunschbild unseres Direktors Dr. Rusbüldt geht offensichtlich dahin, dann einen Tag vorher zu sagen: „Liebe Sozial-

partner, morgen braucht ihr nicht mehr wiederkommen. Wir brauchen Euch nicht mehr.“

Daß man das mit uns nicht machen kann, hätte sich Dr. Rusbüldt ausrechnen können.

AEG Dr. Rusbüldt - der „Herr im Hause“

Wir hatten wegen dieser seltsamen Aktivität unserer Direktoren eine außerordentliche Betriebsversammlung einberufen. Um vom Betriebsrat zu hören, was anliegt und unsere Meinung zu sagen. Dr. Rusbüldt und seinen drei Mitstreitern fiel wieder nichts anderes ein, als den „Herrn im Hause“ herauszukehren. Kurzerhand wurde die Betriebsversammlung auf dem Gelände der Firma und während der Arbeitszeit verboten. Daraufhin hat die IG Metall die Betriebsversammlung ins Hotel Handelshof einberufen. Die Empörung unter den Kollegen führte sofort zu einem halbstündigen Warnstreik. Aber letzten Endes konnte die Betriebs-

Kleine politische Lektüre

Georg Polikeit:

Die sogenannte DDR

Zahlen, Daten, Realitäten
Mit diesem Buch legt der Autor eine Landeskunde über den anderen Teil Deutschlands vor.

Und so urteilt die „Holzarbeiterzeitung“: „Wer etwas über die **DDR wissen** will, hier bekommt er eine Fülle von Material in die Hand“

Paperback, 328 Seiten
DM 13,70

Valentin Bereshkow:

In diplomatischer Mission bei Hitler

Im Mittelpunkt dieses Berichtes steht die Nacht von 21. zum 22. Juni 1941, in der dem sowjetischen Botschafter eröffnet wurde, daß die deutsche Wehrmacht in die Sowjetunion einmarschiert sei.

(Aus der antworten-Reihe des Stimme-Verlages)

Paperback, 112 Seiten
DM 6,80

Vietnam 67

Dokumente und Berichte, u. a. Programm der FNL Südvietnams, vorgelegt von Karl-Heinz Schröder.

Als Manuskript gedruckt, 42 Seiten
DM 3,—

Heinz Laufer:

Olympia 1968 — Wo steht die Bundesrepublik?

Der 6-fache Deutsche Meister und 4. des 3000 m Laufes der Olympischen Spiele von Melbourne nimmt im Olympiajahr 1968 zu sportpolitischen Problemen in der Bundesrepublik Stellung.

22 Seiten, DM 1,—

Erhältlich über jede gute Buchhandlung oder direkt über:

Weltkreis-Verlag
6104 Jugenheim/Bergstr.
Alsbacher Str. 65



„Weil wir keine Mitbestimmung haben, können die Bosse kommandieren.“

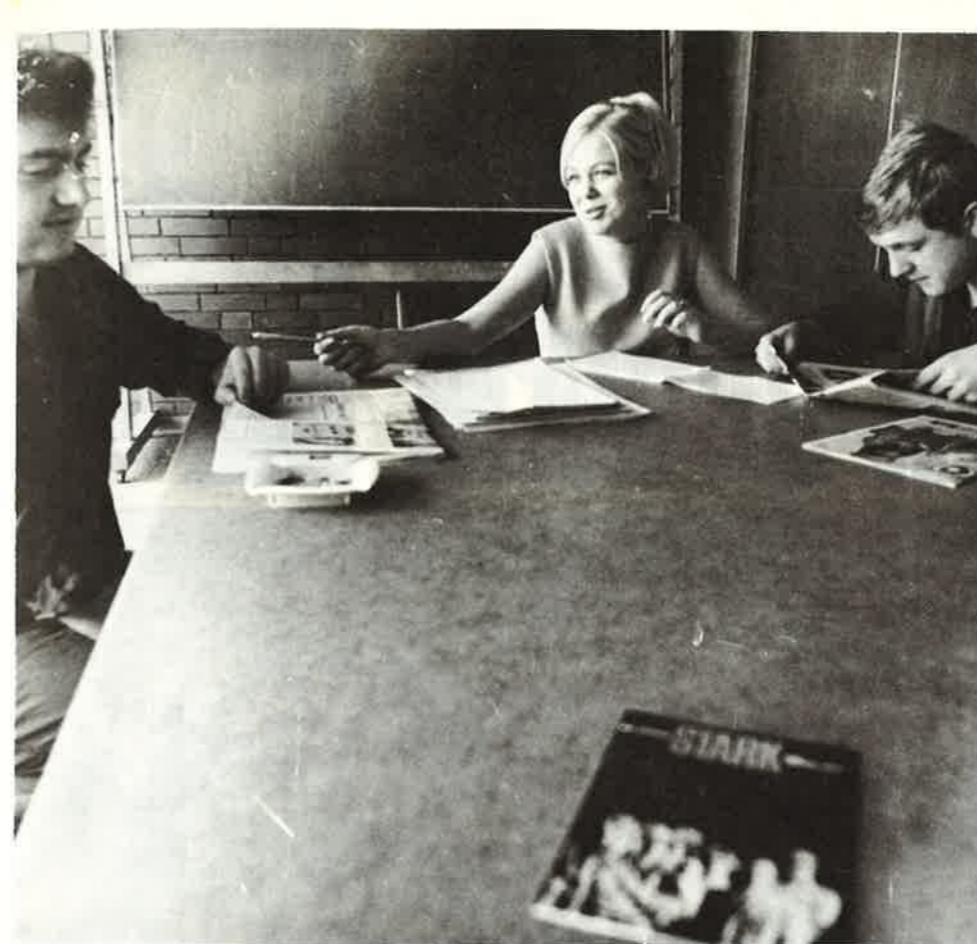
versammlung doch auf dem Werksge-
lände stattfinden.

Die Geschäftsleitung war aus Gründen
ihrer eigenen Sicherheit nicht eingela-
den worden.

Wie die Stimmung in unserem Werk ist,
zeigt ein Ereignis in der Abteilung Schal-
terbau. Die Kollegen dort gehören zu
den aktivsten. Als sie merkten, daß uns
die Betriebsleitung verschaukeln will,
daß keine konkreten Aussagen gemacht
werden und daß ihnen unsere Zukunft
völlig gleichgültig ist, nahmen sie ihre
Bankhämmer aus dem Werkzeugschrank
und protestierten damit lautstark auf den
eisernen Werkbänken.

Zornig kam Direktor Dr. Lühr angerannt
und verbat sich diese „Unverschäm-
theit“. Sofort war er von 50 Arbeitern ein-
gekreist, die ihn zur Diskussion zwingen
wollten. Was antwortete „Sozialpartner“
Dr. Lühr? Seine Meinung könne man den
Tageszeitungen entnehmen. Doch in den
Tageszeitungen konnte man als Meinung
der Geschäftsleitung nur unverständli-
ches Bla-bla finden.

Die Frage, die wir alle hier stellen, heißt:
was wird aus uns, wenn sie die Werks-
tore für uns im November zum letzten
Mal schließen? Einen Teil von uns würde
die Geschäftsleitung wohl gern mit den
Maschinen nach Stuttgart verlagern.



AEG-Jugendvertretung: „Die Bosse wollen uns reinlegen.“

Aber wer kann und will so einfach in den
Süden umsiedeln? Das scheidet für fast
alle aus. In Mülheim ist auch nichts zu
finden. Und was wird aus den Lehrlingen,
die ihre Ausbildung noch gar nicht abge-
schlossen haben?

Für uns ist klar: wir müssen darum
kämpfen, daß AEG-Saarn erhalten bleibt.
Da sind z. B. meine Kollegen Helmut Na-
les (17) und Dietmar Banowski (18). Bei-
de haben jetzt ausgelernt. Sie sind nach
Saarn gekommen, weil man ihnen einen
sicheren Arbeitsplatz versprochen hat.
Helmut hat nun mit Abendschule begon-
nen, um die Mittlere Reife zu erwerben.
Um die Ausbildungszeit abzukürzen,
wollte er nach zwei Semestern auf Ta-
gesschule umschalten. Doch das würde
voraussetzen, daß er in der Zwischenzeit
Geld verdient.

Nicht anders sieht es bei Dietmar aus. Er
wollte sich jetzt nach der Lehrzeit Geld
verdienen, um zur Fachaufbauschule zu
gehen. Diese Pläne können nun beide —
zumindest vorerst — in den Schornstein
schreiben, wenn unser Werk stillgelegt
wird. Denn dann können sie von Glück
sagen, wenn sie einen Job als Hilfsarbei-
ter bekommen.

Mir ist klar, daß nun der eine oder andere
Kollege, der diesen Bericht liest, sagt,
was solls, bei uns ist das alles anders,

solche Probleme stehen in meinem
Schuppen nicht. Ich meine, das ist ein
solider Irrtum. Das Problem ist doch, daß
wir als Arbeiter im Betrieb nichts zu sa-
gen haben. Daß wir kein echtes Mitbe-
stimmungsrecht haben. Die Bosse geben
Anweisungen und wir haben auszufüh-
ren. Das hat schließlich ja zu der Situa-
tion geführt, in der wir uns jetzt befinden.
Wenn wir das weiter überlegen ist ja
wohl auch die Frage erlaubt, wer im Be-
trieb wen braucht: wir die Bosse oder die
Bosse uns. Ich denke, auf die Unterneh-
mer könnten wir ganz schön verzichten.

AEG Kollege, das geht
auch dich an!

Und so wie das im Prinzip bei uns läuft,
sieht's doch in deinem Betrieb auch aus.
Selbst wenn die klare Sicht meistens mit
Sozialpartnerschaftsgefasel verkleistert
wird.

Wir haben da als Arbeiter gemeinsame
Interessen. Egal wo wir beschäftigt sind.
Aus dem Grunde sind wir schließlich
auch gewerkschaftlich organisiert. Und
deshalb kann es Dir, Kollege, nicht
gleichgültig sein, was heute bei uns in
Mülheim passiert. Wir werden um unsere
Arbeitsplätze kämpfen. Deshalb unsere
Bitte von AEG-Telefunken: übt Solidari-
tät mit uns!

Im Winterhalbjahr
Marxistische Schulung

mit:

Marxistische Lehrbriefe

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von
Elementarkenntnissen der marxistischen
Theorie. Geeignet für Zirkel, Studien- und
Bildungsgemeinschaften, Schulklassen, für
Schüler, junge Arbeiter, Angestellte u. a.

Marxistische Lehrbriefe erscheinen in fünf
fortlaufenden Serien. Jeder einzelne Lehr-
brief behandelt ein in sich abgeschlosse-
nes Thema, das dem Hauptthema der jewei-
ligen Serie entspricht.

Es liegen vor:

Serie A: Gesellschaft und Staat

...Nr. 1: Wie der Mensch zum Menschen wurde
...Nr. 2: Wie sich Mensch und Gesellschaft entwik-
kelten (I) (Von der Urgemeinschaft bis
zum Untergang des Feudalismus).

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

...Nr. 1: Wer beherrscht die Wirtschaft der Bundes-
republik?
...Nr. 2: Warum brauchen die Arbeiter und Ange-
stellten starke Gewerkschaften?
...Nr. 3: Gibt es noch Kapitalismus in der Bundes-
republik?
...Nr. 4: Automation — Freund oder Feind?
...Nr. 5: Die Wirtschaft der DDR, Teil I: Industrie
...Nr. 6: Die Industrie in der Sowjetunion: Struk-
tur — Standorte — Zahlen
...Nr. 7: Warum gibt es auch im heutigen Kapita-
lismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

...Nr. 1: Reformation und Bauernkrieg (1517—1525)
...Nr. 2: Das politische Erwachen des deutschen
Bürgertums
...Nr. 3: Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert
(1815—1835)
...Nr. 4: Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit
(Die große Französische Revolution von
1789 und ihre Auswirkungen)
...Nr. 5: Wie die deutsche Arbeiterbewegung ent-
stand
...Nr. 6: Deutschland in der Revolution von 1848/49
...Nr. 7: Roter Oktober 1917
...Nr. 8: Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-1863

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

...Nr. 1: Die Wiederaufstellung der alten Besitz-
und Machtverhältnisse in Deutschland
(1945—1947)
...Nr. 2: Von Potsdam nach Bonn. Wie Deutsch-
land gespalten wurde (1945—1949)
...Nr. 3: Chinas Weg von der Vergangenheit zur
Gegenwart

Serie E: Das moderne Weltbild

...Nr. 1: Geschichte — Zufall oder Gesetz?
...Nr. 2: Die Grundfrage der Philosophie
...Nr. 3: Die marxistische Auffassung der Erkennt-
nis (Erkenntnistheorie)
...Nr. 4: Freiheit in marxistischer Sicht, Teil I

Preis je Lehrbrief DM 0,80 (ab 1. August 68)
plus Porto (offs., brosch., 20—32 Seiten)

Lieferbar sind ferner noch **Karl-Marx-An-
steckplaketten** zum Preis von DM 1,00 je
Stück, bei Abnahme von über 5 Stück
DM 0,25 Rabatt.

Bezug über

MARXISTISCHE BLÄTTER

Verlag / Vertrieb

6 Frankfurt am Main/90 Kurfürstenstraße 8 7

STAAT DER GEWALT



Hubert H. Humphrey, Völkermord-Johnsons „allzu loyaler Vize“, hat es geschafft: er wird als Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei gegen den Republikaner Nixon das führen, was man in den USA „Wahlkampf“ zu nennen beliebt — den Kampf um die Macht. Zu wählen gibt es für die Amerikaner nichts; die Politik beider Kandidaten unterscheidet sich in den Grundfragen nur noch durch verschiedenartige Formulierungen.

Donnerte Johnson am 20. 8.: „Es gibt keinen totalen Bombenstopp. Niemals werden wir diesen schlüpfrigen Abhang betreten. Wir können keine tollkühne Geste machen, für die unsere kämpfenden Männer den Preis zahlen müssen“, schlug Nixon in die gleiche Kerbe: „An erster Stelle steht nicht die Einstellung der Bombenangriffe, sondern eine Beendigung des Tötens amerikanischer Söhne“.

Und H. H. Humphrey echote: „Hanoi kann sich von mir keine andere Politik (als die bisherige) erhoffen“.

Amerikas Chance, mit dem demokratischen Senator McCarthy eine Alternative gerade in der Vietnam-Politik wählen zu können, wurde mit „faschistischer Brutalität“ (Pfarrer Ralph Abernathy) niedergeknüppelt. Mit Einheiten der Nationalgarde und auf Straßenkampf gedrillte Truppen ließen Johnsons willige Polit-Helfer die 2600 Polizisten Chikas verstärken, um die Wahl Humphreys zu sichern. Sie verbarrikadierten die Kongreßhalle mit Stacheldraht und machten sie so zu einer „Festung, in der die Partei, gegen das Volk abgeschirmt, den Präsidentschaftskandidaten küren“ sollte (so der



Dichter Arthur Miller). Und sie kürte ihn.

Die jugendlichen Anhänger McCarthys, gegen den Vietnam-Krieg, gegen Johnson und Humphrey demonstrierend, wurden auf den Straßen „nach Gestapo-Manier“ (Senator Ribicoff) zusammengeschlagen. In Zehnerreihen, mit Tränengas und aufgepflanzten Bajonetten ging die Nationalgarde gegen sie vor: von mehr als 300 Verletzten mußten etwa 40 ins Krankenhaus gebracht werden.

In der Kongreßhalle selbst wurden die Delegierten, die leidenschaftlich für einen Bombenstopp in Vietnam und für eine neue, eine gerechtere Politik plädierten, niedergeschrien. Die Wortmeldungen der Opposition wurden systematisch „überhört“, bei ihren Reden wurden die Saalmikrofone ausgeschaltet. Der „Abstimmungssieg“ Humphreys war nicht aufzuhalten.

Gesiegt haben jene, die für das gewalttätige Amerika verantwortlich sind, für jenes Amerika, das die Mordtaten an John F. Kennedy, Martin Luther King und Robert Kennedy ermöglichte;

das 11,5 Millionen DM pro Stunde für den Völkermord in Vietnam ausgibt, aber keine 40 Millionen Dollar hat, um die Ratten in den Slums zu vernichten;

das „Freiheit und Selbstbestimmung“ predigt, aber Truppen für den Straßenkampf gegen die unterdrückten Neger ausbildet.

„Ich fand, es war sehr interessant, ich fand, es war sehr lebhaft. Ich habe sehr viel Spaß gehabt, an dem, was es zu sehen gab“, sagte Lyndon B. Johnson über diesen Parteitag.

Bundestag zum KAMPFPLATZ machen

Von Jens Herper
*APO ins Parlament? -
 Ein Diskussionsbeitrag aus
 marxistischer Sicht*



Gegen Einbrüche von links abgesichert, ist das Parlament funktionslos geworden: Blick in den Bundestag bei einer „Debatte“.

Der Bundestag, die Versammlung der Volksvertreter, hat am 29. Mai 1968 seine vorläufig letzte bedeutende Tat vollbracht: Mit der Annahme der Notstandsverfassung hat er sich selbst als überflüssig erklärt. Die Vertreter des Volkes gaben ihr Mandat weiter an die Regierung, die zu kontrollieren eigentlich ihr Verfassungsauftrag und der Auftrag ihrer Wähler ist. So haben die Parlamentarier die These, der Parlamentarismus sei historisch erledigt, überlebt durch die Entwicklung des Spätkapitalismus, scheinbar durch die Praxis untermauert.

Letztlich ist diese These der „neuen Linken“ Resultat einer Entwicklung im Parlament, die auch bürgerliche Demokraten schon früh zu der Frage nach der Funktion des Parlaments veranlaßte. Die Süddeutsche Zeitung kam am 3. 12. 1960 zu der Feststellung: „Wir haben auch kein Parlament, das noch den Ort der staatspolitischen Entscheidung abgeben könnte. Was wir haben, das ist ein Bundestag, der fleißig die von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe aufarbeitet . . .“ — eine Arbeit, bei der sich nach einer Feststel-

lung der „Zeit“ (Nr. 27/57) eine „fast hilflose Unterlegenheit des Parlaments und seiner Ausschüsse“ gegenüber einem „unüberwindlichen Übergewicht der Ministerien und der großen Verbände mit ihren hochqualifizierten Instituten“ bemerkbar macht. Wobei mit den „großen Verbänden“ keineswegs die Gewerkschaften, sondern die Unternehmerverbände BDI und BDA gemeint sein können. Und so kommt denn die „Süddeutsche“ im gleichen Artikel zu dem Schluß, es laufe alles auf eine „demokratische“ Verbrämung einer Regierungsweise hinaus, für die sich noch kein salonfähiger Name anbietet; es sei denn, man gewöhne sich wieder an jenen Begriff unheimlichen Angedenkens, welcher da heißt: „Führerstaat“.

„Demokratisches“ Aushängeschild

Das Parlament ist in seinem jetzigen Zustand funktionslos geworden, es hat keine Bedeutung mehr für die echte Ausübung der Regierungsgewalt, die tatsächliche Macht ist von der Legislative auf die Exekutive übergegan-

gen — darin stimmen demokratische, sozialistische und marxistische Kritiker überein. Die Zusammensetzung des Parlaments bürgt dafür, daß von dorthier keine Störungen für die Ausübung der Klassenherrschaft kommen können, daß keine ernsthaften Versuche gemacht werden, der herrschenden Klasse notwendig erscheinende Maßnahmen zu verhindern oder auch nur zu modifizieren. Die Ausübung der Herrschaft wäre, daran gibt es keinen Zweifel, sachlich auch möglich ohne die „Mitwirkung“ des Parlaments.

Die Funktion des Parlaments ist heute tatsächlich — auch vom Standpunkt der herrschenden Klasse aus — die einer „demokratischen Verbrämung“ der Klassendiktatur, die Aufrechterhaltung der Illusion unter der breiten Bevölkerung, man habe ja Demokratie. Das allerdings rechtfertigt allein schon vom Standpunkt der Bourgeoisie die Aufrecht-



erhaltung der Institution „Parlament“. Der Parlamentarismus, entstanden als Frucht des Kampfes der Bourgeoisie um politische Freiheit, letztlich um die politische Macht gegen den Feudalismus und die ihm entsprechende Herrschaftsform, die Monarchie, entwickelte sich zur dem Kapitalismus entsprechenden Herrschaftsform. Die Arbeiterklasse, die diesen Kampf um politische Freiheiten als auch für sie vorteilhaft unterstützte, sicherte sich in ständiger Auseinandersetzung die erungenen demokratischen Rechte: für sie wurde das bürgerliche Parlament zu einem Kampfplatz für die weitergehenden Ziele der Arbeiterklasse.

Ein Kampfplatz der Sozialisten

Allerdings nur ein Kampfplatz: „Die Sozialdemokratie“, schrieb Lenin, und er meinte

damit die marxistische Partei der Arbeiterklasse, „betrachtet den Parlamentarismus als eines der Mittel zur Aufklärung, zur Erziehung und Organisation des Proletariats zu einer selbständigen Klassenpartei, als eines der Mittel des politischen Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse.“

August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die ersten proletarischen Abgeordneten in einem bürgerlichen Parlament, gaben ein hervorragendes Beispiel dafür, wie der parlamentarische Kampf ausgenutzt wird für den außerparlamentarischen, wie durch die Tätigkeit von Vertretern der Arbeiterklasse im Parlament der außerparlamentarische Kampf Bestandteil des parlamentarischen Kampfes werden kann.

Und die Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland zeigt, daß immer dann die größten Erfolge bei der Hebung des Klassenbe-

der Mehrheit“ herrsche, weder den Staat als Organ der Klassenherrschaft betrachten noch auf Bündnisse mit der fortschrittlichen, sozial-reformerischen Bourgeoisie gegen die Reaktionen verzichten“ (Lenin, Bd. 15).

Arbeiterklasse nicht mehr existent?

Der Verzicht auf den Klassenkampf, der Verzicht auf die unmittelbare Verbindung des parlamentarischen Kampfes mit der außerparlamentarischen Aktion führte zur Isolierung der Fraktion und der Parteispitze von den Massen, führte zur Integration in das herrschende System, führte dazu, daß die herrschende Klasse Schritt für Schritt die einst erkämpften Rechte der Arbeiterklasse, aber auch die Befugnisse und die tatsächlichen Einwirkungsmöglichkeiten des Parlaments als



August Bebel und Wilhelm Liebknecht (Bild links), die ersten sozialistischen Abgeordneten in einem bürgerlichen Parlament, setzten Maßstäbe für revolutionäre Parlamentsarbeit.

Parlamentarischen mit außerparlamentarischem Kampf verbunden: Karl Liebknecht an der Spitze eines Demonstrationzuges, Berlin 1918.

wußtseins der Arbeiter zu verzeichnen waren, wenn marxistische Vertreter nicht allein im Parlament agierten, sondern ihren Kampf unmittelbar mit den außerparlamentarischen Aktionen verbanden. Die Namen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Ernst Thälmann kennzeichnen solche Situationen.

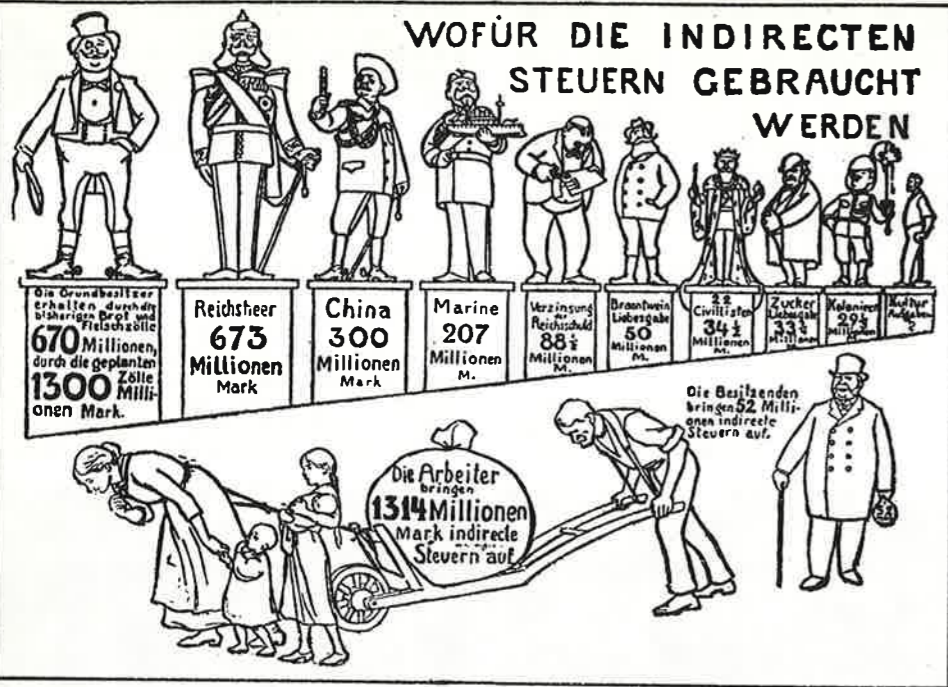
Wille der Mehrheit?

Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß sich die Sozialdemokratische Partei schon sehr früh in ihrer Mehrheit Schritt für Schritt mit ihrer Parlamentsarbeit in das herrschende System integriert hat. Von Eduard Bernstein stammt die Theorie, „politische Freiheit, Demokratie, allgemeines Wahlrecht entzögen dem Klassenkampf den Boden . . . In der Demokratie dürfe man, da ja der „Wille

Ganzes auf das Regierungsinstrumentarium beschneiden konnte.

Aus der Illusion heraus, in der parlamentarischen Demokratie sei der Staat kein Organ der Klassenherrschaft und der Wille der Mehrheit herrsche, wurde in diesen Tagen die Ablehnung von Kampfmaßnahmen der demokratischen Kräfte und der Arbeiterklasse wie Demonstrationen und Streiks als „unzulässiger, undemokratischer Druck der Straße“ auf das Parlament, auf die „nur ihrem Gewissen verantwortlichen Volksvertreter“ bezeichnet.

Keinesfalls also kann die vollzogene Funktionslosigkeit des Parlaments als ein „naturnotwendiger“, nach objektiven Gesetzen mit der Entwicklung des Imperialismus sich in Übereinstimmung befindlicher Prozeß betrachtet werden. Eine solche Anschauung erklärt den subjektiven Willen der Herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer Macht-



Wahlkampf ausgenutzt zur Politisierung der Bevölkerung: Wahlflugblatt der Sozialdemokratie, 1903.

Bevor die KPD, als einzige konsequente marxistische Partei verboten wurde: Ihr 1. Vorsitzender, Max Reimann, bei seiner Rede gegen die Remilitarisierung vor dem Bundestag.

erhaltung und Machtsicherung zum objektiven Gesetz, schreibt folglich die beherrschte Klasse, die Arbeiterklasse, als wirkende Gegenkraft ab. Gerade die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung hat bewiesen, daß diese Kraft vorhanden ist. In allen Auseinandersetzungen mit den Notstandsbeifürwortern haben sich die profilierten Vertreter der Notstandsgegner als jene erwiesen, die die komplizierte Materie besser kannten, die sie in ihren Auswirkungen überhaupt einschätzen konnten.

Der Fehler: Keine Marxisten im Bundestag

Es hat sich gewiß nicht darum gehandelt, daß die Notstandsgegner die Gesetzestexte besser auswendig gekannt hätten; solche Kenntnisse gab es auch bei vielen Parlamentariern. Es handelte sich vielmehr darum, daß die ersteren die klassenmäßige Funktion der Notstandsgesetze erkannten und daher ihre Auswirkungen auf die Arbeiterschaft, aber auch auf die demokratischen und kleinbürgerlichen, nichtmonopolisierten Kräfte erläutern konnten. Sie konnten nachweisen, daß die Notstandsgesetze ein Instrument zur Niederhaltung der Arbeiterklasse, damit aber auch

gleichzeitig zur Abwürgung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie sind. Ohne diese Erkenntnis und ihre Verbreitung wäre der außerparlamentarische Widerstand, wäre die Politisierung größerer Massen und ihre Mobilisierung in so relativ kurzer Zeit nicht möglich gewesen. Es saßen — und sitzen — nicht „dümmere“ Leute im Parlament, Leute, denen etwa der notwendige „Sachverstand“ fehlt. Es handelt sich lediglich darum, daß die beherrschte Klasse, die Arbeiterklasse, in Wahrheit im Parlament nicht repräsentiert ist. Es sind keine Marxisten im Parlament. Die Frage steht, ob die entstandene außerparlamentarische Opposition versuchen soll, diesen Zustand zu verändern. Es gibt den „Aufruf zu einem Wahlbündnis für 1969“ des „Gießener Kreises“ (elan 9/68), es gibt Initiativen auf örtlicher Ebene wie „Arbeiterkonferenzen“. Und es gibt die Meinung der „linken Revolutionäre“ — beheimatet vor allem in der derzeitigen Führungsgruppe des SDS — wahre Revolutionäre dürften an den Wahlen nicht teilnehmen: man dürfe mit einer solchen „legalistischen“ Aktion nicht die Illusion nähren, es gäbe in der BRD noch Demokratie. Vielmehr müsse der undemokratische, repressive Charakter des Staates, also auch des Parlaments, deutlich gemacht werden, das als de-



Reisen in die Sowjetunion 1968

8-Tage Flugreise nach Moskau

26. 10. — 2. 11. 68 und

2. 11. — 9. 11. 68 für nur 533,— DM

7-Tage Flug- und Bahnreise nach Moskau und Warschau

26. 10. — 1. 11. 68 für nur 563,— DM

Alle Preise gelten ab Berlin. Stadtrundfahrten, Besichtigungen, Flugkosten, Hotelunterkunft und Vollpension sind im Preis enthalten.

Reisen in die DDR

Urlaubsaufenthalte in Oberhof/Thüringen

17. 10. — 31. 10. 68

31. 10. — 14. 11. 68

16. 1. — 30. 1. 69

30. 1. — 13. 2. 69

13. 2. — 27. 2. 69

27. 2. — 13. 3. 69 für nur 250,— DM

26. 12. 68 — 2. 1. 69 für nur 210,— DM

Alle Preise gelten ab Essen. Die Beförderung erfolgt mit der Eisenbahn. Besichtigungen, Unterkunft und Vollpension sind im Preis enthalten.

Für weitere Reisen innerhalb der Bundesrepublik und für Reisen nach Ungarn und in die CSSR, sowie für Kurzreisen in die UdSSR, DDR, Ungarn und CSSR empfehlen sich:

FERIEN- UND STUDIENFAHRTEN

Reisedienst Essen GmbH

43 Essen, Hindenburgstraße 38/40

Telefon 23 81 77

„elan“ Leser,
die für „elan“
werben
gewinnen
zweimal

„elan“ Leser

interessieren sich nicht nur für das Wetter oder die Querelen Ihrer Nachbarn

„elan“ Leser

betrachten Politik nicht als Geschäft der „Großen“ wo man nichts ändern kann

„elan“ Leser

interessiert nicht nur der Sieg ihres Fußballvereins, sondern auch die Mitbestimmung in Schule und Betrieb

„elan“ Leser

sind orientiert über das, was junge Leute interessiert

„elan“ Leser

können sich in den nächsten Ausgaben u. a. informieren über Sozialismus auf Umwegen — oder gibt es einen dritten Weg Novemberrevolution — verstaubtes oder aktuelles Beispiel Konvergenztheorie — Utopie oder Möglichkeit Demokratie im Betrieb — Das Märchen vom Sozialpartner Bekommt die Außerparlamentarische Opposition eine Parlamentarische? Jugend im Dienste der neuen Ostpolitik Beiträge bekannter Autoren und Sachkenner, die sicher auch Deine Freunde und Kollegen interessieren werden, deshalb solltest Du ihnen „elan“ nicht vorenthalten.

zum ersten: neue Freunde die informiert sind und deshalb in der Schule, der Jugendgruppe oder dem Club die Interessen der Jugend mit vertreten zum zweiten zahlreiche Buch- und Plattenprämien, so z. B. für:

1 Abonnenten

ein Buch
Vietnam — Hintergründe, Zusammenhänge, Lösungen / Helmut Rödl
Ein Menschenschicksal / Michail Scholochow
KPD-Verbot — oder mit Kommunisten leben / Abendroth u. a.
In diplomatischer Mission bei Hitler / V. Bereschkov
oder eine Single-Platte

3 Abonnenten

ein Buch
Imperium Springer — Macht und Manipulation / Klönne, Jansen
Unsichtbare Brücken / M. Riffaud
Notstand unser . . . / Arno Plog
Vom Ursprung der Dinge / Lips
Marx-Biographie
oder eine Platte
Folklore oder Revolutionslieder aus der Sowjetunion

5 Abonnenten

ein Buch
Die Bettleroper John Gay
Die Nonne / Diderot

Die Beute / Emile Zola
Ein feines Haus / Emile Zola
Piloten im Pyama / Marx / Engels
Ausgewählte Schriften in 2 Bänden
oder eine Langspielplatte mit Folklore oder Revolutionsliedern

8 Abonnenten

ein Buch
Leningrad, Stadt die den Tod bezwang / Lenin / Ausgewählte Werke in 3 Bänden
oder eine Langspielplatte (Wünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt)

15 Abonnenten

8 Bände Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung

20 Abonnenten

Gesammelte Werke von Bert Brecht in 20 Bänden

Kampfblatt der Revolution

Springers Finger steckten drin

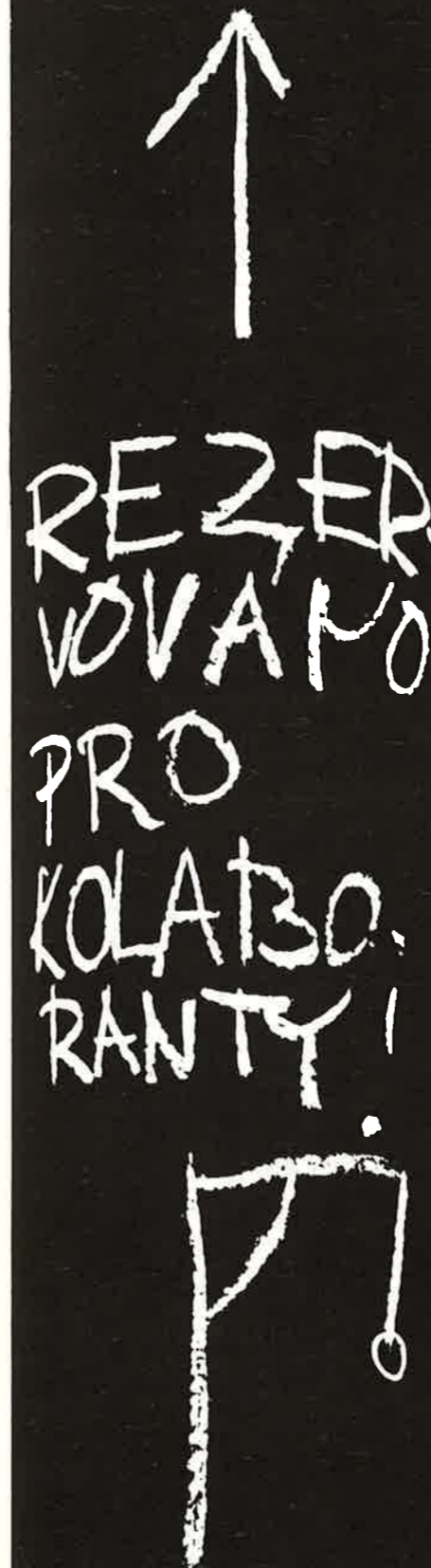
Von Ernst Benz

„Es geht bei uns um alles! Seien Sie mit uns!“ (22.8.) „Generalstreik“ (23.8.) „Sowjet-Hauptmann erschießt sich in Prag aus Scham - Glocken riefen zum Generalstreik“ (24.8.) „Dubcek bleibt - aber der Russe auch...“ (25.8.) „Russische Geheimpolizei kommt im Krankenwagen“ (26.8.) „Kommt zurück oder der Kessel platzt!“ (27.8.) „Die Jugend in Prag ruft: Verrat, Verrat! Explodiert der Volkszorn?“ (29.8.) „Russen ließen Dubcek nur auf Bewährung frei. Wurde er in der Haft zusammengeschlagen?“ (30.8.) „In Prag regiert nur noch die Faust der Russen“ (31.8.)

Platz oder keine Gelegenheit mehr hatte, die zahllosen bestreikten Betriebe aufzuzählen und Stimmungsbilder aus ihnen zu bringen. Leider gibt dieses „revolutionäre“ Blatt durch die schlichte Behauptung „Alle (streiken)“ nur den wenigen überlebenden „Stalinisten“ Gelegenheit, ihre zersetzende Dialektik zu üben und unverschämte Fragen zu stellen, wer denn nun diese „Alle“ seien. Aber auch darauf weiß BILD die rechte „revolutionäre“ Antwort (wieder-) zugeben: „Tod den Kollaborateuren“ (23.8.) „Jagd auf Kollaborateure“ (1.9.) „Listen der Volksverräter werden aufgestellt“ (Spiegel 26.8. S. 23). BILD ist an allen Fronten unermüdlich „revolutionär“ tätig. BILD ist an allen Großeinsätzen in der ganzen weiten CSSR beteiligt und beschreibt sie dann genüßlich und ausführlich ihren Lesern. Hei, wie das flutscht, wenn die entflammte Jugend allüberall die Denkmäler zur Erinnerung an die erste schmachvolle russische „Besetzung“ stürzt und dem Erdboden gleichmacht (27.8.). Würde doch der neue BILDsozialismus schon zwanzig Jahre im Lande herrschen, hätten anno 45 nicht schon einmal die Russen die Unverfrorenheit besessen, einfach das Protektorat zu überfallen. Ohne sich um Sicherheit für Leib und Leben zu kümmern, arbeiten BILDreporter im Prager „revolutionären“ Untergrund mit — und werden dafür mit Küssen, Tränen und sonstigen

ten... Wir Tschechen wollen uns nicht beschmutzen.“; die sowjetischen Soldaten sind verdrückt. Viele tragen keine Strümpfe.“; „Ein Sowjet-General belügt Dubceks Mutter“, 25.8.: sie wissen nicht wie Fernschreiber funktionieren; plündern Autos, Nahrungsmittel, Radios, deutsche Studenten erkennen übrigens auf Antrieb sibirische (!) Infanterie; sie wissen nicht, daß beim VW der Motor hinten ist; haben seit drei Tagen nichts zu essen; „Die Russen sind ziemlich bescheuert. In Prag suchen sie immer noch nach amerikanischen und westdeutschen Soldaten.“ 26.8.: Der Nachschub klappt nicht; sie „klauen“ sie stehen den Touristen das Benzin — für's Feuerzeug? —, 1.9.: so dumm, daß sie bei „Massenverhaftungen“ ganze 13 Personen in 48 Stunden fassen. — BILD wird noch viele Fortsetzungen schreiben können —. Wieviele weiße Frauen von sibirischen Untermenschen vergewaltigt wurden, wird sich noch herausstellen. Dann beschließt BILD, daß bis zur „Befreiung“ keine Glocken mehr läuten werden (26.8.), denn dieser neue BILDsozialismus ist ein frommer, gottesfürchtiger Sozialismus (28.8.). Drei Generalstreiks werden mit Glocken, Sirenen, Glocken, Hupen, Glocken veranstaltet (27.8.). So ohrenbetäubend bestreikt zu werden, muß allerdings den hartnäckigsten Reaktionär zehn Jahre früher ins Grab bringen. Da fällt es auch kaum noch auf, daß BILD keinen

Doch, BILD ist für diesen Sozialismus. Beweis: „Alexander Dubcek wollte seinem Volk und der Welt beweisen: auch in einem sozialistischen Land kann es Freiheit und Demokratie geben.“ (22.8.) „Nobelpreis für Dubcek?“ (24.8.) „Wir verneigen uns in tiefer Ehrfurcht und Bewunderung vor der Größe dieser Nation.“ Auf Seite zwei derselben Ausgabe ein beifälliges Marx-Zitat! „Prager Frühling vorbei?“ (28.8.) Und BILD kämpft als „revolutionäre“ Zeitung mit revolutionären Methoden für ihren Sozialismus. Diese Zeitung ist nicht naiv genug, nun für die BRD einfach den Übergang zu „Tschechoslowakischem“ Sozialismus zu fordern. Denn unsere „Stalinisten“ lauerten ja nur darauf, dann die „Russen“ einmarschieren zu lassen: „Was geschieht, wenn die KPD die Russen ruft?“ (24.8.) Nein BILD ist revolutionärer! BILD zählt zuerst einmal die Hakenkreuze auf, die auf sowjetische Panzer und Botschaftsgebäude gemalt wurden (22.8., 23.8., 24.8., 25.8., 27.8.). Dann wird erneut der Beweis angetreten für die so oft verleumdete Einsicht, daß „die Russen“ dumm, dreckig, diebisch sind, nichts zu essen, nichts anzuziehen bekommen, lügen und feige sind und überhaupt von nichts eine Ahnung haben (eine Auswahl: 24.8.: zu dumm Radiosender anzupfeifen; eine Ärztin angeblich zu einem Blutspende-Angebot: „Auf russisches Blut können wir verzich-



In Prag an Häuserwände und Masten gemalt: Ausdruck BILDsozialistischer Gesinnung.



... SPÄTES ERWACHEN !

Liebesbezeugungen belohnt (1.9.). Schließlich findet BILD im „revolutionären“ Kampf für den Sozialismus „weltweite Unterstützung (Johnson im Bams 1.9.: keine Zweifel, wo die USA in dieser Frage stehen; Bundesregierung in Welt 29.8.: Krise endet erst mit voller Wiederherstellung der Souveränität; Spiegel 26.8. S. 23, BILD 22.8., 25.8.: SDS schaltet von „Enteignet Springer“ auf Anti-Kommunismus; Spiegel 26.8. S. 23: DGB läßt Berliner Autofahrer hupen; Spiegel 26.8. S. 23: Marcuse erklärt seine Distanz; Stern 8.9. S. 164: die Spezialeinheiten der Bundeswehr stellen diverse „freie Sender“; die Frankfurter Rundschau liefert in ihren Kommentaren seit dem 21.8. unermüdlich Berge von Beweisen für den endgültigen Zerfall des Kommunismus und betrauert den „liberalen Sozialismus“ der CSSR; Spiegel 26.8. S. 31: Wehner sieht eine „grausige Enttäuschung für uns alle.“) Aus Dankbarkeit für diese unerwartete Welle der Solidarität mit dem neuen BILDsozialismus zählt BILD nun in weiterschütternder Manier die „Tage der Panzer“ (1.9.) wie einst die der Mauer; und BILD verbreitet die heldenhaften und tiefgründigen Parolen dieses neuen Sozialismus zum allgemein antiautoritären Gebrauch (27.8.: „Iwan go home, Natascha hat ein Sex-Problem“; Welt 27.8. und ähnlich BILD 27.8.: „Schließt die Mülleimer ab, die Russen fressen alles“; Spiegel 26.8.:

„Asiaten, geht nach Hause“). BILD hilft vielleicht sogar mit, noch tiefschürfendere Parolen zu entwickeln: 26.8.: „To hell with CCCR and Brez'nev“. Der Text ist englisch, kyrillisch, tschechisch durcheinander geschrieben und verrät einen Autor mit profunder Bildung, geht es zu weit, einem BILDreporter soviel BILDung zuzutrauen? Wie aber denkt sich BILD den Weg der BRD zum neuen BILDsozialismus? Die Lösung ist in ihrer Schlichtheit bestechend und herrlich unkonventionell. Man rüste weiter auf, stärke die NATO (23.8.), bekomme endlich Atomwaffen (26.8.), besteuere die Bevölkerung bis zum Weißbluten (25.8.), dann wird es kein böser „Stalinist“ wagen, uns an der Entwicklung „tschechoslowakischer“ Zustände zu hindern, und die kommen dann sicher von alleine. Diese Zeitung läßt noch Großes erhoffen!

So bleibt nur an die Adresse der wenigen noch „stalinistisch verseuchten“ kommunistischen Parteien der Welt (z. B. Nordvietnam, Kuba, USA) und der wenigen marxistisch-leninistischen „Traditionalisten“ der BRD die Frage zu stellen: Wollt ihr wirklich weiterhin trotzig sein und in stalinistischer Opposition machen — oder ist es nicht viel schöner, mit BILD und allen Kapitalisten „Friede-Freude-Eierkuchen“ zu spielen?

ARNO PLOOG:

DAS IST LEGAL!

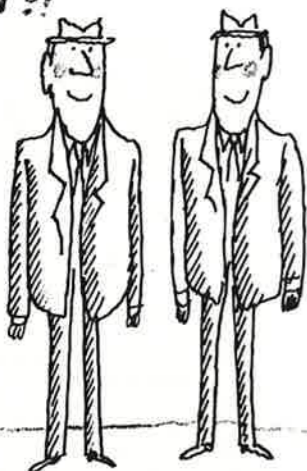
DIE CDU/CSU STARTET EINE NEUE WERBEAKTION.....

NACHDEM IN DEN LETZTEN WOCHEN BEKANNT GEWORDEN WAR, DASS IN EINIGEN NIEDERSÄCHSISCHEN ORTEN DIE CDU UND FDP MIT DER NPD EIN WAHLBÜNDNIS EINGEGANGEN SIND, ERHOB SICH LANDAUF, LANDAB ERSTAUNLICH DEUTLICHER PROTEST. MAN KANN DIES NUR BEDAUERN..... ALLERDINGS ZEIGT SICH AUCH, DASS DIE CDU WIEDER EINMAL NICHT RICHTIGE PUBLIZISTISCHE AUFKLÄRUNGSARBEIT GELEISTET HAT. DAS SOLL NUN ANDERS WERDEN. DIE BONNER CDU PLANT DIE HERAUSGABE EINER LEICHT VERSTÄNDLICHEN FIBEL, DIE AN DEN SOLL UND AUS DER WIR ELAN ABDRUCKEN. NÜCHTERN ZUG DER ZEIT IN WEST-



ALLE HAUSHALTE VERTEILT WER-
EINIGE BLÄTTER EXKLUSIV IN
UND SACHLICH WIRD HIER DER
DEUTSCHLAND DEUTLICH!

DAS SIND THEO UND OTTO. ZWEI SERIÖSE MÄNNER. IN IHRER GEMEINDE SIND SIE ANGESEHEN. WARUM SOLLEN SIE NICHT ZUSAMMEN ARBEITEN?!



NUR WEIL THEO IN DER CDU IST UND OTTO IN DER NPD? ABER DAS IST DOCH KEIN TRENNUNGSGRUND MEHR! BEIDE WOLLEN SIE EINE GUTE POLITIK MACHEN, EINE SCHÖNE GROSSE STARKE STOLZE DEUTSCHE POLITIK! ZUERST IN IHRER GEMEINDE. DANN IN DER STADT. SPÄTER AUCH MAL IN BONN. ES STIMMT EBEN, WENN ES HEISST:
FÜREINANDER - MITEINANDER!

SO SAH DAS UNGEFÄHR BISHER AUS. PFUI! MUSS DAS SEIN? SOLL POLITIK WIRKLICH SO UNSCHÖN SEIN?



NUR WEIL THEO IN DER CDU IST UND OTTO IN DER NPD? WAS DENKT DA WOHL DAS AUSLAND, WENN WIR UNS SCHON IM EIGENEN LAND NICHT VERTRAGEN? ABER DAS SOLL SICH ÄNDERN! DAZU MÜSSEN BEIDE NUR ZUSAMMEN IHREN MANN STEHEN. UND ZUSAMMEN POLITIK MACHEN. NACH DEM MOTTO:
HAND IN HAND - FÜR DEUTSCHLAND.....



MANCHE SAGEN, OTTO SEI EIN NAZI. PFUI! PFUI! PFUI!!! WIE KANN MAN NUR SO GARSTIG SEIN! ER WILL DOCH NUR DAS BESTE FÜR DEUTSCHLAND!



WIE TRAUERIG MUSS OTTO SEIN, WEIL ER IMMER "NAZI! NAZI! NAZI!" HÖRT! NUR WEIL ER SO ÄHNLICH DENKT. UND WAS GEGEN ITALIENER UND SO HAT. UND RICHTIG NATIONAL DENKT! UND DIESE STUDENTEN VERPRÜGELT. ACH WAS! SOLL IHM DA NICHT ENDLICH EINER ZUR HILFE KOMMEN? NACH DEM MOTTO:
SEID NETT ZUEINANDER!

ZUR ZEIT ARBEIT THEO MIT DEM SOZI ZUSAMMEN. SCHLIMM! SCHLIMM! DAS IST AUF DIE DAUER DOCH GEFÄHRLICH! OH!



SCHON DESHALB BRAUCHT THEO EINEN NEUEN PARTNER. WEN? NA, OTTO NATÜRLICH! DA SIND DIE GEMEINSAMEN INTERESSEN UND WÜNSCHE SOWIESO VIEL GRÖßER! UND VON FRÜHER, NA JA, KENNT MAN SICH TEILWEISE JA AUCH NOCH. BESTENS! DARUM:
JEDER SIEHT ES EIN: CDU & NPD IST FEIN!!!



WER SOLL EIGENTLICH ENDGÜLTIG DIESES DEMOKRATISCHE UND LINKE GESINDEL BEI UNS BEISEITE SCHAFFEN? WENN NICHT THEO UND OTTO!



NICHT UMSONST HAT JA THEO SCHON DIE NOTSTANDSGESETZE MIT AUFGEBAUT. MIT OTTO ZUSAMMEN KÖNNTE ER SIE VERWIRKLICHEN. DENN DER IST EIN VERLÄSSLICHER PARTNER! DAS MÜSSEN WIR UNS MERKEN!
ALLES WIRD OKAY - MIT CDU & NPD!

DENN: THEO UND OTTO WERDEN ZUSAMMEN KOMMEN - FRÜHER ODER SPÄTER. WARUM NICHT FRÜHER?!!



ES STIMMT EBEN, WENN SICH DR. JOSEF STECKER (CDU-MdB) IN EINEM INTERVIEW MIT DEM 'SPIEGEL' (33/1968) FRAGT, OB MAN DIE NPD DENN IMMER IN DIE ECKE STELLEN SOLL ODER NICHT "LIEBER DIE ACHTBAREN MENSCHEN IN DIESER PARTEI... ZUR VERANTWORTLICHEN ARBEIT ZWINGEN SOLL." DENN: "WAS DIE AN NATIONALEN ANLIEGEN... HABEN, DAS PRAKTIZIEREN WIR JA TÄGLICH." SO IST DAS! DARUM MERKE:

NPD - DER BESTE PARTNER, DEN ES FÜR DIE CDU JE GAB!

Hosch

druckt
von DIN A 6 bis
DIN A 2
Bücher,
Broschüren,
Prospekte,
Kataloge,
Briefbogen,
Preislisten,
Drucksachen
aller Art

HOSCH GmbH.
6 Frankfurt
am Main W 13
Kurfürstenplatz 42
Tel. 778273



Peter Rath

STECK BRIEFE



Der Bericht
des Robert von Lenwitz

von Michael Mansfeld



Thomas von der Vring

Reform
oder Manipulation?

Zur Diskussion eines neuen Wahlrechts



Über keinen anderen Politiker kursieren in der Bundesrepublik so gegensätzliche Urteile wie über den Staatsratsvorsitzenden der DDR Walter Ulbricht, dem der bürgerliche Publizist Sebastian Haffner bescheinigt, der erfolgreichste deutsche Politiker seit Bismarck zu sein. Zwei im Blinkfuer-Verlag erschienene Bücher füllen eine seit langem bestehende Informationslücke.

WALTER ULBRICHT — EIN BIOGRAPHISCHER BERICHT, (122 S., 2,95 DM) schildert die Stationen seines Lebens und enthält bislang in der Bundesrepublik nicht veröffentlichte Materialien.

WALTER ULBRICHT — REDEN UND AUFSÄTZE, (322 S., 7,95 DM) enthält Beiträge zu den Problemen der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, zum Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte und zur Lösung der nationalen Frage.

BONN — KOBLENZER STRASSE ist der romanhafte Lebensbericht eines Diplomaten, der freiwillig den Dienst im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik quittiert, weil er zu der Überzeugung gekommen war, daß die deutsche Politik nach dem 2. Weltkrieg wieder die falsche Richtung gewählt hatte. Es ist die verschlüsselte Anklageschrift gegen die NS-Renaissance in der Bonner Außenpolitik, deren alte Führungsgarnitur von NS-Diplomaten das Bild erweckt, als ob Ribbentrops AA von der Wilhelmstraße in Berlin an die Koblenzer Straße in Bonn verpflanzt wurde.

Michael Mansfeld, BONN — KOBLENZER STRASSE, Der Bericht des Robert von Lenwitz, Verlag Kurt Desch, München 488 S., 24,— DM.

In DIE SIEBEN TODSÜNDEN DES DEUTSCHEN REICHES behandelt Sebastian Haffner die Grundfehler der deutschen Politik. Obwohl die Geschichte nie dasselbe Stück notengetreu ein zweites Mal spielt, sind die damals wie heute bestimmenden Fehleinschätzungen in der Politik die gleichen. Die Bundesrepublik wie das Deutsche Reich Wilhelm des II. setzen sich Ziele, die nur durch Krieg erreicht werden können (diesmal: Liquidierung der DDR). Den Status Quo zu verändern, der Militarismus, politische und moralische Selbstüberschätzung, Realitätsverlust und die Feigheit der Vernunft, all dies gehört wie einst bei Wilhelm II. zum Repertoire der bundesdeutschen Politik.

(Sebastian Haffner: DIE SIEBEN TODSÜNDEN DES DEUTSCHEN REICHES, Wegner Verlag Hamburg, 142 S., Pb., 9,80 DM)

„Auffällig, absurd, unheimlich, vor allem aber lustig“ — mit diesem Steckbrief fahndeten Milo Dor und Reinhard Federmann nach den besten grotesken Witzen in Wort und Zeichnung. Neben alten Kalauern enthält ihre Sammlung eine stattliche Anzahl guter Schwänke, die das Prädikat grotesk verdienen: ein geistiger Purzelbaum zu sein, ein Kurzschluß, der verblüfft, befremdet und dann in einem befreienden Lachen explodiert. Der GROTESKE WITZ ist eine ergiebige — nur leider relativ teure Quelle.

(Milo Dor / Reinhard Federmann: DER GROTESKE WITZ, Verlag Kurt Desch, 208 S., Leinen, 19,80 DM)

Thomas von der Vring Untersuchung REFORM ODER MANIPULATION? zeigt: Die Einführung eines Mehrheitswahlrechtes würde weder die Regierungen handlungsfähiger machen, noch die Kontrollmöglichkeiten der Opposition sowie den Einfluß der Wähler vergrößern oder den Machtwechsel zwischen Regierung und Opposition fördern. Eine Änderung des Wahlrechtes im Sinne der großen Koalition würde auf ein CDU-mehrheitsbildendes Wahlrecht hinauslaufen. Das Argument Fortsetzung der Großen Koalition oder Wahlrechtsänderung ist eine „erpresserische für die Arroganz der Macht beispiellose Alternative“.

(Thomas von der Vring: REFORM ODER MANIPULATION?, Europäische Verlagsanstalt, 314 S., Snolin-Broschur, 19,80 DM)



Zur internationalen Jugendarbeit der Jugendverbände

Reaktionäre Mission oder Beitrag zum Frieden

Von Uwe Sommer

Die Spitzen der Jugendverbände in der Bundesrepublik führen gegenwärtig eine lebhafte Diskussion über ihre internationalen Jugendkontakte. Die erstmals erfolgte Teilnahme von 10 Mitgliedsverbänden des Deutschen Bundesjugendringes (DBJR), der Jungsozialisten und des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) am IX. Festival in Sofia stellt einen bedeutenden Einschnitt dar in der Entwicklung der internationalen Kontakte dieser Verbände. In diesem Herbst wird die neue Entwicklung ausgewertet. Vom Ausgang dieser Diskussion wird es abhängen, ob die Beziehungen zur europäischen Jugend dem Streben nach Sicherheit unseres Kontinents durch Anerkennung der bestehenden Grenzen, durch Abrüstung, Unterstützung des Atomwaffen-sperrvertrags, Anerkennung der DDR und Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens von Beginn an dienen werden, oder ob man sich der Außenpolitik Bonns mit ihrem — diesen Zielen der demokratischen Jugend vieler Länder zuwiderlaufenden — Programm unterordnen will.

Regierung soll mitmischen

Der Vorsitzende des Deutschen Nationalkomitees für Internationale Jugendarbeit (DNK), der DAG-Bundesjugendleiter und CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Eduard Prosch, versicherte in der August-Ausgabe der „Deutschen Jugend“: „Die Jugendverbände verstehen sich keineswegs als Vollstrecker eines bestimmten Teils der Außenpolitik.“ Prosch fährt aber fort: „Dennoch kann und soll die Bundesregierung mit ihrer Jugendpolitik auch auf den Bereich der internationalen Jugendarbeit einwirken.“ Mit diesem bereitwilligen Zugeständnis kommt Prosch den Plänen der Regierung der Großen Koalition entgegen, die ihrem 2. Jugendbericht im Frühjahr dieses Jahres formulierte: Die „lebendige Bereitschaft zur Freundschaft mit der Jugend der Welt, bietet der deutschen Politik die einzigartige Chance, über die Jugend ihre außenpolitischen Bestrebungen und Notwendigkeiten in die Zukunft zu tragen und sie für Generationen zu festigen.“ Es wird die Ausarbeitung einer „umfassenden bildungsmäßigen und politischen Konzeption“ angekündigt, „die der Bedeutung internationaler jugendpolitischer Zusammenarbeit im Rahmen außenpolitischer Notwendigkeiten gerecht wird.“

Strauß arbeitete Konzept aus

Das politische Ziel wurde von Franz Josef Strauß schon formuliert: ein geeintes West-Europa soll als „Vorstufe zu den Vereinigten Staaten von Europa“ geschaffen werden, „zu dem ich auch alle Völker Mittel- und Osteuropas rechnen möchte. Das Vereinigte Europa sollte die Position einer eigenständigen Macht zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion einnehmen und somit im weltpolitischen Kräftespiel das Übergewicht der freien Gesellschaft sichern.“ („Entwurf für Europa“, S. 26/27). Auch welche Rolle die Jugend bei der Erreichung dieses Zieles spielen soll, ist von Strauß schon „entworfen“: „Jede zukünftige Union Europas muß auf dem Alleinvertragsrecht der Bundesrepublik Deutschland bestehen und es aktiv verteidigen, solange es in Ostberlin ein Regime von Moskaus Gnaden gibt. Eine solche Politik der gesamteuropäischen Auflockerung kann nur Schritt für Schritt zum Erfolg führen. Man wird kaum eine rasche Lösung erwarten können, sondern eher in Dimensionen eines historischen Prozesses denken müssen. Während dieser Periode müssen wir die ost- und südosteuropäischen Völker durch kulturelle und wirtschaftliche Bindungen stärker an Westeuropa heranziehen: durch Jugend- und Akademikeraustausch, durch Tourismus, Sportveranstaltungen und viele andere passende Mittel.“ (Ebenda, S. 44)

Bereitwillige Helfer

Bonn plant also für die Zukunft der herrschenden Politik. Die Formierung der westdeutschen Jugend im Sinne der eigenen Außenpolitik erhält einen wesentlichen Stellenwert. Daß sich in einigen Jugendverbänden Funktionäre finden, die bereits jetzt ihre Organisationen im Sinne der geplanten Bonner „Konzeption“ einzusetzen bereit sind, haben die Weltfestspiele gezeigt. Prosch schreibt zwar in der „Deutschen Jugend“ hinsichtlich der Ostkontakte der Jugend, es könne dabei nicht darum gehen, zu „missionieren“ oder sich „missionieren“ zu lassen. In Sofia aber führte er jene Funktionäre an, die alles daran setzten, ihre „Mission“ für die Bonner Politik zu erfüllen. Mit reichen Geldmitteln ausgerüstet, schleppten sie jene Propagandabroschüre des DNK in die bulgarische Hauptstadt, die — ganz im Sinne Bonns —

die Rechte und Lebensbedingungen der Jugend unseres Landes beschönigend und die Situation in der DDR diffamierend darstellte, die die Notstandsgesetze rechtfertigende Darstellungen und revanchistische Formulierungen enthielt.

Funktionäre wie Prosch waren in Sofia bemüht, die neonazistische Gefahr in unserem Lande als unbedeutend darzustellen und die Schuld der Bonner Politik am Anwachsen des Neonazismus zu leugnen, sich quasi schützend zwischen Bundesregierung und NPD zu stellen. Sie waren es, die den Verleumdern der Weltfestspiele und Propagandisten der Großen Koalition Joseph Scholmer zum Vorbereitungsseminar für Festival geholt hatten und die schließlich auch das nötige Kleingeld beschafften, um 68 Festivaldelegierte aus Ländern der dritten Welt in die Bundesrepublik zu holen mit der Absicht, ihnen die Segnungen des hiesigen Kapitalismus vorzuführen. Man will nicht „missionieren“? Die Tatsachen sehen anders aus.

Erwünscht: Solidarität im Antikommunismus

In ihrem Missionsgeist sind rechte Jugendfunktionäre bei Besuchen in sozialistischen Ländern und Entwicklungsländern sehr darum verlegen, die angeblichen Werte des „Pluralismus“, der „Vielfalt“ der Organisationen zu preisen, um damit die Kräfte in den einheitlichen sozialistischen Jugendorganisationen dieser Länder aufzuspalten. Gleichzeitig ist aber die Tendenz erkennbar, unter den Jugendverbänden unseres Landes die Vielfalt zugunsten der Formierung im Sinne Bonns aufzuheben. Eine besondere Rolle ist dabei dem Bundesjugendring zugesprochen, dessen leitende Funktionäre in Sofia bestrebt waren, um alles in der Welt die „Einheit“, die „Geschlossenheit“ und „Solidarität“ der deutschen Organisationen untereinander zu wahren und dabei die „Bundesrepublik zu verteidigen“. Der Bundessekretär der Jungsozialisten, Ernst Eichengrün, rechtfertigte diese Position jetzt in einem Zeitungsinterview: „Ein unabhängiges Auftreten der einzelnen Verbände wäre gar nicht gut gewesen“, meint er, denn gegenüber der Taktik der Funktionäre aus der DDR und der UdSSR sei „ein Mindestmaß an Solidarität nach wie vor erforderlich“. Die Solidarität im Antikommunismus und in der Regierungstreue fanden aber die Mehrheit der Jungsozialisten, die Naturfreundejugend 19

to

und Teile der evangelischen Delegation wenig verlockend. Sie entzogen sich den Formierungsplänen der Herren Eichengrün, Flegel und Prosch, weshalb sie jetzt der Kritik rechter Funktionäre ausgesetzt sind. (Die Gewerkschaftsjugend machte von Anfang an nicht mit, sie entsandte eine eigene Beobachtergruppe.)

Im übrigen werden die Argumente von der „Geschlossenheit“ einerseits und vom „Pluralismus“ im DBJR andererseits gern abwechselnd, je nach Opportunität, aus dem Kästchen geholt. Wenn es um eine eindeutige Verurteilung des verbrecherischen Ausrottungskrieges der USA in Vietnam geht, dann ist die „Vielfalt“ schuld an der politischen Enthaltsamkeit des DBJR. Wenn man aber anlässlich der Ereignisse in der CSSR die Zeit für eine neue antikomunistische Hysterie für gekommen hält, dann beschließt der DBJR-Vorstand „spontan“, unter Mitwirkung der Deutschen Jugend des Ostens, der Beamtenbundjugend und anderer reaktionärer Gruppen eine Kundgebung zu veranstalten, in deren Verlauf die Botschaft der Sowjetunion in Rolandseck besudelt wird. So einfach ist das mit der „Pluralität“ und der „Geschlossenheit“.

Gefahr für die APO

Neben den bereits seit längerer Zeit zu beobachtenden Bemühungen, die im Bundesjugendring vertretenen Jugendverbände auf der Bonner Generallinie zu einigen, müssen wir heute auch Tendenzen registrieren, die Jugend der außerparlamentarischen Opposition in bestimmten Fragen im Sinne der Herrschenden zu integrieren. Einige „unserer Protestierer“ waren von der Presse gern gesehene Aktivisten anlässlich der antikomunistischen Demonstrationen zu den Ereignissen in der CSSR, und sie fanden den Applaus des Establishments, wenn sie aus einer „ultralinken“ Position heraus in Sofia die DDR, Bulgarien und die Sowjetunion angriffen. Wie man bemerkt ist, Teile der APO zu manipulieren, zeigt das Auftreten von Herrn Lutz Rininsland. In Sofia nahm er als Westberliner VDS-Funktionär am Festival teil. Er gebärdete sich als Super-Revolutionär, dem die Solidarität des Festivals mit Vietnam noch nicht kämpferisch genug war, der sogar die Leute um K. D. Wolff noch zu weiteren „linken“ Aktivitäten anhielt. In der Berichterstattung des Herrn Rininsland — er betätigte sich nebenher als Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“ — ist von Solidarität mit Vietnam allerdings nichts mehr zu lesen. Da schreibt er Klartext, wenn er der APO eine neue Zielrichtung andeutet: Diesmal gegen die sozialistischen Länder, deren Jugend zu konterrevolutionären Aktivitäten ermuntert werden soll. Rininsland rät der APO: „Neben neuen Aktionen in Westeuropa im Herbst“ sollten „in Zukunft vor allem Anstrengungen darauf verwendet werden, die Tumulte von Sofia zu einer heilsamen Un-

ruhe werden zu lassen.“ Hoffnungsvoll fährt er fort: „Was bulgarische Studenten in Sofia zehn Tage lang erlebten, wird sie nach der Abreise der Delegationen nachdenklich werden lassen.“ Die „studentischen Festival-Störer“ — Rininsland zählt sich offenbar dazu — meinten, „daß ihr Auftreten in Sofia einem richtig verstandenen Festivalgeist der Zukunft gedient hat.“

Was kann das für ein Festivalgeist sein, der die Störung des antilperialistischen Kampfes zum Ziel hat, der „heilsame Unruhe“ nicht etwa gegen die Machenschaften des Imperialismus, gegen die Weltgendarmerie des US-Imperialismus in Vietnam und anderswo und gegen den Neonazismus, sondern gegen die sozialistischen Länder auslösen will? Rininsland hat uns klargemacht, warum einer bestimmten Art des angeblich „antilperialistischen Kampfes“ auch die Herrschenden in der Bundesrepublik Belfall zollen, der Art nämlich, die objektive Positionen der Konterrevolution bezieht.

Demokratie alias Junge Union

Überlegungen über die Methodik internationaler Jugendarbeit werden gegenwärtig auch in der Jungen Union angestellt. Herr Uwe Barschel, seines Zeichens Landesvorsitzender der Jungen Union in Schleswig-Holstein, ist sehr verschnupft über die Ergebnisse des Festivals in Sofia. Daß die Bonner Politik dort nicht zum Zuge gekommen ist, dafür macht er „schwere politische Schnitzer“ des Bundesjugendringes verantwortlich. In ihrer Wut verraten Kälte Krieger wie Barschel manchmal ihre intimsten Wünsche: Er fordert ein Verbot der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), die — ganz entsprechend den Aktionen der Jugend unseres Landes in den letzten Monaten — in Sofia als konsequente Kraft im Kampf gegen die US-Aggression in Vietnam und gegen den friedensgefährdenden Neonazismus in unserem Lande aufgetreten ist.

Einen anderen Vorschlag, „ein eindrucksvolles Bild vom Leben in freiheitlicher Demokratie zu vermitteln“ — dazu zählt nach Junge-Union-Lesart die Notstandsgesetzgebung und u. U. ein SDAJ-Verbot —, macht die Junge Union Hessens. Sie fordert die Bundesregierung auf, Mittel für ein Treffen der europäischen Jugend bereit zu stellen, das im nächsten Jahr in der Bundesrepublik stattfinden solle. Man darf gespannt sein, welches Programm die Junge Union für ein solches Treffen vorgesehen hat. Soll ein solches Treffen der Veränderung des status quo dienen, wie sie kürzlich von Bundeskanzler Kiesinger und Bundesfamilienminister Heck gefordert worden war? (Letzterer ausgerechnet auf dem Jugenddelegiertentag des DBJR). Soll das Treffen die „verhängnisvollen Lehren eines Karl Marx“ bekämpfen? (Bundeskanzler Kiesinger am 28. Juni 1968 in seiner Rede „Lebensauf-

gaben der jungen Generation“). Andere Konzepte haben die Alten und Jungen der CDU/CSU der Jugend für ihre internationalen Kontakte nicht anzubieten.

Einigung — für was?

Wer nicht im Sinne der Reaktion in Osteuropa „missionieren“ will, sollte sich auf den politischen Inhalt der Jugendbegegnungen besinnen, auf den sich die Jugend dieses Kontinents unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit und Weltanschauung einigen kann und einigen muß, wenn Frieden sein soll. Dazu gehört die gemeinsame Aktion gegen den US-Krieg in Vietnam ebenso wie die Anerkennung der DDR, der Oder-Neiße-Grenze und die Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens. Dazu gehört der Kampf um die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags durch alle europäischen Staaten, dazu gehört die Aktion gegen den Neonazismus in der BRD und gegen den Faschismus in Griechenland, Portugal und Spanien. Dies alles sind Grundvoraussetzungen für die Entspannung in Europa, für die sich die Jugend engagiert.

IM HERZEN EUROPAS

illustrierte Monatszeitschrift aus der CSSR, 48 Seiten auf Kunstdruckpapier
Jahresabonnement: **DM 10,—**

IM HERZEN EUROPAS

orientiert über Politik, Wirtschaft, Jugendprobleme und Kultur, über neue Filme und besondere Theaterinszenierungen.

IM HERZEN EUROPAS

bringt Dokumentationen über die neuesten Ereignisse in der CSSR.

Bestellschein

Fa. H. Leipzig, 6 Frankfurt 1, Hölderlinstraße 10

Ich bestelle 1 Jahresabonnement der Monatszeitschrift IM HERZEN EUROPAS zum Preise von 10,— DM.

Name

Ort mit Postleitzahl

Straße

Unterschrift

Datum

extra
10/68

elam

Am 26. September in Frankfurt am Main vorgestellt:

Eine neukonstituierte KP

31 Kommunisten ergriffen die Initiative — Weiter gegen KPD-Verbot

Unser Jugendmagazin hat sich stets gegen das demokratiefeindliche Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands gewandt, das nun schon zwölf Jahre besteht — genau zwölf Jahre zu lange. Wir haben uns dafür eingesetzt, den Kommunisten die legale Betätigung in einer von ihnen selbst bestimmten Partei entsprechend ihren weltanschaulichen und politischen Vorstellungen zu ermöglichen. Damit würde auch die unerträgliche administrative Einengung und Kriminalisierung der freien Be-

tätigung anderer demokratischer und sozialistischer Personen und Gruppen ein Ende finden. Wir informieren mit dieser Beilage über die Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei der Bundesrepublik Deutschland, so wie wir stets bestrebt waren, unsere Leser über Bemühungen für eine legale KP zu informieren — Bemühungen, die der Demokratie in der Bundesrepublik dienen.

Die Redaktion

Ursprünglich wollten die 31 Kommunisten gleich am zweiten Tag des Bestehens ihrer neuen Partei sehr hoch hinaus. Im 21. Stock des exklusiven Hotels Intercontinental in Frankfurt am Main wollten sie den in Scharen herbeigeeilten Journalisten aus dem In- und Ausland — es wurden über 100 gezählt — über die Neukonstituierung ihrer Kommunistischen Partei berichten. Die Hotelgeschäftsführung befand jedoch in letzter Minute die Veranstalter der Pressekonferenz für wenig standesgemäß und lud sie wieder aus.

In einem Ausweichlokal in Frankfurt-Sachsenhausen führte Kurt Bachmann, Sprecher des Bundesausschusses der Partei, den Vorgang auf „höhere Gewalt“ zurück. Der heute 59jährige Bachmann, seit 1932 KPD-Mitglied, Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, nach 1945 Redakteur von kommunistischen Zeitungen, heute Mitglied des Präsidiums der VVN, informierte seine Journalisten-Kollegen über das „schwierige Vorhaben“, das dennoch Chancen habe, weil es den wahren Lebensinteressen des Volkes in der

Bundesrepublik entspreche: den Aufbau einer Kommunistischen Partei. Sie soll nach Meinung der am 25. September in Frankfurt zur Konstituierung versammelten 31 Kommunisten und Anhänger sozialistischer Ideen aus dem ganzen Bundesgebiet den Namen „Deutsche Kommunistische Partei“ tragen. Sie gründeten ihren Schritt u.a. mit dem Hinweis auf eine „bedrohliche Rechtsentwicklung“ auf allen Gebieten des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Die Arbeiterklasse in der

Bundesrepublik brauche eine politische Partei, „die ihre demokratischen Gegenwartsinteressen konsequent vertritt und mit den gesellschaftlichen Forderungen für eine sozialistische Zukunft verbindet“.

Für Ausbau der Demokratie

Die neukonstituierte Partei betont ihre Selbstständigkeit hinsichtlich Programm, organisatorischem Aufbau und Kampfformen und bekennt sich zum Grundgesetz, indem sie erklärt: „Wir achten das Grundgesetz, wir verteidigen die darin verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze.“ Mit der Neukonstituierung nehme sie die Rechte des Artikels 21 GG in Anspruch. Mit Nachdruck weisen die Initiatoren auf die in einer Erklärung (Wortlaut siehe Dokumentation) erhobenen Forderungen hin: „Wir fordern, daß die seit 1949 vorgenommenen antidemokratischen Änderungen und Einschränkungen, besonders die Notstandsgesetze, rückgängig ge-

Sie wollen eine Kommunistische Partei aufbauen. Mitglieder des Bundesausschusses einer „Deutschen Kommunistischen Partei“: Josef Mayer (41, Verlagsangestellter), Kurt Erlebach (46, Journalist, Mitglied des Initiativsausschusses für die Wiederzulassung der KPD), Kurt Bachmann (59, Zeitungskorrespondent), Georg Polikeit (39, Redakteur), Ludwig Müller (46, Angestellter). (Von links nach rechts.) — Die vorläufige Anschrift des Bundesausschusses: Kurt Bachmann, 53 Bonn, Sternburgstr. 73, Tel. 2 32 53.



macht werden. Auf der Basis der im Grundgesetz proklamierten demokratischen Prinzipien ringen wir um die demokratische Erneuerung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Unser Ziel ist die sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft.

Als organisatorische Form der Partei wurde in Frankfurt zunächst ein „Bundesausschuß zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei“ gebildet. Dieser ruft „alle Kommunisten, alle Marxisten, alle, die sich einer Kommunistischen Partei anschließen wollen“ auf, in den Ländern, Städten und Gemeinden ebenfalls derartige Ausschüsse zu bilden, die ihrerseits aufgefordert werden, sich an den Bundesausschuß zu wenden, ihm Vorschläge und Empfehlungen für die weiteren Schritte zu unterbreiten und ihre Vertreter für eine sobald wie möglich einzuberufende größere Bundestagung zu benennen. Auf dieser Tagung sollen die nächsten politischen und organisatorischen Schritte beraten und beschlossen werden. Sie soll das Verfahren zur Einberufung und Vorbereitung des ersten Parteitag, zur Ausarbeitung der Entwürfe für ein Statut und die politischen Grundsätze und Ziele der Partei erarbeiten. Die 31 Kommunisten betonen: Der Parteitag „wird die Willensbildung von unten nach oben und die demokratische Wahl der Leitungen auf allen Ebenen sichern“.

Der Bundesausschuß stellt sich vor

Wer sind die 31 Mitglieder des Bundesausschusses? Kurt Bachmann: Viele von ihnen sind erst nach dem KPD-Verbot Marxisten geworden, andere gehörten der KPD an.

Die Journalisten Kurt Bachmann und Georg Polikeit unter den Ausschußmitgliedern sind den Lesern des „elan“ auch als Autoren dieses Jugendmagazins bekannt. Unter den jüngeren Mitgliedern des Ausschusses sind Peter Dürrbeck (Misburg), der Landesvorsitzende des SDS in Nordrhein-Westfalen, Bernd Hartmann (Köln), der Studentenfunktionär Fred Schmid (München) und Hannes Stütz, Liedermacher und Redakteur aus München. Außerdem gehören dem Ausschuß an:

Walter Ebert (Gras-Ellenbach), Emma Engelhardt (Schwarzenbach), Kurt Erlebach (Hamburg), Hermann Gautier (Bremen), Alfred Gecks (Düren), Otto Hans (Hildesheim), Hans Heisel (Frankfurt), Werner Höner (Minden), Heinz G. Hornung (Fellbach), Erich Mayer (Hamburg), Josef Mayer (Frankfurt), Heinz Merkel (Saarbrücken), Dr. Hans Mertens (Grevenbroich), Ludwig Müller (Angermund), Hans Möller (Blankenstein/Ruhr), Karl-Heinz Noetzel (Essen), Inge Sbosny (Solingen), Theo Schoofs (Waltershofen), Willi Schwetmann (Essen), Manfred Steiger (Ludwigshafen), Ewald Stiefvater (Wedel/Holstein), Herbert Stiefvater (Nürnberg), Andreas Stöckel (München), Gustav Trambowski (Düsseldorf) und Guido Zingerl (München).

Weiter Kampf gegen KPD-Verbot

Einer der Initiatoren, Kurt Erlebach, ist auch Mitglied des Initiativ Ausschusses für die Wiederzulassung der KPD. Er betonte, die neukonstituierte Partei setze den Kampf gegen das KPD-Verbot fort, das auch sie bedrohe. Wie Bachmann mitteilte, hätten die 31 Kom-

munisten u.a. einen Beschluß des Deutschen Bundestages vom Juni dieses Jahres zur Grundlage ihrer Entscheidung gemacht, in dem – entsprechend einer Vorlage des Petitionsausschusses des Bundestages – die Neukonstituierung einer KP den Kommunisten als möglichen und zulässigen Schritt anheim gestellt wurde.

Der Bundesparteiausschuß will die Konstituierung der Partei dem ersten Sekretär des KPD-Zentralkomitees, Max Reimann, schriftlich mitteilen. Die anwesenden Kommunisten versicherten, Mitglied der Partei könne werden, wer das Programm und die Statuten, die auf dem Parteitag beschlossen werden, anerkennt. Somit steht der Beitritt auch allen KPD-Mitgliedern und auch Max Reimann offen. Es sei dringend geboten, die Verfolgungsmaßnahmen der Behörden gegen Reimann einzustellen.

Offen für Anregungen und Kritik

Bei der Ausarbeitung der Politik der Partei sollen der Programmentwurf der KPD ebenso berücksichtigt werden wie die Vorstellungen des Sozialistischen Zentrums, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, der Jungsozialisten, des DGB und anderer Organisationen. Ob und in welcher Form sich die Partei an den Bundestagswahlen 1969 beteiligt, soll der Entscheidung des Parteitages überlassen bleiben. Die anwesenden Kommunisten sprachen sich für die Unterstützung des geplanten Wahlbündnisses demokratischer und sozialistischer Kräfte aus. Eine Linksalternative könne nur durch ein breites Bündnis wirksam werden.

Ludwig Müller kündigte die Unterstützung der Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften an, wahrscheinlich werde man jedoch auf diesem Sektor weitergehende Forderungen als der DGB erheben, damit die Mitbestimmungsdiskussion nicht neue Formen der sogenannten „Sozialpartnerschaft“ bringe, sondern die Rechte der Arbeiterschaft in Betrieb und Staat ausbaue. Der Bundesausschuß kündigte Gespräche mit Betriebsräten und Ge-

werkschaftsfunktionären an, um dann Aktionen einzuleiten.

Kampf gegen Neonazis

Kein Diskussionspunkt kann nach Meinung des Ausschusses die Frage der Existenz der NPD sein. Kurt Bachmann: Die Potsdamer Beschlüsse und das Grundgesetz sähen die Auflösung der NPD als Nachfolgeorganisation der NSDAP vor. Die NPD sei ex lege und könne sich nicht auf Artikel 21 des Grundgesetzes berufen.

Aufmerksam wird die Bewegung in der Jugend und der Studentenschaft beobachtet. Die Unruhe in der Jugend sei positiv zu bewerten, erstmals in der jüngeren Geschichte wende sich die Studentenschaft nicht der Reaktion zu, stellte Georg Polikeit fest. Wo man nicht mit allen Strömungen der oppositionellen Studentebewegung einverstanden sei, wolle man versuchen, als Marxisten überzeugend zu wirken. Mit dem SDS wird eine Zusammenarbeit angestrebt, bei der alle Aktionen aus der gemeinsamen Erörterung der Probleme erwachsen.

Die neue KP will sich besonders an die Jugend wenden. Der Bundesausschuß erklärt: „Wir sind überzeugt, daß die Kommunisten der Bundesrepublik und darüber hinaus viele mit sozialistischen Ideen Sympathisierende und der nach einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft strebende Teil der jungen Generation unseren Entschluß begrüßen. Die im Geist von Marx, Engels und Lenin wirkende neukonstituierte Kommunistische Partei wird das politische Leben in der Bundesrepublik bereichern und der Tätigkeit der sozialistischen und demokratischen Kräfte in unserem Lande Auftrieb geben.“

Ulrich Sander

Die Kommunisten sorgten für die Überraschung. Die Zeitungen berichten ausführlich über die neue KPD.



DOKUMENTATION

Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei

Beschlossen in Frankfurt am Main am 25. September 1968 vom Bundesausschuß zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei (Auszug)

Besorgt verfolgen wir auf allen Gebieten des politischen und gesellschaftlichen Lebens eine bedrohliche Rechtsentwicklung. Das Anwachsen der NPD ist dabei nur ein Ausdruck der allgemeinen reaktionären Entwicklung und der Verschärfung der Klassenausbeutung. Auf wirtschaftlichem Gebiet sind diese Tendenzen charakterisiert durch die fortschreitende Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen, im politischen Bereich durch die Aushöhlung der demokratischen Grundlagen des Staates durch Notstandsgesetze und andere restaurative Maßnahmen; außenpolitisch durch das Streben nach Beseitigung des territorialen Status quo in Europa; geistig durch die verstärkte Propagierung antikommunistischer, nazistischer und nationalistischer Ideen. Damit befindet sich unser Land auf einem gefährlichen Weg, der unser Volk in der Vergangenheit schon zweimal in die Katastrophe geführt hat.

Alternative für die Arbeiterklasse

Wir handeln, weil wir feststellen müssen, daß die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik gegenwärtig keine politische Partei findet, die ihre demokratischen Gegenwartsinteressen konsequent vertritt und mit den gesellschaftspolitischen Forderungen für eine sozialistische Zukunft verbindet.

Die von uns neu konstituierte Kommunistische Partei wird eine klare Alternative zur Politik der herrschenden großkapitalistischen Kreise und zu den Parteien, die deren Interessen vertreten, entwickeln.

Dem Versuch, die Arbeiterschaft geistig und organisatorisch zu entwerfen und sie in das vom Großkapital beherrschte System einzuordnen, wollen wir eine Partei entgegensetzen, die den Arbeitern das Bewußtsein ihrer Lage und ihrer sozialen und politischen Interessen vermittelt. Nur eine Partei, die die Ideen von Marx, Engels und Lenin zur Grundlage ihres Handelns macht, kann unserem Volke, besonders der arbeitenden und studierenden Jugend einen Weg zur Veränderung der Verhältnisse, zu demokratischem Fortschritt und zum Sozialismus weisen.

Die Kommunistische Partei, die wir neu konstituiert haben, wird die Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, die Traditionen von Marx und Engels, von Bebel, Luxemburg, Liebknecht und Thälmann in sich aufnehmen. Sie wird im Geiste des antifaschistischen Widerstands gegen die Nazidiktatur, in dem die deutschen Kommunisten große Opfer im Kampf für ein neues demokratisches Deutschland brachten, wirken.

Die Kommunistische Partei, die wir neu konstituieren, ist eine Partei der Bundesrepublik. Dieses Land ist unsere Heimat, mit ihrer Bevölkerung teilen wir Freuden, Sorgen und

Hoffnungen. Wir entwickeln unser Programm, die Formen und Methoden unseres Kampfes selbständig auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus und ausgehend von den ökonomischen und politischen Bedingungen, die in der Bundesrepublik herrschen. Wir achten das Grundgesetz, wir verteidigen die darin verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze. Mit der Neukonstituierung nehmen wir die grundgesetzlichen Rechte in Anspruch, die sich aus Artikel 21 GG ergeben, wonach die Bildung politischer Parteien frei ist. Wir fordern, daß die seit 1949 vorgenommenen antidemokratischen Änderungen und Einschränkungen, besonders die Notstandsgesetze, rückgängig gemacht werden. Auf der Basis der im Grundgesetz proklamierten demokratischen Prinzipien ringen wir um die demokratische Erneuerung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Sozialistische Umgestaltung

Unser Ziel ist die sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft. Dieses Ziel kann nur verwirklicht werden durch die Arbeiterklasse, durch die große Mehrheit des Volkes, denn der Sozialismus setzt die Eroberung der politischen Macht durch die mit allen anderen arbeitenden Schichten des Volkes verbundene Arbeiterklasse voraus. Wir sind der Überzeugung, daß sich in der weiteren Entwicklung, im Prozeß ihrer eigenen geschichtlichen Erfahrungen, alle sozialistischen und gegen die Monopolherrschaft auftretenden Kräfte in unserem Land für dieses Ziel einigen können.

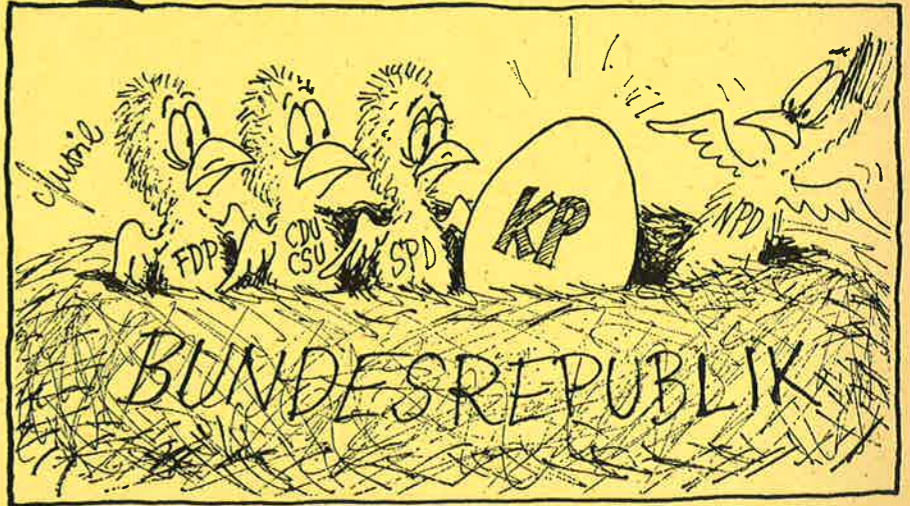
Gegenwärtig wird das gesamte gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben in der Bundesrepublik durch die Tatsache geprägt, daß eine kleine Gruppe mächtiger Kapitaleigentümer die Wirtschaft des Lan-

des beherrscht und ihren Profitinteressen unterordnet. Diese wirtschaftliche Macht ist die Grundlage ihrer politischen und geistigen Herrschaft über das Volk. Die CDU/CSU ist zur Zeit die politische Hauptkraft dieser Klassenherrschaft, durch die die Macht im Interesse der Monopole ausgeübt wird. Das politische System in Bonn verschleiert mit scheindemokratischen Formen diese wirklichen Macht- und Klassenverhältnisse.

In den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre ist der wahre Charakter der Gesellschaftsordnung, in der wir leben, als einer vom Großkapital beherrschten Klassengesellschaft, wieder deutlicher sichtbar geworden. Das wirtschaftliche Krisenjahr 1967 hat gezeigt, daß die spätkapitalistische Gesellschaftsordnung, allen offiziellen Beteuerungen zum Trotz, nicht imstande ist, den arbeitenden Menschen dauerhafte Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit zu gewährleisten.

Gegen Allmacht der Monopole und Notstandspolitiker

Demgegenüber fordert die neu konstituierte Kommunistische Partei eine demokratische Wirtschaftspolitik. In ihrem Mittelpunkt muß die Mitbestimmung der Arbeitenden in Betrieben, Unternehmen und Staat als erstem Schritt zur Einschränkung der Allmacht der Monopole stehen. Dies dient der sozialen Sicherung gegen Unternehmerwillkür. Wir sind für eine Politik, die stetiges wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung sichert. Das hat eine demokratische Wirtschaftsplanung und eine vom Volksinteresse bestimmte staatliche Wirtschaftspolitik zur Voraussetzung. Wir fordern eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik und die stetige Erweiterung der Sozialleistungen auf Kosten der Rüstungsausgaben und der Monopolprofite. Wir sind davon überzeugt, daß die soziale Unsicherheit nicht überwunden und die Probleme der wissenschaftlich-technischen Entwicklung nicht gemeistert werden können, wenn die alles beherrschende Stellung der Konzernherren in der Wirtschaft nicht zurückgedrängt und überwunden wird. Wir halten die Forderungen der Gewerkschaften im Programm des DGB zur Überführung von Schlüsselindustrien und



(Aus Frankfurter Rundschau)

marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum für aktuell und zeitgemäß.

Innenpolitisch ist mit der Annahme der Notstandsgesetze eine Verschärfung aller reaktionären Tendenzen deutlich geworden. Zur Stabilisierung der großkapitalistischen Machtstrukturen im Innern und zur Abstützung ihrer Großmachtspolitik nach außen streben die herrschenden Kreise nach immer undemokratischeren, autoritären Herrschaftsmethoden, wollen sie durch ein manipuliertes Wahlrecht die Macht der CDU/CSU verewigen, degradieren sie das Parlament zur bloßen Fassade.

Demgegenüber wird sich unsere Partei entschieden für die Aufhebung der verfassungswidrigen Notstandsgesetze, gegen alle Notstandspraktiken und gegen jede weitere Aushöhlung der Grundrechte, gegen die reaktionäre Konzentration in der Presse und in anderen Massenmedien, für die Verwirklichung der vollen Rechte der Parlamente, für die umfassende Demokratisierung des öffentlichen Lebens einsetzen. Wir trachten danach, die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik mit den im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien in Einklang zu bringen.

Für konsequente Friedenspolitik

Außenpolitisch geht die Regierung zum dritten Mal in der deutschen Geschichte darauf aus, die Ergebnisse eines verlorenen Krieges rückgängig zu machen und die bestehenden Grenzen in Europa zu ändern. Der Anspruch, Deutschland allein zu vertreten und die Weigerung, mit der DDR als gleichberechtigtem Partner völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen zu treffen, bedeutet, daß die herrschenden Kreise in Bonn nach wie vor die DDR liquidieren und den eigenen Machtbereich auf die Grenzen von 1937 ausdehnen wollen. Hieraus entstehen gefährliche Spannungen, die den europäischen Frieden bedrohen. Durch das Nein zum Atomwaffensperrvertrag wird deutlich, daß die Bundesregierung das Streben nach Verfügung oder Mitverfügung über atomare Waffen nicht aufgegeben hat.

Demgegenüber werden wir eine konsequente Friedenspolitik verfechten. Unsere Partei geht von der Anerkennung der bestehenden Grenzen aus und fordert die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zur DDR, den sofortigen Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag, die Herabsetzung des Rüstungsetats und die aktive Mitarbeit an der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems. Heute, da zwei deutsche Staaten bestehen, fordert das nationale Interesse und der europäische Frieden, daß die Bundesrepublik und die DDR ihr friedliches Miteinanderleben auf völkerrechtlich verbindliche Abkommen gründen.

Bündnis der Demokraten und Sozialisten

Um diese Alternative für eine demokratische und fortschrittliche Entwicklung der Bundesrepublik zu verwirklichen, wird unsere Kommunistische Partei ihre besondere Aufgabe darin sehen, ein vertrauensvolles und kameradschaftliches Verhältnis zu den Mitgliedern und Anhängern der SPD herzustellen und zu einem Zusammenwirken aller fortschrittlichen

Kräfte in der Partei und im Volk zu gelangen. Die Tatsache, daß die maßgeblichen Führer der SPD die Mitverantwortung für den Kurs der großkapitalistischen Kreise und ihrer CDU/CSU übernommen haben, daß sie nicht nur das sozialistische Ziel, sondern auch die Forderung nach ernsthaften gesellschaftspolitischen Reformen aufgegeben haben, darf uns daran nicht hindern.

Im gemeinsamen Handeln aller Sozialisten und Demokraten, trotz unterschiedlicher Auffassungen in manchen grundsätzlichen und aktuellen Fragen, sehen wir die wichtigste Bedingung für demokratische Veränderungen in unserem Land. In außerparlamentarischen Aktionen wie im Wirken um eine parlamentarische Vertretung wollen wir mit allen zusammenarbeiten, die wie wir ein Bündnis der demokratischen Kräfte – bei Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit und bei gegenseitiger Toleranz – anstreben.

Wir gehen davon aus, daß die Zusammenarbeit der Sozialisten und Demokraten, die sich im gemeinsamen Kampf für demokratische Veränderungen entwickelt, sich auch auf dem weiteren Weg zu einer sozialistischen Zukunft unseres Landes fortsetzen wird. Dabei müssen die sozialistischen und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik gemäß den hier gegebenen ökonomischen und politischen Bedingungen die Wege zum gesellschaftlichen Fortschritt in eigener Verantwortung suchen und gemeinsam erarbeiten.

In unserer Stellung zur DDR lassen wir uns davon leiten, daß dort, trotz schwerer Ausgangsbedingungen und großer Schwierigkeiten mit Erfolg eine sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung aufgebaut wird. Die Überführung der wichtigen Produktionsmittel in Volkseigentum ermöglichte eine krisenfreie

DDR und Internationalismus

Wirtschaft, sie gewährleistet beständiges Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit. Sie öffnet den arbeitenden Menschen die Tore zu Hochschulen und Universitäten und zu den leitenden Stellungen in Wirtschaft und Staat. Mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, unter deren Leitung das erreicht wurde, fühlen wir uns durch den Marxismus und die gemeinsamen Traditionen verbunden.

Unser Internationalismus steht nicht im Widerspruch zu den echten nationalen Interessen unseres Volkes, sondern entspricht ihnen, weil die Verbindung mit den fortschrittlichen

Kräften in aller Welt unseren nationalen Lebensinteressen am besten dient. Deshalb werden wir solidarische Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien in aller Welt, zu den Kräften der antiimperialistischen Befreiungsbewegung und zu den um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völkern pflegen.

Auch in unserer Stellung zu den Ereignissen in der CSSR lassen wir uns von internationalistischen Prinzipien leiten. Wir sind der Meinung, daß in der CSSR eine ernste Gefahr, sowohl für die sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung im Innern des Landes, wie für die Sicherheitsinteressen aller im Warschauer Vertrag vereinigten sozialistischen Länder und den Frieden in Europa entstanden war. Das militärische Eingreifen der fünf sozialistischen Länder galt ausschließlich der Beseitigung dieser Gefahren. Die vom ZK der KPTsch im Januar dieses Jahres eingeleitete Korrektur der Fehler und Entstellungen in der Vergangenheit wird damit nicht behindert, sondern sichert, daß die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie nicht durch die feindliche Einmischung reaktionärer Kräfte von innen und außen gestört wird. Wir begrüßen die in Moskau getroffenen Vereinbarungen zwischen den Führungen der KPdSU und der KPTsch.

Wir wenden uns entschieden dagegen, daß die herrschenden Kreise unseres Landes im Sinne der Zersetzung der sozialistischen Ordnung und der Wiederherstellung kapitalistischer Machtverhältnisse in die sozialistischen Staaten hineinzuwirken und damit den Status quo in Europa zu verändern suchen. Die Sicherung des Friedens in Europa erfordert die Herstellung guter Beziehungen zu allen sozialistischen Ländern auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme.

Das Verbot der KPD im Jahre 1956 hat allen reaktionären Entwicklungen in der Bundesrepublik Vorschub geleistet. Es ist an der Zeit, daß es überwunden wird; denn es hat schon 12 Jahre zu lange gedauert.

Wir wenden uns mit dieser Erklärung an die Öffentlichkeit und rufen die Kommunisten, Marxisten und Sozialisten in der Bundesrepublik auf, mit uns gemeinsam am Aufbau der neukonstituierten Kommunistischen Partei mitzuwirken.

(Zwischenüberschriften von der Redaktion)



„Wir haben wieder eine Filiale in der Bundesrepublik“

(Aus Frankfurter Neue Presse)

Bericht über die 23. ordentliche Delegierten Konferenz des SDS

Aktionen ohne Strategie

Von Heinz-Jürgen Nieth und Arno Rann

„Skatbrüder seid Ihr, die den Marx nicht gelesen“ steht in großen Buchstaben hinter dem Tagungspräsidium der 23. ordentlichen SDS-Delegiertenkonferenz. Hingeschrieben in ironischer Absicht, aber ungewollt war es mehr als das. Am Schlußtag der Konferenz stellt sich für manchen der Delegierten und Gäste die Frage, wieviele wirklich in diesem Sozialistischen Deutschen Studentenbund dem Sozialismus verbunden sind und sich mit seiner Theorie beschäftigen. Eine Frage, die nach dieser Delegiertenkonferenz gerechtfertigter erscheint als auf den vorangegangenen. Gerechtfertigter deshalb, weil es wohl in den letzten Jahren keine Konferenz mit so einem niedrigen theoretischen Niveau, aber auch keine Konferenz mit einem derartigen Antikommunismus gegeben hat. Zwei Punkte, die sich zeigen in der Kampagne gegen die sogenannten Traditionallisten — neuerdings KPDisten genannt — und die mit dem manipulierten Ausschluß von fünf SDS-lern endet. Zwei Punkte, die aber auch deutlich werden in den Aussprüchen des Sprechers der Kölner Antiautoritären „die Funktion der DK war, daß sie funktionsfähig war“ und des Frankfurters Krahls, diese DK könne eigentlich nur eine VorDK zu einer ordentlichen DK sein.

Formaler Ausschluß statt politischer Diskussion

Bereits der Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden Karl Dietrich Wolff beinhaltete lediglich eine Aufzählung der durchgeführten Aktionen, wie der Kampagne ge-

gen die Notstandsgesetze, der Demonstration gegen die Pressekonzentration und der Hochschulinitiativen, ohne diese jedoch in den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen, ohne eine Analyse der Politik der Bundesregierung zu ziehen und ohne konstruktive Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit des SDS. Uneinig über das Geleistete und uneinig über das zu Leistende verschob man die Diskussion des Berichtes, um die Einheitsfront der Bundesvorstands-Getreuen, Trotzkiten, Antiautoritären und anderen Gruppierungen zu bilden im Ausschlußbegehren gegen den sogenannten traditionellen Flügel, repräsentiert durch 5 SDS-ler aus Köln, Wuppertal, Frankfurt und München. War im schriftlichen Ausschlußantrag des BV noch von Verstößen gegen die Verbindlichkeit der SDS-Politik während der Weltfestspiele in Sofia die Rede (eine Verbindlichkeit, die übrigens satzungsgemäß nicht festgelegt ist) so zeigte die Debatte deutlich, daß im Hintergrund dieses Ausschlusses andere Probleme standen.

Noch vor der Spaltung des Verbandes zurückschreckend, sollte die Trennung von einer großen Gruppe manifestiert werden. So mußte die als revisionistisch und konterrevolutionär bezeichnete Politik der KPF während der Mai-Unruhen in Frankreich als Ausschlußgrund genauso herhalten, wie die friedliche Koexistenz. Die Politik der KPD, pauschal den 5 SDS-lern und ihrer Fraktion unterstellt, sollte die weiteren Ausschlußgründe erbringen. Besonderer Angriffspunkt: die Bündnispolitik der KPD, die aus

reinem antifaschistischen Defensivkampf bestehe und aus Rücksicht auf den Bündnispartner zur Sabotage revolutionärer Aktionen führe (so Krahls, Frankfurt). Gegendarstellungen „zwischen den Lagern Stehen der“ wie von Stutinski, München, den 5 Genossen unterstellte man laufend, daß „die KP-Anhänger die Oster-Aktion sabotiert hätten, in Wirklichkeit waren die Antiautoritären auf revisionistischem Kurs“, blieben ohne nennenswerte Resonanz. Geschäftsordnungstricks ersetzten die politischen Diskussionen. Anträge Antiautoritärer über den Ausschluß nach einer politischen Diskussion abzustimmen, wurden von Helmut Schauer abqualifiziert, „die Organisationsdebatte wird dann nur mit der KP-Frage belastet, das entspricht nicht deren Bedeutung.“

Manipulation der Antiautoritären

Der SDS-Bundesvorstand, bisher erklärter Feind jeder Manipulation, entwickelte auf dieser Konferenz große Fähigkeiten auf diesem Gebiet. Das wurde bereits deutlich beim Bericht der Mandatsprüfungskommission, die vier von der Mitgliederversammlung gewählten Münchener Vertretern das Delegiertenrecht zugunsten von Projektgruppendelegierten absprach und die den Westberlinern 18 Delegierte (15% aller Delegierten) zusprach. Das, obwohl der Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission vorher mitteilte, man habe sich auf 12 Delegierte für Westberlin geeinigt. Kommentator des Präsidiums, die schwierige Voraussetzung der Satzung könne im einzelnen bei

Facit

Die Zeitschrift sozialistischer Studenten bringt in Nr. 15

Die 23. Delegiertenkonferenz des SDS — Perspektiven für die weitere Arbeit sozialistischer Studenten
ca. 60 Seiten Preis 1,— DM

Bestellungen an
Redaktion Facit
Werner Loch
5 Köln, Breitestr. 141/143
Postscheckkonto Köln 142025

aktuell 4
Dokumente und Tatsachen der
23. SDS-Delegiertenkonferenz

keiner Gruppe nachgeprüft werden. Höhepunkt der Manipulation war jedoch die Ausschlußdebatte. Nach einer in völligem Durch-einander ablaufenden Satzungsänderung bekam der Ausschlußantrag gegen die 5 SDS-ler nicht die notwendige 2/3 Mehrheit. Ohne Geschäftsordnungsantrag mit dem Hinweis, bei den Delegierten herrsche Unklarheit über das Gewicht der Stimmenent-haltungen, wiederholte man die Abstim-mung, bei der von 119 Personen 75 für Aus-schluß, 24 dagegen und 4 mit Enthaltung stimmten. Die Traditionallisten, aufgrund der Manipulation brüskiert und durch das nie-drige theoretische Niveau schockiert, gehen in die Passivität. Und ihre Rechnung geht auf. Alleingelassen, ist die Einheitsfront von eben wieder das Sammelsorium zahlreicher Gruppen. Die großangelegten Kampag-nen zur Bundeswehr und zur Justiz werden behandelt, ohne Konzeption und ohne ein-heitliche Vorstellungen. Das „wie“ der Aktio-nen steht im Mittelpunkt, eine Analyse über Rolle und Funktion dieser Institutionen in diesem Staat wird nicht gezogen. Ein Ver-such der Hamburger, ihre Analyse der Re-gierungspolitik als Grundlage zu nehmen, findet keine Resonanz und so begnügt man sich mit spekulativen Aktionsmodellen. So kann es nicht wundern, daß nach diesen De-batten verstärkt die Frage nach Vertagung der Konferenz auftauchte. „Die alten Fron-ten, an denen wir unsere Politik fruchtbar gemacht haben, sind fortgefallen“, wir soll-ten die Bestimmung für die Diskussion in den nächsten 2 Monaten treffen und die DK vertragen (Helmut Schauer, ehemaliger Bun-desvorsitzender). Nach langen Diskussionen entschließt man sich jedoch weiterzumachen und die Konferenz zur Klärung offenstehen-der Fragen um einen Tag zu verlängern.

Verworrenheit statt rationaler Diskussion

4 Entschließungen, zur CSSR, zu Griechen-land, zu den Maidemonstrationen in Frank-reich und zur Emanzipation der Frau sollten verabschiedet werden.

Die Emanzipationsdebatte, eröffnet mit ei-nem Tomatenbombardement einer Berline-rin auf einen männlichen Genossen, wird zum Karneval.

Die vorgelegte Entschließung, in der es u. a. heißt: „Die klassenmäßige Aufteilung der Familie mit dem Mann als Bourgeoisier und der Frau als Prolet — Herr und Knecht — impliziert die objektive Funktion der Männer als Klassenfeind“, reizte Ex-Kommunarde Fritz Teufel zu der Forderung: „schließt die Mädchen aus dem SDS aus ... denn ihr Ge-schwätz ist noch blöder als das der Män-ner“.

Uneinigkeit herrscht auch bei der CSSR-De-batte. Obwohl in der vorliegenden Resolu-tion von der „Politik des friedlichen Rück-falls in den Kapitalismus“ gesprochen wird

und man erklärt, in der CSSR seien „ideolo-gische Rudimente des Kapitalismus zu ma-terieller Gewalt gediehen“, wendet man sich gegen den Einmarsch der Truppen der War-schauer Pakt-Staaten. Ergebnislos diskutiert man die Rolle der UdSSR als „sozialimpe-rialistischer Staat.“ Auch dieser Antrag wan-dert wie alle anderen zu den Akten, ohne daß er abgestimmt wurde und die Diskus-sion der Maidemonstrationen in Frankreich fällt genau wie die Resolution zu Griechen-land einer erneuten Organisations-Debatte zum Opfer.

Zentralismus oder Rätssystem

Der „revolutionäre demokratische Zentralis-mus“, als neue Organisationsform des SDS propagiert, stößt auf die Verfechter einer räteorganisatorischen Gliederung. Zwei Gruppen, die sich nach 5tägiger Debatte genauso konträr gegenüberstehen wie zu Beginn und deren Differenzen dazu beitra-gen, daß die 23. o. DK des SDS ergebnis-los auf den 16.—20. November 68 in Hanno-ver vertagt wird.

Die Widersprüche werden jedoch noch deut-licher, als der alte Bundesvorstand es ab-lehnt bis dahin die Geschäfte des Verban-des weiterzuführen. Von 30 neuen Vorschlä-gen lehnen 28 ab, dann lehnen auch die beiden letzten ab. Die Konferenz sucht krampfhaft weiter, bis sich schließlich die Gruppe Heidelberg entschließt 1 Vertreter zur weiteren Geschäftsführung nach Frank-furt zu entsenden und einen weiteren Mitar-beiter zur Vorbereitung der nächsten Dele-giertenkonferenz bereitzustellen. Dem letz-ten schließt sich dann auch Frankfurt und Berlin an. So scheint die Leitung des Ver-bandes für die nächsten 2 Monate formal noch einmal sichergestellt zu sein, ob aus dieser Anarchie aber wieder ein funktions-fähiger und vor allem sozialistischer Ver-band entstehen wird, muß abgewartet wer-den.

Gibt es eine Perspektive?

Diese Konferenz in ihrer Verworrenheit und Konzeptionslosigkeit nicht nur für die tradi-tionellen Marxisten und Leninisten, sondern auch für viele Antiautoritäre und zwischen den Gruppen Stehende enttäuschend, darf jedoch nicht darüber hinwegsehen lassen, daß der SDS nach wie vor eine wichtige Stellung innerhalb der APO und der Stu-dentenbewegung hat. Nach wie vor ist der SDS der einzige Studentenverband, der in der Lage sein kann, eine sozialistische Poli-tik unter den Studenten zu entwickeln. Wir fragten deshalb Andreas Achenbach und Peter Bubenberger, zwei der ausgeschlos-senen SDS-ler, wie ihre Arbeit jetzt weiter-gehen soll.

„Auch nach dieser Delegiertenkonferenz ist der allgemeine Wille und sind viele Ansatz-

punkte vorhanden, die dem SDS zufallenden Aufgaben zu erfüllen. Gerade die eingetre-tene Konzeptionslosigkeit ist für uns der Grund, unsere Strategie nach wie vor zur Diskussion zu stellen. Durch die Tatsache, daß durch den Ausschluß von uns fünf un-sere gesamte Konzeption und dadurch auch Fraktion getroffen werden sollte, stellen sich uns folgende Aufgaben: Die Arbeit in den örtlichen Gruppen, die Träger der politischen Aktionen sind, zu ver-stärken; durch unsere Konzeption, die eintritt für eine verstärkte Zusammenarbeit des SDS mit Organisationen der Arbeiterklasse, dem Ver-band Perspektiven für eine Lösung der sich ihm stellenden Aufgaben zu eröffnen; die auf der Delegiertenkonferenz spürbar für eine große Zahl von Mitgliedern eingetrete Isolierung zu überwinden durch die Herbeiführung des historisch notwendigen Bündnisses Arbeiter — Studenten.“

Fristlos entlassen

Warum zwei Wehrpflichtige aus der Bundeswehr gefeuert wurden.

Von Reinhard Junge

„Ein Soldat kann vorzeitig ent-lassen werden, wenn auf Grund seines bisherigen Verhaltens ein weiteres Verbleiben in der Bundeswehr die militärische Ordnung oder die Sicherheit der Truppe gefährden könnte.“ (§ 29 Wehrpflichtgesetz)

Am 23. Juli, zwei Tage vor mei-ner Entlassung aus dem Ar-restbunker der Westfalenka-serne in Ahlen (Westf.) holte man mich aus meiner Zelle und brachte mich zum Chef der Ausbildungskompanie 8/7, in der ich als Sanitätsgefreiter eingesetzt war. Oberleutnant Stechemesser, 25, Berufssol-dat („Mein Hobby ist Gefechts-ausbildung“): Junge, ich teile Ihnen mit, daß ich Antrag auf Ihre vorzeitige Entlassung aus der Bundeswehr stellen werde. Vermutlich sind Sie damit ein-verstanden. — Ich war es nicht. Acht weitere Wochen ließ man mich die Sicherheit der Truppe und die militärische Ordnung stören. Dann, am Samstag, dem 14. September, wurde ich abermals zum Alten gerufen. Er übergab mir einen Brief des Kommandeurs der 7. Panzer-grenadierdivision, in dem es unter anderem hieß: „Ich entlasse Sie hiermit frist-los aus der Bundeswehr / Sie haben am 12. 2. 68 den Zapfen-streich ... überschritten / ... an der Gründungsversammlung der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend ... in Dienst-uniform teilgenommen / ... am 31. 5. 1968 ... vor der Kaser-ne ... Flugblätter verteilt ... Ihre Kameraden aufzuheizen versucht ... zum Ungehorsam



Gefreiter Reinhard Junge: 10 Tage geschenkt

aufgefordert / ... einen Brief an den Kommandeur des Pz-GrenBtl. 122 ... gerichtet ... erklärt: Die Art Ihres Vorge-hens zeuge von dem Geist der Armee in der Walter Listl und ich dienen müssen: reaktionär bis auf die Knochen ... den Kommandeur aufgefordert, die Strafe aufzuheben ... / in ei-nem Zeitungsartikel nicht die erforderliche Zurückhaltung gegenüber dem Staat, dem Sie zu treuen Diensten verpflichtet sind, gewahrt ... u. a. ausge-führt: wo immer Soldaten die Demokratie verteidigen, ... findet sich ein Vorgesetzter, der an ihnen seine sadisti-schen Triebe abreagieren will ... Bundeswehr wurde als Stoßkeil gegen die sozialisti-schen Länder geschaffen ... daß man alle propagandisti-schen Möglichkeiten nutzt, den Soldaten nationalistische und revanchistische Parolen einzu-trichtern ... daß man Saufe-reien fördert ... , weil man ge-nau weiß, daß man besoffene Soldaten eher in einen Bruder-krieg nach Osten treiben kann als selbständig denkende Men-schen — gezeichnet: Molinari, Generalmajor. Drei Stunden später stand ich

vor der Kaserne: entlassen, wie eine Woche zuvor mein Genosse Walter Listl, dem man ebenfalls vorgeworfen hat, seine Pflichten als Soldat der Bundeswehr verletzt zu haben. Zwei Dinge sind dazu zu be-merken. 1. Meine Entlassung zu diesem Termin halte ich für eine Schikane: denn zwei Wo-chen später hätte ich meine 18 Monate sowieso abgedient ge-habt. Aber: dann hätte man mir die 350 DM Überbrückungs-geld zahlen müssen. 2. Walter Listl und ich haben uns nicht einschüchtern las-sen. Wir haben unsere soziali-stische Überzeugung und die Bereitschaft, notfalls auch in den Knast zu gehen, beim Empfang des Stahlhelms nicht auf der Kleiderkammer abge-gaben. Weiterhin fürchten die Offiziere nichts mehr, als daß die Masse der Wehrpflichtigen begreifen könnte, wozu man sie das Töten lehrt: um entwe-der gegen die DDR zu mar-schieren oder streikende Ar-beiter und demonstrierende Studenten, unsere Klassenge-nossen zusammenzuschießen. Aus diesem Grunde werden sie jedes Mittel anwenden, De-

mokraten in Uniform mundtot zu machen. Denn wenn die 360000 Wehrpflichtigen, Arbei-ter, Angestellte oder Studen-ten wie Du und ich, begreifen, wozu man sie drillt und etwa die nötigen Konsequenzen da-raus zögen — dann wäre die Bundeswehr als Instrument der Reaktion eine stumpfe, wertlose Waffe.

Walter Listl und mich konnte man nicht mundtot machen. Nicht nur, weil wir als junge Sozialisten überzeugt sind, Wichtiges richtig gemacht zu haben. Sondern vor allem auch deshalb, weil uns unsere Ge-nossen von der SDAJ nicht im Stich gelassen haben. Sie ha-ben während wir im Bau sa-ßen, vor der Kaserne mehrmals Flugblätter verteilt — in den Kasernen entbrannten heiße Diskussionen und viele Kame-raden ließen uns wissen, daß sie sich mit uns — und nicht mit den NPD-treuen Vorge-setzten solidarisch fühlten. So zum Beispiel der Gefreite Wer-ner Teriet aus Herten, dessen öffentliche Solidaritätserklä-rung mit dem Inhalt meines Flugblatts und der Forderung nach sofortiger Freilassung von 23 weiteren Soldaten der Luftwaffenstabkompanie in Münster unterzeichnet wurde. Der Genosse Teriet soll der Nächste sein: Major Steffen, sein Chef, bestrafte ihn mit acht Tagen Arrest. Noch ist Werner frei: seine Beschwerde wird noch bearbeitet. Aber selbst, wenn sie ihn wirklich in den Bunker stecken: Werner Teriet wird auch in Einzelhaft nicht allein sein. Mit ihm sind wir, seine Genossen außerhalb und innerhalb der Bundeswehr. Wir haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Wahrheit über die Bundeswehr unter den Soldaten verbreitet wird. Daß sie wissen, daß die Klasse der Bankiers und Aktionäre sie für ihre Ziele mißbrauchen will. Wenn sie das einsehen — dann wird es nicht so weit kommen, daß Arbeiter in Uni-form eines Tages auf ihre Klas-senbrüder schießen.

Freiheit für Mikis

Die Athener Faschisten setzen weiter auf Terror

Von Werner Winter

Faschismus und Freiheit sind unvereinbar. Und die Faschisten scheuen vor keinem Verbrechen zurück, um fortschrittlich gesinnte Menschen zum Schweigen zu bringen. Mikis Theodorakis, der Mann, der die Musik zu „Alexis Sorbas“ und „Sonntags Nie“ komponierte, der die Melodien für zahlreiche Freiheitslieder geschrieben hat, Vorsitzender der Lambrakis-Jugend — dieser Mikis Theodorakis war einer der ersten, die von der reaktionären Athener Militärclique nach dem Putsch im April 1967 verhaftet wurden. Der Druck der empörten Weltöffentlichkeit hatte die griechischen Faschisten gezwungen, ihn zeitweilig wieder freizulassen. Doch trotz der Polizeiaufsicht, die dann verhängt wurde, legte Theodorakis die Hände nicht in den Schoß — Melodien für weitere Lieder entstanden. Für die Militärs ein Grund, ihn jetzt in ein Landhaus auf der Halbinsel Peloponnes zu verbannen. Dort, hofft man, werden ihm die Öde und Abgeschnittenheit das Rückgrat brechen. Doch auch mit dieser Maßnahme werden die Herren Obersten ihr Ziel nicht erreichen. Nicht bei Theodorakis, nicht bei jenen griechischen Patrioten, die man zu Tausenden auf den Zuchthausinseln des Ägäischen Meeres zusammengepfercht hat. Eine traurige Feststellung, die uns nicht nur am Rande interessieren sollte: wieder einmal sind Bonner Politiker die besten Freunde der Reaktion. Wie früher nach Spanien und Portugal, so entsandte man



Mikis Theodorakis — weltbekannter Komponist und Politiker

jüngst auch nach Griechenland eine Parlamentarierdelegation, die den Athener Machthabern den Persilschein der Unbeflecktheit ausstellen mußte. Und des Bundesbürgers schönstes Märchenblatt, Burda's „Bunte Illustrierte“, versuchte unlängst ihren Lesern klarzumachen, 80% aller Griechen stünden hinter der Athener Regierung. Aber auch die internationale Allianz der Rechten und Braunen wird jenen Tag nicht verhindern können, den die Worte Gerd Semmers mit einer Theodorakis-Melodie beschreiben: „Aber es kommt der Tag, da führen wir den Schlag, / da sollt die Kraft der Völker ihr spür'n!“

APO rüstet zur Wahl

Arbeiterkonferenzen als Wahlauftakt

Von Peter Rath

Die SPD-Führung hat das Muffensausen gekriegt. Während sie durch ihren Bundesgeschäftsführer Wischniewski noch vor einiger Zeit verlauten ließ, auf die 2,5% Linken verzichten zu können, bemüht sie sich nun, auch wieder nach links attraktiv auszusehen. In

einer groß angelegten Propagandaaktion verkündete sie die Mitbestimmung für die Arbeitnehmer zu fordern — nachdem sie zwei Jahre in der Großen Koalition gepennt hat und die Rechte der Arbeitnehmer gemeinsam mit der CDU mit Füßen getreten hat. Der Grund: Der Appell des Gießener Kreises, in dem Persönlichkeiten der außerparlamentarischen Opposition aus verschiedenen Gruppierungen zu einem Wahlbündnis aufrufen, hat seine Wirkung nicht verfehlt.

Angeregt durch den Appell des Gießener Kreises haben in zahlreichen Städten der Bundesrepublik Gewerkschaftler, Professoren, Publizisten und Sprecher der außerparlamentarischen Opposition mit der Formierung des Wahlbündnisses begonnen. „Es ist an der Zeit, daß wir die Vertretung unserer Interessen in die eigenen Hände nehmen“ wurde auf einer der vielen Arbeitnehmerkonferenzen in Nürnberg erklärt.

Ob Nürnberg, Dortmund, München, Hannover, Frankfurt oder Ludwigshafen, alles ist nur der Anfang. „Eine vielfältige demokratische Erneuerungsbewegung ist in Entwicklung. Sie wird nicht mehr verschwinden.“ heißt es in dem Aufruf des Gießener Kreises. Sie wollen gegen den Einheitsbrei der Notstandspolitik und der hinter ihnen steckenden Großindustrie zu Felde ziehen. Sie beschlossen überall, am Wahlkampf 1969 mit einer wählbaren Alternative teilzunehmen, da die in den Parlamenten der Bundesrepublik vertretenen Parteien die Interessen der arbeitenden Bevölkerung nicht wahrnehmen. Die Alternativen der Wahlbündnisse stützen sich vornehmlich auf gewerkschaftliche Forderungen und Beschlüsse: Es sind dies u. a.:

- Verteidigung und Erweiterung der sozialen Rechte;
- Verteidigung und Ausbau der Demokratie;
- Einschränkung der Übermacht des Großkapitals und erweiterte Mitbestimmung;
- Durchführung einer echten Entspannungs- und Friedenspolitik, Abbau der Rüstung, Un-

terzeichnung des Atomwaffen-sperrvertrages, Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen in Europa.

Man will den Bundestag nicht länger den Herrschenden überlassen, sondern ihn als Tribüne des Klassenkampfes benutzen, und auch dort — als Fortsetzung des bisherigen außerparlamentarischen Kampfes — auf dieser Ebene die tatsächlichen Machtinteressen der Parteien und des Parlaments sichtbar machen.

Es wurde vielfach betont, daß die Frage der Effektivität dieses Bündnisses nicht allein durch das Überspringen irgendwelcher Fünf-Prozent-Klauseln, sondern zunächst nur durch den Grad der tatsächlich stattfindenden Politisierung durch die Herausarbeitung neuer Formen und Praktiken realer Demokratie im Vorfeld Wahl (Wahlaufträge, Wahl eigener Kandidaten, Diskussion und Auftrag der Abwählbarkeit usw.) entschieden wird.

„Wir wollen, erklärte man in Dortmund, die außerparlamentarische Diktatur der Konzerne beenden und Bonn um die Ecke demokratisieren!“ Die Initiativen werden weitergehen.

Dr. Hans Brender (415 Krefeld, Westwall 21) ist für Fragen der Koordination und Information des Gießener Kreises zuständig.

Wehrpaß zurück

Jungdemokrat protestiert gegen NS-Gesetze

Cornelius Cordes, Vorsitzender der Bremer Jungdemokraten, zog nach Verabschiedung der Bonner Ausgabe des Ermächtigungsgesetzes Konsequenzen: Er schickte seinen Wehrpaß an das zuständige Kreiswehrratsamt zurück. Dort vermutete man, dies solle einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung darstellen (pas-

siver Widerstand aus demokratischer Verantwortung scheint dort unbekannt zu sein). Der Prüfungsausschuß bat dann Cornelius Cordes um Einreichung diverser Unterlagen. Diese Bitte beantwortete er mit folgendem Offenen Brief:

Sehr geehrte Herren, leider muß ich Sie berichtigen. Ich habe keinen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt, sondern habe Ihnen meinen Wehrpaß zurückgeschickt und Ihnen mitgeteilt, daß ich ab sofort jeglichen Dienst bei der Bundeswehr verweigere. Ob Sie mich als Kriegsdienstverweigerer anerkennen oder nicht, ist mir vollkommen gleichgültig, denn das kann meine Haltung nicht tangieren.

Sie fordern mich in Ihrem Schreiben auf, meinen Lebenslauf beizubringen. Dazu bin ich nur bereit, wenn mir vorher die Lebensläufe von Herrn Kiesinger, Herrn Lübke und die der Generäle, unter besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1933 bis 1945, vorgelegt werden.

Sie fordern mich desweiteren auf Zeugen zu benennen. Über mein Gewissen kann jedoch außer dem lieben Gott, der seit meinem Austritt aus der Kirche nicht mehr zuständig ist, keiner Auskunft geben, es sei denn, er lügt.

Des weiteren wollen Sie eine Begründung von mir haben, warum ich den Dienst bei der Bundeswehr verweigere — nun denn:

Eine Bundeswehr im Bündnis-system mit faschistischen Staaten kann nicht mehr die Demokratie verteidigen, die im Grundgesetz vom 23. Mai 1949 intendiert war. Außerdem kann ich den Einsatz der Bundeswehr im Innern (Art. 87 a, Abs. 4 der Notstandsverfassung) nicht mit meinem Demokratieverständnis vereinbaren, ich könnte mich unter Umständen veranlaßt sehen, nach hinten zu schießen.“

Für 15-jährige erlaubt: Feuerstuhl mit 25 km Spitze



Mit 15 moto risiert

Jetzt dürfen auch 15-jährige Moped fahren

Von Herbert Wolter

Eine gute Mitteilung für viele, die bisher vom PS-Gebrauch ausgeschlossen waren: ab 15 Jahre darf jetzt jeder führerscheinfrei Mofas fahren. Bauartbedingte Spitzengeschwindigkeit: 25 km/ St.

Sicher — 25 km/St. bedeuten nicht gerade Renntempo. Aber die kleinen Flitzer sind wenig, anspruchslos und billig im Betrieb. Für den Stadtverkehr fast ideal.

Und: wer bis jetzt noch täglich in die Pedale treten mußte, wird diesen Fortschritt zu schätzen wissen.

Rechts hilfe für Opposi- tionelle

APO findet wirksame
Solidaritätsform
gegen autoritäre Justiz

Von Adolph Meurer

Was auch mit den härtesten Polizeieinsätzen nicht gelang, sollen jetzt offensichtlich die Vollziehungsorgane der Justiz erledigen: Die den Herrschenden höchst unbequeme außerparlamentarische Opposition soll durch massenhaften Einsatz der Justiz mundtot gemacht, zermüht und schließlich zerschlagen werden. Strafverfahren, Schadensersatzklagen und arbeitsrechtliche Verfolgungen werden in den nächsten Monaten — wie die ersten Urteile und Ermittlungsverfahren zeigen — für diese Strategie eingesetzt. In vielen Prozessen, nicht zuletzt im Kurras-Prozeß, hat sich gezeigt, daß ein großer Teil der Richter immer noch willfährige Diener autoritärer Staatspraxis sind. Die APO wird sich dieser Verfolgung nur erwehren können, wenn sie in eigenen politischen Aktionen den politischen Inhalt der gerichtlichen Auseinandersetzung klar macht. In den Prozessen, in Aktionen dazu, in einer allgemeinen Kampagne gegen autoritäre Justiz müssen die wirklichen gesellschaftlichen Ursachen entlarvt werden.

Um zu einer wirksamen Solidarität zu kommen, wurde am 17. Juli 1968 aus Kreisen der APO ein „Kuratorium Republikanische Hilfe“ gegründet, das alle Hilfe für die Verfolgten zusammenfassen will. Das Kuratorium hat einen Rechtshilfefonds eingerichtet, aus dem Betroffene aus politischen Verfahren unterstützt werden. Ferner wird es helfen, alle Prozesse gründlich

vorzubereiten und Erfahrungen aus den Prozessen zu sammeln und an die Öffentlichkeit weiterzuleiten.

Bis jetzt sind 7680 Verfahren eingeleitet, wesentlich mehr sind noch zu erwarten. Die Schadenersatzforderungen belaufen sich bis jetzt auf 700 000 DM.

Wirksame Hilfe kostet riesige Summen. Das Kuratorium bittet deshalb dringend um Spenden, besonders um regelmäßige Beiträge, da der Rechtshilfefonds Jahre hindurch seine Aufgabe wahrnehmen muß.

Dem Kuratorium gehören an die Juristen Dr. Benseler (Neuwied), Hannover (Bre-

men), Inge Hornischer (Frankfurt), H. Mahler (Berlin), Dr. Seifert (Darmstadt) sowie Klaus Vack (Kampagne für Demokratie und Abrüstung), Dr. Meschkat (Berlin), Helmut Schauer und K. D. Wolff (SDS). Sitz des Kuratoriums: Frankfurt, Wilhelm-Hauff-Straße 5, Spenden-Konto: 282880 Dresdner Bank.

VIETNAM IN DIESER STUNDE

Die friedliche Wiedervereinigung Vietnams ist Sache des vietnamesischen Volkes und muß von ihm selbst, ohne ausländische Einmischung, gelöst werden. Pham van Dong

VIETNAM

IN DIESER STUNDE

Die friedliche Wiedervereinigung Vietnams ist Sache des vietnamesischen Volkes und muß von ihm selbst, ohne ausländische Einmischung, gelöst werden. Pham van Dong

Le Nouvel Observateur

„Ich danke Ihnen dafür, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, Ihr Schiff zu besichtigen“, erklärte der entzückte Ky der Mannschaft der „Independence“ über das Lautsprechersystem. „Was Sie hier tun, wird unser Volk hundert Jahre lang in der Erinnerung bewahren.“ Er wird recht behalten.

Richard Trégaskis, Vietnam-Tagebuch

Napalmbomben. Gestalten in schwarzen Uniformen verschwanden in Stichflammen, gingen noch ein oder zwei Schritte und verbrannten. Menschliche Fackeln verloderten mit dem Todesschrei. Die T-28 stiegen heulend hoch, zogen eine Schleife und setzten zum zweiten Vernichtungsschlag an. Die Napalmbomben hatten den Angriff zum Stehen gebracht. R. Moore: Die grünen Teufel

Früher haben die USA viel über Selbstbestimmung der Völker gesprochen, heute offenbaren sie mit ihrem Vorgehen in Südvietnam ihre neue aggressive Kolonialpolitik. Walter Ulbricht

Jeder tote vietnamesische Kommunist kostet die USA 140 000 DM nur an Munition. Robert McNamara

Das Engagement der Bonner Regierung in Vietnam ist das größte nach demjenigen Amerikas. Bonn hat den USA mehr Hilfe geleistet und größeres Verständnis gezeigt als alle anderen Staaten. Pham van Dong

Sonderbotschafter Averell Harriman

Hitler hatte sein Land zusammengeschweißt, als es sich anfangs der dreißiger Jahre in einem verzweiften Zustand befand. Die Lage in Südvietnam ist jetzt so verzweifelt, daß ein Mann nicht mehr genügen würde. Wir brauchen vier oder fünf Hitler in Vietnam. Cao Ky

Vietnam- in dieser Stunde

Ein Buch,
das man
besitzen sollte

Graphiken, Gedichte und Prosa von Künstlern aus fünf Kontinenten, belegt mit zahlreichen Fotos und einer ausführ-

lichen Dokumentensammlung: ein wesentlicher Beitrag zum Thema Vietnam und aktive Solidarität zugleich; denn von den 18,50 DM führt der Verlag 3,50 DM als festen Spendenbeitrag an das internationale Vietnam-Komitee ab. VIETNAM - IN DIESER STUNDE, über BRÜCKEN-VERLAG, 4 Düsseldorf, Ackerstraße 3, Preis: 18,50 DM.

Hannes Wader



Der Berliner Hannes Wader hat sich innerhalb von zwei Jahren in die kleine Spitze deutscher Liedermacher gesungen. Seit er 1966 3. Preisträger im Wettbewerb des SDR „Lieder von heute“ wurde und auf Burg Waldeck vielbeachtete Konzerte gab, ist er häufig in Rundfunk, Fernsehen und Clubs zu hören.

Hannes Wader wurde 1942 in Bielefeld geboren und durchlebte in einem kleinen Dorf in der Nähe dieser Stadt alle Repressionen, denen man als Zwergschüler ausgesetzt ist. Seine Eltern — der Vater war Fabrikarbeiter, als Sozialdemokrat von den Nazis verfolgt — konnten ihn nicht auf eine höhere Schule schicken. Nach einer Lehre als Dekorateur studierte er drei Semester an der Bielefelder Werkkunstschule und weitere 8 Semester an der Berliner Akademie für Graphik, Druck und Werbung. Kurze Zeit vor dem Abschlußexamen entschloß er sich, professioneller Liedersänger zu werden.

In einer Dixieland-Jazzband erwarb sich Wader erste musikalische Kenntnisse und verdiente sich durch diese Musik sein Studium. Er begann eigene Lieder zu schreiben, die zunächst noch von französischen Chansonniers inspiriert waren. Heute sprechen seine Lieder eine individuelle Sprache. Sie berichten hauptsächlich vom Leben in kleinstädtischen Städten und Dörfern. Waders heiter-ironische Liebeslieder gehören zu den schönsten der Nachkriegszeit und werden auch im Ausland verstanden: sein Sangesbruder Reinhard Mey gewann mit der französischen Interpretation von Hannes „Kleinem Mädchen“ den Grand Prix International des französischen Chansons.

Mit scharfer Beobachtungsgabe und häufig bitterem Unterton beschreibt Hannes Wader das Milieu des Durchschnittsbürgers, die Schwächen und Denkweisen seiner Mitmenschen, die dem langhaarigen, spitzbärtigen — in Aussehen an Buffalo Bill oder Gauguin erinnernden — Sänger das Leben zur Hölle machen.

„Ich verstehe meine Verse als elementar-politische Lieder, da sie die Repressionen der Mitmenschen gegen Andersdenkende und Andersaussehende aufzeigen, denen man sein Leben lang ausgesetzt ist. Ich beschränke mich bewußt auf meinen Erfahrungsreich, denn so kann ich aus eigener Anschauung Lieder schreiben. Ich werde keine schwarz-weiß-malende „Protestsongs“ schreiben, die sich auf Grund ihrer vereinfachenden Klischees gegen das Anliegen kehren und wenig glaubwürdig wirken. Das System hat nicht mein Einverständnis und muß geändert werden. Ich sammle Informationen, um zu einem Standpunkt zu gelangen. Weder Mao noch Marcuse haben mir eine Antwort geben können.“

Pro Tag 10 Neue



elan-Interview mit dem Bundesvor- sitzenden der SDAJ, Rolf Priemer

elan: Vor 150 Tagen wurde in Essen die Sozialistische Deutsche Arbeiter-Jugend (SDAJ) gegründet. Auf einem Transparent im Saal des Borbecker Schlosses hieß es: „Gemeinsam sind wir unaufhaltsam!“ Was läßt sich über dieses Leitwort heute sagen?

Rolf Priemer: Unsere Jugendorganisation hat sich konstituiert. In neun Bundesländern wurden Landesverbände gegründet. In allen größeren Städten sind wir heute vertreten. Bis jetzt traten 1600 Jugendliche der SDAJ bei. Pro Tag wurden also 10 Jugendliche Mitglied Unserer Organisation. Das ist ein Ergebnis, auf das wir sehr stolz sind. Und so haben wir das Leitwort des Gründungskongresses verstanden: Geschlossenes, einheitliches Handeln der arbeitenden Jugend.

elan: Verschiedenste Presseberichte lassen den Eindruck zu, daß gewisse Kräfte in unserem Lande bemüht sind, die SDAJ als Buhmann aufzubauen ...

Rolf Priemer: Uns war schon vor der Gründung klar, daß wir den Herrschenden mit der Bildung der SDAJ, die sich als einzige Jugendorganisation in der Bundesrepublik zu den Ideen von Marx, Engels und Lenin bekennt, keinen Gefallen tun. Denn das Großkapital hat vor nichts mehr Angst, als vor der organisierten Arbeiterjugend. Wir leben in einer Gesellschaftsordnung, in der Wenigen viel und Vielen wenig gehört. 0,3 Prozent besitzen mehr als die übrigen 99,7 Prozent der Bevölkerung. Aber diese kleine radikale Minderheit kommandiert und bestimmt in diesem Staat. Ihre Interessen sind nicht unsere Interessen. Was ihnen nützt, schadet uns. Was ihre Machtposition sichert, verunsichert uns. Weil wir konsequent die Interessen der Arbeiterjugend vertreten und das grenzenlose Machtstreben der Konzernherren entlarven wollen, versuchen sie, uns zu diffamieren.

elan: Wie sieht das aus?

Rolf Priemer: Die Unternehmensverbände verschicken Warnmeldungen über die SDAJ an die Bosse der Betriebe. Ihre Justizbehörden ordnen Hausdurchsuchungen bei Funktionären der SDAJ an und sprechen Urteile gegen Andersdenkende. So wurde der stellvertretende SDAJ-Bundesvorsitzende Wolfgang Gehrecke wegen Teilnahme an den Osterdemonstrationen zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Seine sozialistische Gesinnung wurde als strafverschärfend gewertet. Die Genossen Reinhard Junge, Walter Listl und Werner Treiet wurden während ihrer BUWE-Dienstzeit inhaftiert, weil sie ihre Kameraden von den Folgen der Notstandsge-

setze warnten. Diese Genossen betrachten ihren Eid auf die Verfassung nicht mehr als gültig, seit das Grundgesetz durch Notstandsgesetze kastriert wurde. Sie wollen mit ihrem damals geleisteten Eid keinen Schuldschein unterschrieben haben, auf dem die Summe offenstand.

elan: Der Bundesvorstand der SDAJ hat zu den Ereignissen in der CSSR eine Erklärung abgegeben, die sich grundsätzlich von der Haltung anderer Jugendverbände unterscheidet ...

Rolf Priemer: Wir haben die Entwicklung in der CSSR mit Sympathie, aber nicht ohne Besorgnis verfolgt. Wir sahen mit Sorge, daß restaurative Kräfte unter dem Schlagwort „Liberalisierung“ und mit Beifall und Unterstützung der ausländischen Reaktion immer mehr an Einfluß gewannen. Diese konterrevolutionären Kräfte strebten offen die Rückkehr zur bürgerlich-kapitalistischen CSR an, verleumdeten alle sozialistischen Errungenschaften, versuchten die organisierte Arbeiterklasse zu spalten und diffamieren und drohten bewußten Sozialisten mit Boykott und Mord. Die sozialistischen Kräfte in der CSSR waren allein nicht stark genug, um der Reaktion zu begegnen. Deshalb betrachteten wir das Eingreifen der sozialistischen Länder als notwendige Maßnahme zur Erhaltung der sozialistischen Grundlagen in der CSSR und des Status quo in Europa. Die restaurativen Kräfte in der Bundesrepublik nutzen diese Ereignisse zu wahren antikomunistischen Orgien. Sie heucheln Sympathie für die „Reform-Kommunisten“, aber verfolgen Sozialisten im eigenen Land. Sie fordern Freiheit für die CSSR, aber verwandeln die Bundesrepublik Schritt um Schritt in einen perfekten Notstandsstaat.

Sie stemmen sich gegen jegliche Abrüstungsbemühungen, weigern sich, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, verschärfen ihren Rechtskurs, um ihre gefährliche Politik ungestört fortsetzen zu können. Damit möchten sie von den inneren Widersprüchen ablenken.

Auf vielen Mitgliederversammlungen der SDAJ wurden lebhaft die Ereignisse in der CSSR diskutiert. Aufgrund dieser Diskussionen faßte der Bundesvorstand am 14./15. September in Hannover seinen einstimmigen Beschluß. Allein in den letzten Wochen wurden 300 Jugendliche Mitglied unseres Verbandes.

elan: Schon jetzt beginnt der Bundestagswahlkampf 1969. Wie stellt sich die SDAJ dazu?

Rolf Priemer: Wir wählen keine Kandidaten, die sich im Mai über Massenproteste, politi-

sche Streiks und Wählerwillen hinwegsetzen und den Diktaturgesetzen zustimmen. Sie haben sich abqualifiziert.

Wir werden alles dafür tun, daß diese Diäten-Kassierer im neuen Bundestag nicht mehr vertreten sind.

Wir wollen den Wahlkampf nutzen, um unsere Meinung zu vertreten. Prüfstein für die Wählbarkeit eines Kandidaten ist seine Haltung zu den Forderungen der arbeitenden Jugend. Jahrelang hatten die Regierenden Gelegenheit, die Forderung der Jugend nach Wahlrecht ab 18 Jahren zu erfüllen. Doch erst jetzt, wo wieder Wahlgeschenke gebraucht werden, kommen sie darauf.

elan: Wie kommt das besondere Anliegen der SDAJ zum Ausdruck, Arbeiterjugendverband zu sein?

Rolf Priemer: Das läßt sich an unseren Aktionen ablesen. Da ist das Beispiel der Firma Böhlinger in Ingelheim. Jugendvertreter sollen entlassen werden, weil sie sich politisch betätigt haben. Gegen diesen skandalösen Fall, der bezeichnend für die Unternehmer-Moral ist, haben die Genossen aus Rheinland-Pfalz protestiert, vor dem Betrieb Aktionen durchgeführt, Solidarität mit anderen Arbeitern hergestellt. Es geht uns darum, gemeinsam mit der Gewerkschaft die Entlassung dieser drei Betriebsjugendvertreter zu verhindern.

Da ist das Beispiel der AEG in Mülheim-Saarn. 800 Arbeiter, darunter fast 300 Jugendliche, sollen entlassen werden.

elan: ... wir kennen den Fall. Wir berichten in dieser Ausgabe (Seite 3) darüber ...

Rolf Priemer: Die SDAJ wird gemeinsam mit der Betriebsjugendvertretung und der Arbeiterschaft Aktionen durchführen, die das Ziel haben, die Schließung des Betriebes zu verhindern.

Aus vielen anderen Beispielen, möchte ich noch die Tätigkeit unserer Dortmunder Genossen nennen. Dort gibt es u. a. eine Arbeitsgruppe „Betriebe“, die analysiert: Wo wohnen die jungen Arbeiter? Wo treffen sie sich? Im Ergebnis werden dort, wo die jungen Arbeiter anzutreffen sind, Tanzveranstaltungen und Diskussionsabende über die Probleme der Arbeiterjugend gestartet. Mit Lautsprecherwagen und Informationsmaterial werden wir uns unseren Kollegen vorstellen.

In unserem Aktionsprogramm haben wir ganz konkrete Forderungen erhoben: Erhebliche höhere Lehrlingslöhne, 24 Tage Urlaub für alle Jugendlichen bis zu 21 Jahren, Kündigungsschutz für Jugendvertreter und Jugendliche, gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Wir haben uns in unserer Arbeit die Erfahrungen der Arbeiterklasse zu nutze gemacht, daß un-

sere Forderungen nicht durch Bittgesuche und Kriecherei, sondern nur durch entschlossenen und organisierten Kampf durchgesetzt werden können. Daß es uns ernst darum ist, zeigen die ersten Aktionen.

elan: Wie stark sind die jungen Arbeiter in der Organisation vertreten?

Rolf Priemer: Von zehn Mitgliedern sind 8 Arbeiter, Angestellte oder Lehrlinge. Und das Durchschnittsalter liegt bei 20 Jahre. Die Mehrzahl unserer Mitglieder ist gewerkschaftlich organisiert. Wir unternehmen große Anstrengungen, Mitglieder und aktive Mitarbeiter für die Gewerkschaften zu werben.

Dies muß klar ausgesprochen werden, weil die Versuche der Unternehmerverbände, die organisierte Arbeiterschaft am gemeinsamen

herstellen. Dabei werden wir uns auch mit den Wahlvereinbarungen zwischen CDU, FDP, SPD einerseits und der NPD andererseits in Niedersachsen beschäftigen, die das Ziel haben die Neonazis für 1969 koalitionsfähig zu machen „so wie es sich Adolf von Thadden wünschte: „Entweder werden wir 1969 die Koalitionspartei oder der Koalitionspartner.“

Selbstverständlich werden wir wieder Solidaritätsveranstaltungen für das kämpfende Vietnam durchführen. Vor Betrieben sollen Solidaritätsgroschen für den anti-imperialistischen und antifaschistischen Kampf gesammelt werden. Gemeinsame Veranstaltungen wollen wir mit spanischen und griechischen Arbeitern durchführen.

Im Winterhalbjahr wollen wir mit vielfältigen Themen eine verständlich gehaltene Bildungsarbeit entwickeln. Wir sind keine Organisation der „fertigen“ Marxisten, sondern



Handeln zu hindern, ständig zunehmen. Diese Absicht der herrschenden Kreise wird von wildgewordenen Kleinbürgern, die sich „Sozialisten“ nennen, mit Diffamierungen unterstützt, wie, die Gewerkschaften seien „Taschenträger des Kapitals“. Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns gegen diese Spaltungsversuche.

elan: Welche Aktivitäten sind für die nächste Zeit geplant?

Rolf Priemer: Schwerpunkt unserer Arbeit wird die Gewinnung weiterer junger Arbeiter und Angestellter sein. Beispiele dafür nannte ich schon.

Es ist geplant, anläßlich der 30. Wiederkehr der schrecklichen Kristallnacht am 9./10. November gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften und Organisationen Veranstaltungen und Ausstellungen durchzuführen, und mit Filmen über die Nazizeit aufzuklären. Solche „antifaschistischen Tage“ oder „Antifaschistischen Wochen“ sollen aktuelle Bezüge

wollen uns marxistische Kenntnisse aneignen und unter der Jugend, insbesondere der Arbeiterjugend, verbreiten. Unsere Bildungsarbeit soll so sein, daß jeder junge Arbeiter mitmachen kann.

In einigen Städten haben wir bereits eigene Räume bezogen, die zu Zentren der Diskussion geworden sind. In möglichst vielen Städten und Orten sollen derartige Zentren der Diskussion entstehen. Das hängt natürlich wesentlich von den Finanzen ab. In diesem Zusammenhang danke ich den elan-Lesern, die bisher durch Spenden auf unser Postcheckkonto Dortmund 20023 Sonderkonto (R. J. Priemer) unsere Arbeit unterstützt haben. Ich möchte alle bitten auch weiter zu helfen.

elan: Wo kann man weitere Informationen über die SDAJ bekommen?

Rolf Priemer: Brief oder Postkarte an das Büro unseres Bundesvorstandes genügt. Die Adresse: 43 Essen-Altenessen, Altenessener Str. 188

amerika dreht durch

Interview mit Phil Ochs



Der amerikanische Protestsänger Phil Ochs war im Juni in Deutschland. Er zählt nicht nur zu den führenden amerikanischen Liedermachern, sondern ist gleichzeitig ein scharfer Kritiker an Johnsons „Großer Gesellschaft“ und macht sich zum politischen Weltgeschehen seine eigenen Gedanken. Dies zeigt unser Interview, das er unserem Mitarbeiter Carsten Linde gab.

elan: Phil, man klassifiziert Dich oft als einen „Protestsänger“ oder nennt Dich auch „das zornige Gewissen Amerikas“. Glaubst Du, daß politische Lieder — wie Du sie schreibst und singst — die Gesellschaft ändern können, bessere Lebensbedingungen erkämpfen helfen?

Phil Ochs: Ja doch, gewiß! In den sechs Jahren, in denen ich nun singe, traf ich viele Leute, deren politische Ansichten sich änderten, weil sie meine Lieder hörten. Manche junge Männer emigrierten nach Kanada, um nicht zur Armee eingezogen zu werden. Sie sagten mir, daß insbesondere Lieder wie „I ain't marching anymore“ oder „Cops of the world“ sie in ihrem Entschluß bestärkt hätten. Ich habe in den Südstaaten Menschen getroffen, die von den Liedern der Neger bewegt wurden und auch dadurch ihre Ansichten änderten. Ich glaube, man kann ferner sagen, daß gerade Bob Dylans Lieder von 1963/64 das Bewußtsein vieler Menschen änderten. Vielleicht denken auch Jugendliche, die unsere Lieder zufällig hören, über ihren Inhalt nach, obwohl sie sonst nichts mit Politik zu tun haben wollen. Auch das wäre eine gewisse Veränderung.

elan: Wie beurteilst Du die zunehmende Zahl politischer Morde in den USA? In Europa glaubt man, Amerika sei im Begriff, die Kontrolle über seine Macht und gleichzeitig auch die Moralbegriffe zu verlieren.

Phil Ochs: Ja, das scheint mir auch so. Amerika wird immer lebloser. Die amerikanische Kultur und die Gesellschaft liegen bereits im Sterben. Der Prozeß der Entmenslichung nimmt ständig zu und arbeitet Hand in Hand mit einem blinden Materialismus und der totalen Technisierung am inneren Verfall der Gesellschaft. Die Attentate auf politische Führer bestätigen diese Ansicht. Amerika dreht wirklich durch. Das ist sehr schade, denn es gibt viel Gutes drüben — so auch in der Struktur unserer Staatsform, die auf einer alten Tradition der Bürgerrechte gegründet ist.

Amerika kannte schon immer unbeugsame Kämpfer gegen Materialismus und für Demokratie, die meistens Einwanderer aus anderen Ländern waren. Die Mordanschläge und die Gewalttätigkeit der letzten Zeit sehe ich als logische Folge der unmoralischen Handlungen des Kapitalismus und Imperialismus des frühen 20. Jahrhunderts an... Ich denke an die Ausrottung der Indianer, den Diebstahl Mexikos... Durch diese unentschuldbaren Gewalttätigkeiten wuchs Amerika zusammen und wurde zur stärksten Macht der Welt. Zur Zeit fällt es in sich zusammen — mehr als die Europäer erkennen — denn es hat keine Kontrolle mehr über seine wirtschaftliche und militärische Macht. Seit dem Ende des 2. Weltkrieges ließen sich die USA in immer größere Lügen ein. Mit dem Kalten Krieg entwickelten sie einen Neokolonialismus; indem sie z. B. Truppen unter dem Leitwort des Antikommunismus in fremden Ländern stationierten, vergrößerten sie die Kriegsgefahr.



nismus in fremden Ländern stationierten, vergrößerten sie die Kriegsgefahr.

elan: Bist du der Ansicht, daß Robert Kennedy der Arzt hätte sein können, durch dessen Medizin und Pflege die kranke amerikanische Gesellschaft gesundet wäre?

Phil Ochs: Ich denke schon. Kennedy oder McCarthy haben beide das Zeug, dies zu erreichen. Ich meine, daß Robert Kennedy es am ehesten geschafft hätte, denn er war die größere Persönlichkeit von beiden. Er sah die Dinge wirklich wie sie waren... er war tief betroffen von den Problemen der amerikanischen Gesellschaft. Der Mord an Robert Kennedy bedeutet, daß Amerika als Staat noch gefährlicher wird, denn einer seiner führenden Oppositionspolitiker und Kritiker ist nun tot. Kennedy war einer der fortschrittlichsten Politiker in Amerika und ich glaube, sein Verlust ist besonders für die Linke schmerzhaft. Er bildete die Brücke zwischen Regierung und Unterdrückten in den USA, für die er immer eintrat. Kennedy erstrebte eine totale Reform der Gesellschaft.

elan: Wie beurteilst Du die Lage des Krieges in Vietnam?

Phil Ochs (lacht): Nun, General Westmoreland mußte immerhin einsehen, daß er keinen klassischen Sieg erringen kann und ich bin der Ansicht, daß es für Amerika eine klassische Niederlage wird. Die Lehre dieses Krieges für alle Völker liegt darin, daß nicht nur die gerechte Sache siegen wird, sondern daß auch die stärkste Kriegsmaschinerie der Welt von einem kleinen Volk, daß gegen die Unterdrückung kämpft, geschlagen werden kann. Es ist ein Sieg für die ganze Menschheit, wenn Amerika eine deutliche Niederlage zugefügt wird. Den industriellen Staaten sollte es nicht zu leicht gemacht werden, militärische Raubzüge in der Dritten Welt zu unternehmen. Es ist die Pflicht aller Staaten, dies in Zukunft zu verhindern. Ich meine, Europa und Rußland hätten mehr Anstrengungen unternehmen sollen, um diesen imperialistischen Krieg der USA zu stoppen. Es muß einen Weg geben, Reichtum und Verantwortlichkeit für Andere zu verbinden. Dieses Problem betrifft alle Völker der Welt, die kapitalistischen ebenso wie die sozialistischen. Es ist eine Schande für die Welt und ganz besonders für Europa, daß es aus finanziellen Gründen nicht mehr dafür tat, diesen Krieg zu verhindern. Es ist unmoralisch, wenn man sagt, Amerika ist unser Freund und Verbündeter, wir dürfen den USA nicht in den Rücken fallen. Ein Freund hat die Pflicht, zu kritisieren, wenn der andere überschnappt.

elan: Unsere Regierung beruft sich gerade auf die freundschaftlichen Beziehungen zu Amerika und sagt, wir seien Amerika aus vielen Gründen zu Dank verpflichtet; einen Verbündeten könne man nicht in dessen eigener Politik kritisieren...

Phil Ochs: Das ist ein falscher Solidaritätsbegriff. Eine der Aufgaben der Studentenrevolten in aller Welt sollte es sein, auch in dieser Beziehung mehr Freiheit zu erkämpfen. Ich sage noch einmal: Es muß ein gerechteres Verhältnis von Wohlstand und technischem Fortschritt zur moralischen Verantwortung gefunden werden. Das ist die wichtige Frage, die mit dem Ende des Vietnamkrieges noch lange nicht gelöst ist, denn überall in der Welt wird der Mißbrauch der technischen Macht von verantwortungslosen Politikern hingenommen. Es ist nicht zuletzt auch die Aufgabe der Massenmedien, neue Wertmaßstäbe dieser Art zu verbreiten.

elan: Deutsche Studenten helfen amerikanischen Soldaten zu desertieren. Dies ist einer ihrer Beiträge, Nordvietnam zu helfen.



Phil Ochs: Das ist eine gute Möglichkeit, nicht nur Nordvietnamesen, sondern auch Amerikanern zu helfen. Jeder muß sich fragen (und nicht nur in den USA): was würdest du tun, wenn du in Vietnam kämpfen müßtest? Ich glaube, es verlangt viel mehr persönliche Kraft und Mut, sich der Todesmaschinerie Amerikas zu entziehen, ob man nun desertiert oder als Kriegsdienstverweigerer ins Zuchthaus gehen muß. Ich weiß nicht, welcher Weg der bessere ist. Wichtig ist nur, daß man nicht mitmacht.

elan: In der ganzen Welt revoltieren Studenten gegen Autorität, Diktatur, Tabus und Vorurteile der Gesellschaft ihrer Länder. Würdest Du die Studenten als eine neue Klasse bezeichnen?

Phil Ochs: Wahrscheinlich nicht. Sicher trägt die Studentenrevolution zum Teil Zeichen einer Klassenrevolution. Vielleicht sind die Studenten auf dem Wege, eine Klasse zu bilden. Die Jugend nimmt stärkeren Anteil am Weltgeschehen und erkennt mehr und mehr, daß sie sich nicht von alten Männern mit veralteten Ideen bevormunden lassen darf. Aber deswegen kann man noch nicht von einer Klasse sprechen.

elan: Wie können die Studenten Einfluß auf die Massenmedien gewinnen?

Phil Ochs: Sie sollten eine Stimme im Aufsichtsrat und eigene Sendezeiten fordern. Schließlich ist die Jugend ein bedeutender Teil der Gesellschaft. Sie stellt die Zukunft dar und sollte auch als Machtfaktor in die Gesellschaft hineinwachsen. Die Vertreter der Jugend sollten mit darüber bestimmen dürfen,

wie die Kommunikationsmittel angewendet werden. Es gibt keine Freiheit und keine Demokratie ohne Freiheit und Demokratie in den Massenmedien.

elan: Seit rund zwanzig Jahren gibt es die Bildzeitung und die Nachkriegsgenerationen sind mit ihr aufgewachsen. Die Springerpresse verfügt über Zeitschriften und Zeitungen, die einen vom ersten Lebenstag bis hin zum Tode begleiten („Big Axel is leading you“). Es gibt Zeitschriften für Eltern mit Kleinkindern, Jugendzeitschriften, Teenager- und Twenmagazine und schließlich Zeitungen für die Masse der Bevölkerung, aber auch für Intellektuelle. Es ist heute so, daß der Großteil der jungen Generation beinahe alle Vorstellungen und insbesondere ihre politischen Ansichten der Springerpresse entnimmt.

Phil Ochs: Das muß aufhören! Ich denke, allmählich sieht man überall auf der Welt ein, daß die Gesellschaft verändert werden muß und kann. Die Europäer sollten daran denken, daß die meisten Probleme, mit denen sie zu kämpfen haben, in einem größeren Umfang bereits in den USA sichtbar geworden sind. Jede Demonstration, jeder Sitzstreik hat einen gewissen Erfolg, weil durch die Berichte in den Massenmedien — die allerdings meistens auf der Sensationsmache der Reporter beruhen — ein weiterer Personenkreis erreicht wird und sich ferner ermutigend für andere Aktionen auswirkt.

elan: Würdest Du radikale und gewalttätige Demonstrationen befürworten, wenn man jahrelang versucht hat, sein Ziel ohne Gewalt zu erreichen und das ohne Erfolg, sondern als Ergebnis noch mehr Haß als zuvor?

Phil Ochs: Obwohl ich den gewaltlosen Demonstrationen den Vorzug gebe, würde ich in einem solchen Fall die Gewalt befürworten. Militante Maßnahmen sollten sorgfältiger geplant sein, wenn sie einen Erfolg erzielen sollen, denn sie wurden bisher von der Polizei im Keim erstickt. Ich meine, daß die beste und erfolgversprechendste Methode die der theatralischen Anwendung und die der Preisgabe der Machthaber sind. In Amerika haben wir öffentlich das Kriegsende erklärt und dieses jubelnd gefeiert (vergl.: Phils Song „I declare the war is over“). Gewaltanwendung sollte aber immer das letzte Mittel sein. Allerdings müssen die Studenten vorbereitet sein, zurückzuschlagen, wenn die „Bullen“ anfangen brutal zu werden.

elan: Würdest Du Dich selbst an Straßenschlachten und revolutionären und radikalen Demonstrationen beteiligen?

Phil Ochs: Ja, natürlich. Leider bin ich jedoch ein ziemlich großer Feigling. Ich würde aber mitmachen. Ich mußte schon mehrmals vor der Polizei fliehen und manche Schläge einstecken. Ja, ich würde mich an gewaltsamen Demonstrationen beteiligen, aber nur sehr ungern.

elan: Welche Formen des Widerstandes gibt es Deiner Meinung nach gegen die Springerpresse?

Phil Ochs: Man könnte z. B. ein Springer-Hearing oder ein Springer-Tribunal veranstalten. Man sollte öffentlich begründen, in welcher Weise die Springerpresse einen verderblichen und vergiftenden Einfluß auf die Öffentlichkeit ausübt. Die Angeklagten sollten sich öffentlich verteidigen. Das Fernsehen, die Rundfunkanstalten und die Presse werden eingeladen, dem Tribunal beizuwohnen, das durchaus in der Form eines geplanten Happenings stattfinden kann. Dies ist wichtig,

damit möglichst viele Leute von der Aktion erfahren. Wenn man Springer verurteilt, so sollte das symbolisch und einfallsreich geschehen. Man könnte ihn z. B. dazu verurteilen, zehn Jahre lang Produkte seiner Presse aus den Jahren 1950—60 zu lesen. Je einfallsreicher man handelt, um so eher erhält man eine Antwort auch von jenen Menschen, die sich zuvor um nichts gekümmert haben.

elan: Hälst Du „Black Power“ für die beste Taktik, den Negern die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Bürgerrechte zu erkämpfen?

Phil Ochs: Ich halte „Black Power“ für die letzte und beste Taktik, die Amerikaner auf die Forderungen der Neger aufmerksam zu machen. „B. P.“ bedeutet keineswegs Kravalle, sondern Frustration. Die interessanteste B.P.-Bewegung sind im Augenblick die „Black Panther“ aus der Umgebung von San Francisco. Diese Neger bewaffnen sich und liefern der Polizei Gefechte und Straßenschlachten. Zwei ihrer Führer sitzen im Zuchthaus. Ihre Namen sollte man auch in Europa kennen: sie heißen Eldrige Cleaver und Huey Newton. Newton hat einen Polizisten erschossen. Ich glaube, dieser Zwischenfall wurde von der Polizei provoziert. H. Newton ist kein brutaler Polizistenmörder, sondern handelte in Notwehr. Er und andere „Black Panther“ wurden in einem Haus von der Polizei gestellt und sollten mit erhobenen Händen rauskommen. Nun ist es die Taktik der Panther, den Polizisten völlig nackt gegenüberzutreten. Denn sonst können die Bullen einen Neger jederzeit umlegen und sagen, er habe eine Waffe aus der Tasche ziehen wollen... Aber sie schossen auch auf die nackten, wehrlosen Männer. Newton holte seine Pistole wieder und schoß zurück. Die Black Panther sind die erste radikale Negerorganisation, die auch mit Weißen zusammenarbeitet. Ihre Hauptaufgabe besteht im Schutz der Negerghettos. Bisher hatten in den Negervierteln die Polizisten immer das letzte Wort, sie konnten ohne Begründung verhaften, prüfen und Geldstrafen auferlegen. Nun organisieren sich die Neger im Ghetto zu einer Art Selbstverwaltung. Allein die Anwesenheit der Panther verhinderte schon in vielen Fällen das bisher übliche brutale Handeln der Polizei. Ich achte die Black Panther für ihren Mut, sich zu erheben, und gegen „White Power“ wirklich zu kämpfen.

elan: Phil, die USA scheinen ein heißer Boden für zornige und kritische Linke zu sein. Würdest Du lieber in einem anderen Land leben?

Phil Ochs: Augenblicklich wohl kaum. Europa und Japan scheinen Amerika wohl völlig zu kopieren. Ich frage mich oft, wonach die Leute eigentlich streben, wenn sie Amerika nach-eifern. Manchmal denke ich, daß ich lieber in einem kleinen Agrarstaat leben möchte. Man sagt immer, die Technisierung bedeutet Fortschritt. Aber man muß die Technik beherrschen und kontrollieren. Wahrscheinlich wird der Kampf des Menschen gegen die Maschine jetzt schon Wirklichkeit. In den USA ist die Straßenverkehrsordnung für die Kfz und nicht für die Fußgänger gemacht worden. Ich mißtraue dem sog. Fortschritt. Am Beispiel Amerikas werden die Gefahren der totalen Technisierung deutlich. Ich meine, ich habe für Dich und alle europäischen Jugendlichen eine Losung für die Zukunft: Hütet Euch davor, die USA zu imitieren! Befreit Europa von seinen sklavischen Fesseln, mit denen es an die USA gekettet ist! Tretet heute schon für die volle Selbständigkeit Europas ein!

Prag, 21. August

elan 9/68: In einer Sonderbeilage berichteten wir über die Ereignisse in der CSSR.

Für Eure Sonderbeilage über die Ereignisse in der CSSR möchte ich Euch beglückwünschen. Wie keiner anderen Zeitung ist es Euch gelungen, in kurzer und prägnanter Weise die Entwicklung in der CSSR aufzuzeigen. Ich hoffe, daß Ihr auch in Zukunft mutig an „heiße Eisen“ herangehen werdet.

WOLFGANG MÜLLER, Offenbach

Aufgrund Ihrer Einstellung zu den jüngsten Vorfällen in der CSSR, möchte ich hiermit höflich bitten, ab sofort die Lieferung Ihrer Zeitschrift einzustellen. Ich werde dem Postamt Mitteilung zukommen lassen, weitere Exemplare Ihrer Zeitschrift an Sie zurückzusenden.

Ich bin einer der ältesten Bezieher Ihrer Zeitschrift. Ich bin persönlich „sehr weit links“ eingestellt. Ich möchte Sie nunmehr davon in Kenntnis setzen, daß ich mit der jüngsten Politik der Warschauer-Pakt-Staaten nicht mehr einverstanden bin.

HORST MÄLZER, Hamburg

Als elan-Leserin möchte ich den in der letzten Ausgabe erschienenen Artikel „Prag, 21. August 68“ von Hermann Sittner unterstützen. Die Kommunikationsmittel des

gesamten Westens haben im Verlauf der tschechischen Ereignisse alles getan, um den Sozialismus in den Reihen der Werktätigen zu diskreditieren. Wenn die Warschauer-Pakt-Mächte der CSSR zu Hilfe eilten, spielten mehrere Faktoren eine bedeutende Rolle. Die CSSR ist mit einem sehr hohen Blutzoll durch die Truppen der Sowjetunion befreit worden.

Wenn der amerikanische Präsident Johnson bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit betont, daß kein Zentimeter ihrer Gebiete dem Kommunismus überlassen wird, warum sollten dann die sozialistischen Länder einen Millimeter von ihrem Boden preisgeben?

Wobei man noch berücksichtigen muß, daß die Führer der Landsmannschaften in der Bundesrepublik aggressive Forderungen auf Böhmen und Mähren, auf die Annullierung der Oder-Neiße-Grenze und auf die Einverleibung der DDR erhoben haben.

ERIKA KAROLAK, Dortmund

Jagow versichert (fast) alles — auch Deinen Jugendclub und Deine Jugendgruppe und DICH —

Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93

Briefe

SPD-kleineres Übel?

Ist die SPD die Partei des „kleineren Übels“ oder sollten sich junge Sozialdemokraten für das entstehende Wahlbündnis engagieren? Mit dieser Frage setzte sich Hans-Jörg Hennecke auseinander.

Teile der Jugend lehnen jenen autokratischen Zentralismus ab, der zur Anpassung ins bestehende kapitalistische System führte und führt. Das von der SPD-Führung angestrebte Ziel des „Verbessern-Wollens“ der schlimmsten Auswüchse und überkommenen Strukturen des Systems wird von weitsichtigen einflußreichen Wirtschaftskreisen durchaus als nützlich empfunden.

Warum wohl propagieren Kreise der CDU/CSU das Leitbild der formierten „Gesellschaft“ nicht mehr? Weil wir sie teilweise schon haben.

Eine Voraussetzung dafür war ein Zusammengehen der größten politischen Parteien der Bundesrepublik zum Zwecke der Schaffung eines „einheitlichen Leistungswillens“.

Diese Zusammenarbeit selbst wirkt wiederum auf die Entscheidungen der Parteiführung der SPD zurück. Eine weitere reaktive Entwicklung, vorläufig auf dem Gebiet verordneter „konzertierter Normen“ auf den Gebieten der Wirtschaft und der Militärs, ist auch im Falle zukünftiger personeller Veränderungen zu erwarten. Wahltag wird Wahltag sein. LOTHAR BECK, Stuttgart

Es lohnt sich!

Preise stark herabgesetzt für Schreibmaschinen aus Vorführung und Retouren, trotzdem Garantie u. Umtauschrecht. Kleinste Raten. Fordern Sie Gratiskatalog N 286



NÖTHEL

Deutschlands großes Büromaschinenhaus

34 GÖTTINGEN, Postfach 601

tat

Wir liefern alle wichtigen Bücher aus westdeutschen und DDR-Verlagen

aus unserem Angebot

<p>Kommunistische Manifest</p> <p>Leinen DM 2,20</p> <p>Macht der Hundert</p> <p>Mechanismus der staatsmonopolistischen Herrschaft in Westdeutschland DM 3,20</p>	<p>Imperium Springer</p> <p>Macht und Manipulation Klönne/Jansen DM 9,60</p> <p>Wer verhalf Hitler zur Macht</p> <p>Eberhard Czichon DM 6,90</p>
--	--

Buch- und Schallplatten-Vertrieb

6 Frankfurt am Main

Schumannstraße 56

Postfach 24 09

Briefe



Gruß aus Artek

Unser Leser Michael Dege (Hannover) schreibt uns aus einem sowjetischen Pionierlager, wo er seine Ferien verbringt.

Allen Mitarbeitern des elan die besten Grüße aus dem Pionierlager Artek in der Sowjetunion. Hier unten auf der Krim sind Sommer

und Sonne ebenso vorhanden, wie Freundschaft und Solidarität. Alle Erdteile und Hautfarben sind hier vertreten: von den USA bis Japan, vom hohen Norden bis hinunter nach Afrika. Gestern hatten wir hier den Tag des vietnamesischen Volkes. Wir haben 900 Mark als Solidaritätsspende überreichen können, die wir in den Vormittagsstunden auf einer Baustelle des Lagers Artek verdient

haben. Ich weiß nicht, was wir noch alles erleben werden. Wenn ich zuhause bin, mehr darüber. Alles gute
MICHAEL DEGE

P. S.: Freundschaft, Frieden, Zufriedenheit. Das wünschen alle Pioniere den Lesern des elan.
SLAWA KOSTENKO, Pionierleiter in Artek und Vorsitzender des Komsomol.

KPD-Verbot für immer?

In einigen gewerkschaftlichen Kreisen wird versucht, die Meinung durchzusetzen, nach den Ereignissen in der CSSR brauche man sich nicht mehr mit der Wiederzulassung der KPD zu beschäftigen.

Als junges Mitglied der IG Metall bin ich maßlos enttäuscht darüber, wie auf unserem Gewerkschaftstag die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots einfach unter den Tisch gefegt wurde. Unsere Jugendkongresse haben diese Forderung immer wieder erhoben. Durch die Ereignisse in der CSSR ist die Forderung keineswegs überholt worden. Wer sich jetzt auf die Position stellt, über das KPD-Verbot nicht mehr reden zu wollen, tritt in das Bündnis mit der Reaktion ein.
DETLEF KÖHLER, Dortmund

Berichtigung

In der auf gelbem Papier gedruckten Beilage zur CSSR (elan 9/68) ist uns ein Fehler unterlaufen. Im Kasten „Meinungsterror gegen die SDAJ“ berichteten wir, daß der stellvertretende Bundesvorsitzende der SDAJ, Wolfgang Gehrcke, zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Das Urteil wurde nicht wegen der Teilnahme an den **Ostermarsch-Demonstrationen** ausgesprochen, sondern wegen der **Osterdemonstrationen** gegen den Springer-Konzern.

Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.



Außerparlamentarische Opposition in Aktion: Der Kampf gegen die Notstandsgesetze wurde im Bundestag nicht unterstützt.

FORTSETZUNG VON SEITE 12

mokratisches Deckmäntelchen fungierende Parlament müsse in seiner offensichtlichen sachlichen Funktionslosigkeit so erhalten und damit als sinnlos entlarvt werden.

Illegalität als Prinzip

Was allerdings an die Stelle des Parlamentarismus gesetzt werden soll unter den jetzt herrschenden Bedingungen, darüber gibt es keine Aussage; es sei denn, man glaubt tatsächlich, die Revolution sei „machbar“, der Sozialismus als Gesellschaftsordnung sei, vielleicht in Form einer Räteherrschaft — auf die Tagesordnung zu setzen. Dazu kommt als Rezept (und als Ausdruck der Angst): „Wir müssen prinzipiell von einer Nichtanerkennung der etablierten Spielregeln dieser unvernünftigen Demokratie ausgehen. Das heißt, wir müssen unter allen Umständen vermeiden, daß wir den herrschenden Integrationsmechanismen... (anheimfallen)... um dieser Integration nicht anheimzufallen, müssen wir prinzipiell illegale Demonstrationen durchführen...“ (Rudi Dutschke).

Das Wörtchen „prinzipiell“ wird hier strapaziert, ist aber gleichzeitig Ausdruck der Radikalität der vertretenen Richtung: nichts anderes darf getan werden. Dabei haben Marxisten sich niemals auf eine bestimmte Kampf-

form allein festlegen lassen. Und dabei geht es heute, gerade unter Berücksichtigung der Bewußtseinslage der großen Mehrheit der Arbeiterklasse und der Bevölkerung, vor allem um die konsequente Ausnutzung „legaler“ Möglichkeiten, des formal bestehenden Rechts, daß die herrschende Klasse — aus gutem Grund — immer mehr einzuschränken sucht. Die Demonstrationenfreiheit war so lange kein Streitpunkt, wie sie nicht in Anspruch genommen wurde. Das Recht auf Kritik, die Pressefreiheit, werden solange nicht beschränkt, wie sie nicht faktisch und wirksam benutzt werden.

APO muß Bundestag nutzen

Und dieses Parlament, von den Herrschenden Schritt für Schritt seiner Kontrollbefugnisse beraubt und längst kein Ort demokratischer Willensbildung mehr, abgesichert durch das Verbot der KPD und die Errichtung der 5%-Klausel gegen Einbrüche von links und damit auch der Möglichkeit beraubt, ernsthaftere Störungen des Herrschaftsmechanismus zu verursachen — dieses Parlament „unter sich zu lassen“ um es damit vor der Bevölkerung ad absurdum zu führen, das wäre das Letzte, das Marxisten sich erlauben dürften. Allerdings: Wenn es nur darum gehen sollte, irgendwelche Vertreter der APO ins Parlament zu bringen und sie dann isoliert zu lassen vom

außerparlamentarischen Kampf, dann würde sich sicher nichts ändern. Schon der Wahlkampf müßte geführt werden als große außerparlamentarische Aktion, muß genutzt werden als Mittel der Aufklärung und Propaganda, als Mittel der Politisierung des Wahlkampfes gegen die verschleienden Parteien. Hier schon muß die bestehende 5%-Klausel als undemokratisch gekennzeichnet werden, hier schon muß aber auch klar gemacht werden, daß eben nicht der Einzug ins Parlament das höchste oder einzige Ziel der politischen Bewegung ist, sondern die Darlegung der politischen Probleme, die Heranführung größtmöglicher Massen an den politischen Kampf überhaupt.

„Die liberalen Bourgeois, die den außerparlamentarischen Kampf fürchten, verbreiten konstitutionelle Illusionen auch dann, wenn die Parlamente machtlos sind. Die Anarchisten lehnen eine Beteiligung an den Parlamenten überhaupt unter allen Umständen ab. Die Sozialdemokraten (wiederum jene von 1906, d. Verf.) sind für die Ausnutzung des parlamentarischen Kampfes, für die Beteiligung an ihm, aber sie entlarven schonungslos den „parlamentarischen Kretinismus“, d. h. den Glauben, daß der parlamentarische Kampf die einzige oder unter allen Umständen die hauptsächlichste Form des politischen Kampfes sei.“ Es scheint sicher, daß dieses Verständnis von einer Beteiligung von Marxisten am Parlament, ausgearbeitet von Lenin im Jahre 1906 auch heute noch volle Gültigkeit hat.

Sie sind gern allein (oder auch zu zweit)
Sie hören gern Schallplatten (und nicht nur Freddy oder Roy Black)

Sie haben was für Folklore über — dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. Denn bei uns gibt es Folklore aus aller Welt.

Das ist ein kleiner Ausschnitt aus unserem weitaus größeren Folkloreprogramm.

Bestellungen über jede gute Buchhandlung oder direkt bei

Weltkreis-Verlag-GmbH

6 Frankfurt/M.

Robert-Mayer-Str. 50

Lieder und Tänze Bulgariens
LDX-S 4317, 30 cm DM 19,—

Lieder und Tänze Bulgariens
LDY 4030, 17 cm DM 9,—

Lieder und Tänze Rumäniens
LDY 4028, 17 cm DM 9,—

Tänze Rumäniens
LDX-S 4307, 30 cm DM 19,—

Lieder und Tänze Ungarns
LDY 4038, 17 cm DM 9,—

Lieder und Tänze aus Armenien
LD-S 4224, 25 cm DM 15,—

Chöre der Wolga
LD-S 4164, 25 cm DM 15,—

Lieder und Tänze Lateinamerikas (u. a. Argentinien, Bolivien, Brasilien, Mexiko)
LD-S 4028, 25 cm DM 15,—

Lieder von Mikis Theodorakis
LDX-S, 30 cm DM 19,—

Lieder von Mikis Theodorakis
EP 3240, 17 cm DM 9,—



Informationen

Vormerken möge sich jeder Interessierte folgende Daten:

31. Oktober: THE BEE GEES (laufender Hit: „I've Gotta Get A Message To You“) beginnen eine Tournee durch de BRD.

23. November: THE LOVE AFFAIR (letzter Erfolg: „Rainbow Valley“) treten im Westdeutschen Fernsehen auf.

Auflösen will sich gegen Ende dieses Jahres THE CREAM. Nach anfänglichen Single-Erfolgen in England („I Feel Free“, „Strange Brew“) verlagerte das ingeniose Trio seine Interessen in die USA und erzielte dort riesige Verkaufsziffern seiner LPs: Sowohl „Disraeli Gears“ als auch das Doppel-Album „Wheels Of Fire“ brachte mehr als eine Million Dollars ein. Außerdem rangiert „Sunshine Of Your Love“, eine Single-Aufnahme, in Nordamerika unter den ersten Zehn der Hitparade. Nach der Trennung will jeder der drei Spitzenmusiker Eric Clapton, Ginger Baker und Jack Bruce eine eigene Gruppe gründen, um größtmögliche Freiheit in der Kultivierung eines individuellen Stils zu finden.

Eine Toilettenwand, auf der anzügliche Kritzeleien wie „John Loves Yoko“ oder „Mao Loves Lyndon“ zu lesen sind, soll auf der Umschlaghülle der neuen ROLLING-STONES-LP „Beggar's Banquet“ abgebildet werden. Lt. NEW MUSICAL EXPRESS hat die US-Filiale ihrer Schallplattenfirma an den Latrinen-Paprollen Anstoß genommen, aber vornehmlich Mick Jagger beharrt auf dem ungewöhnlichen Titelbild.

die besondere LP des monats

SOUNDS OF SILENCE/
SIMON & GARFUNKEL
— CBS —

Das Album trägt den Titel des ersten Singleerfolges des hochbegabten Duos. Die weiteren Titel sind nicht weniger sensationell: „I Am A Rock“, „Most Peculiar Man“ und das Instrumental „Angie“, um nur einige zu nennen. Die poetischen Texte werden in anspruchsvoller Musik und einfallsreichen Arrangements dargeboten. Simon und Garfunkel konnten bisher noch keinen nennenswerten Schallplattenerfolg in der BRD für sich verbuchen; hoffen wir, daß diese ausgezeichnete LP und die oben besprochene Single „Mrs. Robinson“ eine Änderung bringen.

Hits

HEY JUDE / THE BEATLES (***)

— Odeon 023 880 —
Länger als sieben Minuten läuft die neue Single der Beatles, und zumindest die erste Hälfte dieser Aufnahme (sanftes Solo von Paul McCartney) ist ausgezeichnet; der darauffolgende Monoton-Chorus hätte aber kürzer ausfallen dürfen. — Auf der Rückseite singt John Lennon „Revolution“, eine melodisch reizlose Stellungnahme zu aktuellen politischen Ereignissen.

PEOPLE GOT TO BE FREE / THE RASCALS (***)

— Atlantic 70 303 —
Ähnlich wie die Beatles mit „All You Need Is Love“, fordern die Rascals (ehemals: Young Rascals) mit diesem Song zur kosmopolitischen Verbrüderung aller Menschen auf. Wer glaubt, „missionarische“ Pop-Titel müßten fade sein, höre sich einmal die Platte an: sie beweist, daß nicht nur Farbige guten Soul singen können (und erreichte den ersten Platz der US-Hitparade).

YOU KEEP ME HANGIN' ON / VANILLA FUDGE (***)

— Atlantic 70 229 —
Vanilla Fudge, eine der wirklich interessanten neuen Gruppen auf der Pop-Szene, liefern eine umwerfende Interpretation des alten Supremes-Hits — mit grandioser Instrumentierung und einem hingestöhnten Sologesang.

YOU GIRL CAN'T HELP IT / ERIC BURDON & THE ANIMALS (**)

— MGM 61 194 —
Eric Burdon und seine Gruppe tun etwas, was andere Popstars aus kommerziellen Rücksichten meist vermeiden: Sie engagieren sich — auch auf ihren Schallplatten. Diese hier will alle Hörer zu gegenseitiger Verständnisbereitschaft und Rücksichtnahme aufrufen.

LOVE STORY / ALAN PRICE SET (**)

— Decca 19 001 —
Alan Price glänzte nach mehreren großen Erfolgen (z. B. „The House That Jack Built“) auf dem Pop-Markt durch Abwesenheit. Diese Neuaufnahme nun scheint mir allzu anspruchsvoll und ausgefallen zu sein, um ein Hit zu werden: sie schildert eine komplette „Love-Story“, bis hin zu dem Zeitpunkt, wo die vormaligen Teenager als Oma und Opa auf dem Sofa sitzen.

DO THE BEST YOU CAN / THE HOLLIES (**)

— Hansa 14 093 —
Mit dieser Platte werden die Hollies wohl niemand vom Sessel reißen: dennoch muß man dieser Gruppe, die sich noch nie durch gängige Maschen beeinflussen ließ, für die einfallsreiche Instrumentierung, die gefällige Melodielinie und den pfiffigen Text Lob zollen.

Hitverdächtige Neuerscheinungen auf dem Popmarkt:

„The Wreck Of The Antoinette“ / Dave Dee & Co.; „Fighting Street Man“ / The Rolling Stones; „A Day Without Love“ / The Love Affair; „I Wait For Love“ / Herb Alpert; „Lincoln County“ / Dave Davies; „Hip Hip Hooray“ / The Troggs; „The Pain Goes On Forever“ / John Rowles; „Didn't We“ / Richard Harris; „The Pope Is Dead“ / The Flititious; „Sour Milk Sea“ / Jackie Lomax; „Girl Of Independent Means“ / Honeybus; „Red Balloon“ / Dave Clark Five; „Six Man Band“ / Association.

Carsten Linde



SONG MAGAZIN

RICK ABao ein in Köln lebender Amerikaner besang seine erste Schallplatte mit Blues, Folksongs und Filmmusik. Abao spielt hervorragend Gitarre, die mehr klassisch als folkloristisch orientiert ist. Sein Gesangsstil ist nicht außergewöhnlich. In dem Bemühen, zu einem eigenen Stil zu gelangen, interpretiert Rick Abao manche Songs so eigenwillig, daß sie ihren ursprünglichen Charakter verlieren (Long Black Veil). Zwei seiner Lieder (Basin Street Blues, Coconut-Woman) machen die LP „Hush (Da Camera SM 95 008, 19 DM) zum musikalischen Vergnügen, an die anderen Titel wird man sich erst nach mehrmaligem Anhören gewöhnen.



REINHARD MEY, als erster Ausländer Preisträger des begehrten „Grand Prix International de la Chanson Francaise 1968 de l'Academie Francaise“ veröffentlichte nach diesem großen Erfolg seine erste LP in Deutschland. „Ich wollte wie Orpheus singen“ (Inter-cord 922 — 08 V, 19 DM) ist eine empfehlenswerte LP mit neuen deutschen Chansons. Reinhard Mey singt unsentimental, humorvoll oder melancholisch von der Liebe zwischen Asphalt und Wolken, von den grauen Städten mit ihren Hauptbahnhöfen, dem Frühling und den Mädchen. Die Arrangements der Lieder durch das Begleit-Ensemble Igor Rosenow wirken manchmal zu süßlich. Aus Meys solo vorgetragenen Chansons wird jedoch deutlich, daß er einer unserer besten Liedermacher ist.



WOLFGANG NEUSS ist der aggressivste Alleinkabarettist in Deutschland. In seinem „Asyl im Domizil“ (Fontana 885 463 TY, 19,— DM) formuliert er mit scharfer Zunge wieder einmal Kabarett ohne wenn und aber. Sein schnelles Mundwerk attackiert nicht nur das Zwerchfell seiner Zuhörer, sondern auch ihr politisches (Un-

ter-)Bewußtsein. „Asyl im Domizil“ ist wieder ein echtes und gutes Soloprogramm von Mao-Tse-Neuss, das man gehört haben sollte.



HOOTENANNY-LIEDERBUCH

heißt eine Sammlung von 85 amerikanischen Folk-Songs aus zehn Themenkreisen (u. a. Gewerkschaftslieder, Lieder der Tramps, Liebeslieder, Banjo-Stücke), die

Die Beatles von der Mainzer Künstlerin GERTRUDE DEGENHARDT skurril gezeichnet und poppig koloriert, sind 12mal in einer großformatigen Sammelmappe enthalten, die man für 12,— DM bei der geburtsstagspresse, 65 Mainz, Kirchgartenstraße 1, beziehen kann. Ein Tip für alle, die viele Freunde zu Weihnachten mit einem exquisiten Geschenk erfreuen wollen:

Die Blätter der Beatles-Mappe einzeln verschenken!



zu 5,80 DM vom Verlag song (Rolf Gekeler, 852 Erlangen, Friedrichstr. 51) vorgelegt wird.

Anmerkungen über die Entstehung und die Geschichte jedes Liedes, eine informierende Einleitung in das amerikanische Folksong-Revival sowie eine ausführliche Diskographie (Schallplattentips zu jedem Song) ergänzen diese Neuerscheinung, die Sängern amerikanischer Folksongs sowie Schallplattensammlern von Nutzen sein dürfte.

PETER PAUL & MARY stricken auch in ihrem „Album 1700“ (Warner Bros. WS 1700, 19,— DM) an der erfolgreichen Masche: süßer getragener mehrstimmiger Gesang, routiniert begleitet von Gitarren und Background-Orchester.

In ihren sentimental Songs ist immer wieder der moralische Zeigefinger erkennbar. Ihr (teilweise) weinerlicher und süßer Gesang verwandelt sogar Lieder von Bob Dylan in Schnulzen. Von der LP „Album 1700“ wird abgeraten.

Im Weltkreisverlag (6 Frankfurt, Robert-Mayer-Straße 50) werden Schallplatten vertrieben, die für Folkloresammler schwer erhältliche Raritäten sind. Aus dem Programm der Firmen Folkways und Le Chant du Monde bietet der Weltkreisverlag die besten LPs zum normalen Verkaufspreis an, so z. B. die 4 LPs, die PETE SEEGERs Ruhm als Folksänger begründeten — seine Anthologie: American Favorite Ballads, von denen „Vol. 4“ (FWX-M 52 323, 19,— DM) besonders empfeh-

19,— DM). Die französisch gesungenen Chansons von Beaucarne sind verwandt mit denen der großen Franzosen Brassens und Brel, unterscheiden sich jedoch von ihnen durch ihren ironischen Humor. „Wir fürchten uns nicht mehr davor, zu sterben — doch wir fürchten uns davor, nicht mehr zu lachen“, so umreißt Beaucarne grob das Ziel seiner Lieder. Die LP ist für Französischkenner zu empfehlen.



Die dokumentarischen Liedsammlungen „We shall overcome“ (46 Songs, 116 S., 10,— DM) und „Freedom is a constant struggle“ (58 Songs, 228 S., Großformat, 17,50 DM) vom Kampf der Neger um die Gleichberechtigung sind über den Club „Werkstatt 68“ (75 Karlsruhe, Lessingstr. 70), zu beziehen.



Wie aktuell politische Lieder nach über 100 Jahren noch sein können, wird aus einer Sammlung von Schmählern und anonymen Flugschriften der Revolution von 1848 sowie Texten der beinahe vergessenen Dichter und Schriftsteller Ludwig Pfau, Georg Weerth, Ludwig Seeger und Heinrich Heine deutlich, die von den Gießener Studenten Ulli und Fredrik vertont wurden. Ihre vielversprechende erste Langspielplatte „Wir — Bürgermeister und Senat“ (Da Camera SM 95 012, 19,— DM) setzt die begonnene Arbeit des verstorbenen Peter Rohland fort und zeigt den Skeptikern, daß die Deutschen über eine gute — nur leider vergessene — Tradition an politischen Liedern verfügen. Der Gesangstil von Ulli und Fredrik erinnert an die Sänger Grasshoffscher Verse Schobert und Black — aus ihren Vertonungen hingegen spricht eine ausgeprägt individuelle Musikalität. Sehr empfehlenswert ist diese LP wegen ihrer historischen Authentizität und der gelungenen Interpretationen Ulli & Fredriks, von denen man weitere gute Schallplatten erwarten darf.



Vom Belgier JOLOS BEAUCARNE, dem Chansonstar der Waldeck-Festivals 1966 und 1967 ist nun auch in Deutschland eine LP erhältlich. Sie heißt „Julos chante Julos“ (Da Camera SM 95 010,

BRD

1. Help Yourself
2. Mony Mony
3. Yummy Yummy Yummy
4. Jumpin' Jack Flash
5. I've Gotta Get A Message To You
6. Arrividerci Hans
7. Young Girl
8. Harlekin
9. My Name Is Jack
10. Du sollst nicht weinen

Tom Jones (Decca)
Tommy James + The Shondells (Vogue)
Ohio Express (Polydor)
The Rolling Stones (Decca)
Bee Gees (Polydor)
Rita Pavone (Polydor)
Union Gap (CBS)
Siv Malmkvist (Metronome)
Manfred Mann (Fontana)
Heintje (Decca)

ENGLAND

1. Hey Jude
2. I've Gotta Get A Message To You
3. Do It Again
4. I Say A Little Prayer
5. Hold Me Tight
6. These Were The Days
7. High In The Sky
8. This Guy's In Love With You
9. On The Road Again
10. Jesamine

The Beatles (Odeon)
The Bee Gees (Polydor)
The Beach Boys (Capitol)
Aretha Franklin (Atlantic)
Johnny Nash
Mary Hopkin
Amen Corner (Deram)
Herb Alpert (A + M)
Canned Heat (Liberty)
Casuals

FRANKREICH

1. Rain And Tears
2. Valse d'Ete
3. Petite Fille De Francais Moyen
4. Jeune Homme
5. Baby Capone
6. Attends-moi
7. Tryin'
8. On Prend Toujours Un Train Pour
9. This Guy's In Love With You
10. Jour Apres Jour

Aphodite's Child (Mercury)
Adamo (Columbia)
Sheila
Johnny Hallyday (Philips)
Sylvie Vartan
Monty (Barclay)
Nicole Croisille (AZ)
Gilbert Becaud
Herb Alpert (A + M)
Michel Polnareff (AZ)

USA

1. Harper Valley
2. People Got To Bee Free
3. Born To Be Wild
4. Light My Fire
5. 1-2-3 Red Light
6. Hush
7. You Keep Me Hanging On
8. Do It Again
9. You're All Need To Get By
10. The House That Jack Built

Jeannie C. Riley
Rascals (Atlantic)
Steppenwolf (RCA)
Jose Feliciano (RCA)
1910 Fruitgum Co. (Buddha)
Deep Purple
Vanilla Fudge (Atlantic)
Beach Boys (Capitol)
Marvin Gaye + Tammi Terrell (Gordy)
Aretha Franklin (Atlantic)

Vietnam: Ein kleines Volk — rund 30 Millionen Menschen und es treibt die stärkste Militärmacht des Imperialismus, die USA, von Niederlage zu Niederlage.

Woher nimmt dieses Volk, vergleichsweise mangelhaft ausgerüstet, die Kraft dazu?

Madeleine Riffaud kennt wie kaum ein anderer Journalist dieses Land, seine Menschen.

Sie war 1954 in Vietnam, sie war 1965 bei den Partisanen der FNL im Süden, und 1966 wieder in der DRV. Nicht irgendwo an einem sicheren Ort: sie war dort, wo gekämpft wird. Und ihre Erlebnisse, ihre Erfahrungen bringen sie zu der Überzeugung:

VIETNAM WIRD SIEGEN

Am Sonntag, dem 4. September, hatte ich in einem nahen Vorort der Hauptstadt Gelegenheit mit anzusehen, wie ein Pilot, dessen Geschwader gerade Dong Anh bombardiert hatte, das zum zweitenmal innerhalb von vierundzwanzig Stunden angegriffen worden war, mit dem Fallschirm absprang. Sein Flugzeug war das sechste, das an diesem Tage über der DRV abgeschossen wurde, drei davon durch die Luftabwehr von Hanoi. Die weiße Blumenkrone schaukelte über dem Erdboden ein Wesen, das, eingezwängt in seine von unzähligen Taschen aufgeblähte Flugkombi, von einem anderen Planeten herabzufallen schien. Unter der Mütze rollten schreckerfüllte Augen. Ein alter Vietnameser, der als erster hinzugekommen war, drückte ein spitzes Bambusrohr gegen die Brust des Fliegers. Zwei junge Mädchen schwenkten dicke Knüppel. Eine von ihnen hatte mit geübtem Griff das Funkgerät des Piloten zerstört. Der Pilot des Jagdbombers hatte in wenigen Sekunden gespürt, wie in einem ihm völlig unbekannten Landstrich sein Universum zerfiel. In einem Zehn-Minuten-Flug hätte er sein Quartier auf seinem Flugzeugträger erreichen können, sein gutes Gewissen wiedergefunden, das aus Amerika gekommene Frühobst, die großen Steaks, den Scotch und sein gefiltertes Eiswasser, das Special-Fernsehprogramm für die amerikanische Armee, das, dank den beiden in fliegende Senderäume umgewandelten Constellations, allabendlich ausgestrahlt wird. Oder er wäre in Da Wang, im Ruheraum des Geschwaders „mit seinen Klubsesseln, seiner Klimaanlage, seinen Automaten für eisgekühlte und heiße Getränke, seinen mit Zeitschriften bedeckten Tischen, seinen Bildern an den mit exotischen Hölzern getäfelten Wänden, einen Raum, der jenen unwirklichen Höhlen gleicht, in denen sich die Helden der „science fiction“ bewegen . . .“ Auch er hatte es ganz normal gefunden, beim Überfliegen eines unabhängigen Landes mit einer Stundengeschwindigkeit von 1000 Kilometern dessen Brücken, Fabriken und Ansiedlungen, die Sampaen der Fischer und die Benzinsäulen anzugreifen, aus der Ferne Krieg zu führen, ohne sich die Hände schmutzig zu machen, ohne jemals darüber nachzudenken, was auf der Erde, unter seiner Maschine, geschah. Jetzt, als er auf einem Lastwagen durch das bombardierte Viertel fuhr, sah er zum erstenmal . . . Hier begann die Angst und die Schuld. Nichts von dem, was er in seinen vielerlei Taschen hatte, nichts von dem, was man ihm im Laufe seiner achtzehnmonatigen Ausbildung im Wert von 500 000 Dollar beigebracht hatte, konnte dem abgeschossenen Flieger jetzt

noch von Nutzen sein. Um ihm behilflich zu sein, „sich nicht unterkriegen zu lassen“, hatte er in seinen Taschen ein seltsames Kartenspiel. Die erste Karte war ein frommes Bild: zwei gefaltete Hände und auf der Rückseite der Text des Vaterunser. Die anderen Karten beschrieben jeweils eine Heilpflanze und eine Giftpflanze: farbige Zeichnungen Küchenrezepte, die es ermöglichten, gegebenenfalls im Dschungel Fladen aus Lotus oder wilden Eicheln zu verzehren. Dann gab es noch ein Funkgerät, Signalaraketen, Spiegel und Geräte für optische Signale, Schokolade, einen Revolver, Boullionwürfel, ein Moskitonetz, Chinin, Vitaminkomplextabletten, ein schillerndes rosa Seidentuch, Nylonschnur zum Angeln, einen Dolch, Scheren, ein Operationsmesser, Verbandszeug, Ein-Dollar-Scheine, einen Farbstoffbeutel für Meerwasser und den „letzten Schrei“, ein Mittel, mit dem man dem Meerwasser seinen Salzgehalt entzieht. Außerdem ein sonderbares Stück Stoff, das ein vietnamesischer Soldat „Bettelfahne“ getauft hat. Es handelt sich um ein rechteckiges Nylon-tuch, das auf seinem oberen Teil mit der amerikanischen Flagge geschmückt ist. Darunter, in vierzehn Sprachen abgefaßt, der folgende Text: „Ich bin amerikanischer Staatsbürger. Ich spreche Ihre Sprache nicht. Infolge eines Mißgeschicks bin ich genötigt, Sie um Essen, Unterkunft und Schutz zu bitten. Haben Sie die Freundlichkeit, mich zu jemanden zu führen, der über meine Sicherheit wachen und sich um meine Rückkehr in mein Vaterland kümmern wird. Meine Regierung wird Sie dafür belohnen.“ Die vietnamesische Fassung wendet sich an die Bevölkerung mit folgenden Worten: „Sehr geehrte Herren und Damen . . .“ Unnötig, von den Gefühlen zu reden, die „geehrte Herren und Damen“ empfinden können, deren Wohnungen, Schulen und Deiche man soeben bombardiert hat, wenn sie eine solche Bittschrift in den Händen eines Piloten lesen, der bei einer Mordtat in flagranti abgeschossen worden ist. „Sie denken nur ans Essen“, bemerkte ein junger Soldat, der mir in der vierten Zone eine solche „Bettelfahne“ zum Geschenk gemacht hat. „Am Himmel halten sie sich für den Donnergott. Kaum heruntergefallen, betteln sie und winseln wie die Affen. Und dann ihre Vorstellung, daß alles für Geld zu kaufen sei, wenn man nur die nötigen Dollars bezahlt.“ Gibt dieses in vierzehn Sprachen bedruckte Tuch nicht auch noch Anlaß zu weiteren Auslegungen? Man kann darauf den gleichen Text in Vietnamesisch, klassischem und modernem Chinesisch, in Kambodschanisch, Laotisch,

Malaisch, Indonesisch, in der Sprache Thailands, Birmas und Tagalins lesen. Sieht die amerikanische Luftwaffe vor, daß sie Gelegenheit haben könnte, sich mit diesen verschiedenen Ländern Asiens in der gleichen Art und Weise zu beschäftigen, in der sie sich mit Vietnam „beschäftigt“? Maschinen vom Typ F 105 haben bei Morgenraun angegriffen. Von dem Dorf aus, in dem wir unser „so-tan“-Quartier bezogen haben, sahen wir deutlich die Bomben dicht auf dicht fallen. Sie verfehlten die Brücke und explodierten in den Hügeln, jenseits des Flusses und im Fluß selbst. Zu dieser Stunde war die Genossenschaft bereits an der Arbeit. Die jungen Mädchen von der Miliz begaben sich sofort auf ihren Posten. Durch Zweige getarnt, erklimmte eine Gruppe von Bauern den Hügel, um unseren Kanonieren an die Hand zu gehen. Ich bekam nicht die Erlaubnis, sie zu begleiten. Was mich am meisten verblüffte: die Brigaden auf den Reisfeldern und die Kinder, die am Fuß des Hügels die Büffel hüteten. Unter den langnasigen F 105 mit den stark gepfeilten Flügeln, hinter denen Bomben und Raketen versteckt sind, den Maschinen, die mit einem ohrenbetäubenden Pfeifen die stille, im Morgenlicht wie gestochen daliegende Landschaft überfliegen, ging das Leben unbeirrt weiter. Allerdings hatte jeder den Blick zugleich auf seine Arbeit und auf den Himmel gerichtet, an dem die Granaten auf der Suche nach dem weißen Leib der Flugzeuge barsten. Nachdem der Alarm vorbei war, stieg ich wieder auf den Hügel. Ich fand die jungen Mädchen bei den Soldaten. Sie hatten ihnen die Granaten zugereicht. Kommentare flogen hin und her, und die Feldtelefone läuteten . . . Unter den Soldaten sind mehrere, die aus dem Süden stammen. Im Jahre 1954 noch als Kinder nach dem Norden geflüchtet, verfolgen sie mit einer noch lebhafteren Leidenschaftlichkeit als ihre Kameraden die Nachrichten von Siegen der „Viet-Cong“-Armee. Die Nachricht von einem gelungenen Angriff der FNL-Patrioten gegen einen amerikanischen Flugplatz hat Hurrarufe bei ihnen ausgelöst. „Wenn der Feind irgendeinen beliebigen Teil unseres Territoriums angreift, ist stets ganz Vietnam angegriffen“, sagen die Soldaten. „Wenn wir hier ein Flugzeug abschießen, ist es jedesmal eins weniger, das Napalm oder Giftstoffe über unsere Landsleute im Süden ausschütten wird. Wenn die Partisanen von Da Nang durch Mörserbeschuß amerikanische Flugzeuge am Boden zerstören, ist das eine beträchtliche Hilfe für das ganze Land. Süden und Norden werden von den Piraten herausgefordert, und Süden wie Norden helfen sich gegenseitig, um sie zu verjagen. Das ist

normal . . . und es ist eine heilige Pflicht.“ Heute abend ist Postverteilung. Liem hat einen Brief von seiner Mutter bekommen und bittet Xuan, mir einen Teil davon zu übersetzen. Die Genossenschaft der Mutter ist zum zweitenmal bombardiert worden. Dabei gibt es dort nichts zu bombardieren als den Deich und eine kleine Pumpstation, die zerstört wurde. Die Mutter von Liem, eine Bäuerin aus einer armen Familie, schreibt: „Du bleibst uns. Die Genossenschaft bleibt uns. Haben diese Banditen etwa geglaubt, wir würden so sehr an der Pumpstation und an der neuen Schule hängen, daß wir in die Knie gehen würden, um sie zu behalten . . .? Arbeite gut, mein Junge, mach deiner Familie Ehre. Ziele den Teufeln nach dem Kopf! Was auch geschieht, die Erde wird uns immer bleiben.“ „Wir haben die Amerikaner besiegt“, kommentiert Xuan, „da sie es nach zwei Jahren Vernichtungskrieg über dem Norden und so vielen Jahren der Massenausrottung im Süden



nicht fertigbekommen haben, unseren Sinn zu beugen.“ Heute habe ich beobachtet, wie die Soldaten ihre Waffen mit Lappen reinigten, die man noch als Bestandteile ehemaliger Kinderkleidchen erkannte. Ein Bauer aus einem bombardierten Dorf, durch dessen Ruinen sie auf ihrem Weg hierher gekommen waren, hat sie ihnen geschenkt. „Der Mann lief hinter uns her“, erzählt Chau. „Er gab uns die sorgfältig zusammengelegten Kleidungsstücke. Ich bitte Euch, Kameraden, nehmt sie. Sie gehörten meinem Sohn. Seine Mutter ist so tief bekümmert, daß sie alle Sachen des Kleinen mit ihm begraben wollte. Ich sagte ihr, es wäre besser, sie Euch zu geben . . . Wischt die Granaten damit ab. Da werdet Ihr umso sicherer zielen“.

(Auszüge aus dem Buch „Unsichtbare Brücken“, von Madeleine Riffaud, erschienen im Verlag Neues Leben.



Peter Weiss, Schriftsteller und Mitglied des Vietnam-Tribunals, war in Nordvietnam. Er verfaßte danach einen „Bericht über die Angriffe der US-Luftwaffe und -Marine gegen die Demokratische Republik Nordvietnam nach der Erklärung Präsident Johnsons über die begrenzte Bombardierung am 31. März 1968“. Bekanntlich wurde diese Erklärung Johnsons von der Presse als „eindrucksvoller Beweis“ für die „Friedensbestrebungen Johnsons“ gefeiert.

Johnsons Befriedung

Nachstehend veröffentlichen wir einige Auszüge aus dem Bericht von Peter Weiss

„Laut Statistik wurden vom 7. Februar 1965 bis 30. April 1968 gegen die Provinz Quang Binh 37 258 Angriffe durchgeführt. Die abgeworfene Bombentonnage ist nicht mehr zu erfassen. In der Provinz gab es etwa 100 000 Häuser. Bis Ende April wurden durch Bomben zerstört und niedergebrannt 72 679 Häuser, darunter 30 000 neuerrichtete Steinhäuser. Sämtliche Krankenhäuser, medizinischen Stationen, Schulen, Kindergärten, Kirchen, Pagoden, Tempel wurden zerstört. Ein großer Teil der Büffel und Ochsen wurde getötet.

Vor Beginn des Angriffskrieges besaß die Provinz 68 wassertechnische Bauten. Sämtliche wurden schwer beschädigt oder zerstört. Darunter befinden sich 72 km-Weerdeich. Vorzugsweise werden immer wieder die bereits beschädigten Stellen angegriffen. Abgewor-

fene Zeitzünderbomben mit Vibrationsauslösung sollen die Reparaturen behindern. Die Abdämmungen gegen das Meerwasser, die Regelung der Flüsse sind für die Landwirtschaft der Provinz lebenswichtig. Das Eindringen von Meerwasser zerstört die Ernte. Das Entsalzen des Bodens dauert bis zu fünf Jahren.

Durch Überflutungen gingen Hunderte Hektar Reisfelder verloren. Durch Bombardierungen wurden jährlich Tausende von erntereifen Reisfeldern und Patatenkulturen zerstört. Die Ernährung wurde außerdem beeinträchtigt durch den Verlust von über 3000 Fischerschunken.

Die beiden Städte Dong Hoi (20 000 Einwohner) und Ba Don (10 000 Einwohner) wurden vernichtet. 5 Kreisstädte, Truong Phong, Quan Hao, Hon Lao, Huy Dat, Minh Cam, mit je etwa 5000 Einwohnern wurden ebenfalls zerstört. In elf Gemeinden entlang der Küste wurden 90 Prozent aller Häuser, zum größten Teil neuerrichtete Ziegelbauten, zerstört. Fast alle Häuser entlang der Verkehrsstraßen sind dem Erdboden gleichgemacht worden, die Bäume an den Straßenrändern sind verkohlt. Die Angriffe richten sich gegen das Leben, die Wohnungen, den Besitz und die Ernährungsmöglichkeiten der Bevölkerung. Konzentrierte Massenangriffe gegen dichtbevölkerte Gebiete werden vorgenommen. Die B-52 und F-111 tragen alle Arten von Chemikalien. Zahlreiche Napalmbomben wurden über der Stadt Dong Hoi abgeworfen.

Im April 1968 wurde Dong Hoi Angriffen von totem Vernichtungscharakter ausgesetzt. Die Stadt wurde in diesem Monat 24mal bombardiert. Im Mai 1968 wurden 40 Angriffe innerhalb von 15 Tagen vorgenommen. Von See her wurde Quang Binh im April 14 Tage lang beschossen. Das Feuer richtete sich gegen 62 Ortschaften. Im Mai wurden 31 Ortschaften durch die 7. Flotte beschossen. Alle größeren Flüsse wurden mit Wasserminen und Vibrationsbomben belegt.

Typisch für einen Angriff ist die Eindeckung des Ziels mit CBU-Bomben in der ersten Welle. Dann werden über dem Dorf großkalibrige Sprengbomben abgeworfen. Darauf Phosphor und Napalm. Eine Welle folgt der anderen, manchmal ununterbrochen Tag und Nacht 24 Stunden lang . . . Im April 1968 wurden 128 Gemeinden der Provinz 106 angegriffen. Es gibt Gemeinden, die seit Beginn des Zerstörungskrieges bis zu 1000 Angriffe erhielten . . .“



Befreit den Süden

Hymne der Nationalen Befreiungsbewegung Südvietnams

To liberate the South, together we advance resolutely
To annihilate U. S. Imperialism and smash the treacherous clique.

Oh! When we see bloodshed and the corpses
reduced to ashes, our hatred mounts up to the heavens.
For so many years, our rivers and mountains have been devided.
Here the majestic Mekong river,
Here the glorious Truong Son range, urge us to go and kill
the enemy.
Shoulder to shoulder we fight under the same banner.

GIẢI PHÓNG MIỀN NAM

*Đại hội chính thức của Mặt trận dân tộc
giải phóng miền Nam Việt Nam*

*"Mặt trận dân tộc giải phóng"
Khẩu hiệu - minh - chứng*

Giải phóng miền Nam, chúng ta cùng quyết tiến

bước, Diệt đế quốc Mỹ, phá tan bè lũ bán

nước. Ôi! xương tan, máu rơi, lòng hận thù ngất trời, Sông

núi bao nhiêu năm cất rồi... Đây Cửu - long

hùng tráng. Đây Trường - sơn vinh quang thúc giục đoàn

ta xung phong đi giết thù, Vai sát

Điệp khúc
vai chung một bóng cờ, Vùng lân cận nhân dân miền Nam anh

hùng! Vùng lân! Xông pha vượt qua bão bùng, Thà

cửu lấy nước nhà! Thà hy sinh đến cùng! Cầm gươm, ôm súng xông

tới! Văn nước để đến rồi, Bình minh chiếu khắp nơi, Nguyễn

xây non nước sáng tươi muôn đời

REFRAIN:

Rise up, heroic Southern people!
Rise up, overcome all kinds of storms!
We promise to save our country,
We promise to sacrifice ourselves to the end.
Forward, with swords and guns in hands!
The hour has struck for our country.
The sun is rising everywhere.
We pledge ourselves to build our country and make it bright
and lively for ever.